

Aus dem Bereich des Dezernates VII

Beschlüsse des Rates

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 23.03.1995
Ds-Nr.: 0088/095

Betreff: Neuordnung der Kölner Museen

Beschluss:

1. Der Standort Domchor soll im Rahmen einer Beauftragung der Architekten Bußmann und Haberer mit der Vorentwurfsplanung untersucht werden. Die Verwaltung wird beauftragt, für das Wallraf-Richartz-Museum den Standort zwischen Rathaus und Gürzenich möglichst mit eigenen Ressourcen zu untersuchen. Dabei soll auch für diesen Standort eine vorentwurfsähnliche Ideenskizze ggf. mit Alternativen erstellt werden.

Im Rahmen dieser Aufträge an die Verwaltung soll untersucht werden:

- Verfügbarkeit der Grundstücke einschließlich entgegenstehende Rechte Dritter
- Planungsrechtliche Möglichkeiten zur zügigen Entwurfsrealisierung (dabei sollen die Realisierung über Vorhaben und Erschließungsplan oder über § 34 BauGB in Verbindung mit einer Abstandsflächensatzung nach BauGB nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden),
- detailliertes Raumprogramm,
- verkehrliche Auswirkungen und ihre möglichen Lösungen,
- anfallende archäologische Arbeiten mit Zeit- und Kostenschätzungen,
- Zeitachse für die Errichtung mit der Darstellung der jeweiligen Bauabschnitte,
- Beschreibung der Entlüftungssituation,
- Kosten und Folgekosten einschließlich Personal.

Präzise museumskonzeptionelle Bewertung der beiden Standorte:

- Synergieeffekte (auch anderer Kultureinrichtungen, wie z.B. Gürzenich, Museum Ludwig, Volkshochschule, möglicher Kammermusiksaal),
- Integrationsmöglichkeiten von Museumsdienst, Kunst- und Museumsbibliothek und Rheinischem Bildarchiv,
- Auswirkungen auf das Besuchsaufkommen und Touristik,
- sinnvolle Sammlungszusammenhänge.

2. Die so beschlossenen Aufträge sollen parallel bearbeitet werden und spätestens bis zur nächsten Kulturausschusssitzung (09.05.1995) abgeschlossen sein.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Neubau des Rautenstrauch-Joest-Museums im räumlichen Zusammenhang mit dem Schnütgen-Museum, der Kunsthalle, dem Kunstverein und der Volkshochschule vorzubereiten und den Architektenwettbewerb auszuloben.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, zeitgleich die Finanzierung beider Neubauvorhaben zu sichern.
5. Die Entscheidungsvorschläge zu den Punkten 1) bis 4) sollen schnellstmöglich erfolgen.“

Sachstand:**Zu 1. Neubau Wallraf-Richartz-Museum**

DS-Nr. 0215/97

Das Museum ist am 19.01.2001 eröffnet worden.

Punkt 1 ist erledigt.

Zu 3. Neubau Rautenstrauch-Joest-Museum

DS-Nr. 0280/97

Der Rat hat am 03.07.2001 folgenden einstimmigen Beschluss gefasst:

"Der Rat nimmt das Ergebnis der Entwurfsplanung für den Neubau des Rautenstrauch-Joest-Museums zur Kenntnis.

Der Rat nimmt weiter zur Kenntnis, dass die Architekten Schneider und Sendelbach und die Firma Struktur als externer Kostenplaner aufgrund dieses Ergebnisses die Gesamtbaukosten (Bau- und Baunebenkosten, Kostengruppen 200, 300, 400, 500 und 700 nach DIN 276) mit 123,7 Mio. DM, Preisbasis 4/01, berechnet haben.

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Ausführung des Gebäudes auf der Grundlage des Entwurfs und der in Anlage 1 erläuterten Änderungen mit der Maßgabe, dass der im Beschluss vom 13.04.2000 festgelegte Kostenrahmen von 120 Mio. DM eingehalten wird und neben den Fördermitteln für Museumsbauten auch Städtebauförderungsmittel für dieses Projekt von etwa 10 Mio. DM zugesagt werden.

Der Rat nimmt außerdem zur Kenntnis, dass sich infolge der Verringerung der ursprünglich erwarteten Landeszuschüsse auch unter Einbeziehung der Städtebauförderungsmittel der seitens der Stadt aufzubringende Finanzierungsanteil um 9,6 Mio. DM auf 73,0 Mio. erhöht."

alter Sachstand:

Am 14.6.2005 ist der Grundstein für den Neubau des Rautenstrauch-Joest-Museums und die angeschlossenen Institute gelegt worden.

Aufgrund der europaweiten Ausschreibung eines Generalunternehmers für die Errichtung des Baus haben zwei Bietergemeinschaften ein Angebot abgegeben (Submission 5.12.2005). Beide Angebote liegen innerhalb des Kostendeckels von 61,3 Mio. €, sie werden zurzeit fachtechnisch geprüft.

Inzwischen sind neben den Museumsfördermitteln von 18,9 Mio. € auch die Städtebauförderungsmittel mit 5,1 Mio. € komplett bewilligt.

Sachstand im Juni 2006:

Als Ergebnis der Submission ist am 10.04.2006 die Bietergemeinschaft Wolff & Müller Bau GmbH mit der schlüsselfertigen und betriebsbereiten Herstellung des Neubaukomplexes am Neumarkt beauftragt worden.

Baubeginn war der 02.05.2006. Fertigstellung wird für Herbst 2008, die Eröffnung für Frühsommer 2009 erwartet.

Sachstand im Juni 2007:

Am 11.6.2007 ist das Richtfest des Museumskomplexes am Neumarkt gefeiert worden. Die Bauarbeiten liegen im Zeitplan.

Sachstand im Dezember 2007:

Aufgrund von notwendigen Planungsänderungen verzögert sich der Fertigstellungstermin für den Neubau, er verschiebt sich um zwei Monate auf den 31.10.2008.

Sachstand im Juni 2008

Kein neuer Sachstand.

Sachstand im Dezember 2008:

Aufgrund von Bauverzögerung wird sich der Fertigstellungszeitraum auf den 31.03.2009 verschieben.

Sachstand im Dezember 2009:

Aufgrund von weiteren Bauverzögerungen wird sich der Fertigstellungszeitraum weiter verschieben. Ein Eröffnungstermin kann noch nicht bestimmt werden.

Gremium: Sitzung des Rates der Stadt Köln
Sitzungsdatum: 12.06.2001
Vorlagennummer: Ds-Nr. 1101/001 und Ds-Nr. 0964/00

Betreff: Sicherung des Spielstandortes Halle Kalk

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, in enger Zusammenarbeit mit der neuen Intendanz der Bühnen und Prof. Kaspar König ein neues Nutzungskonzept für die gesamte Halle Kalk zu entwickeln. Hierbei sind sowohl die Vereinbarungen mit der Stiftung Ludwig, mit bisherigen Investoren/ Sponsoren als auch das Angebot des Investors zu berücksichtigen, der bereit ist, die Halle Kalk zu erwerben und sie für eine Kulturnutzung herzurichten.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das geprüfte Investorenangebot im Ausschuss für Kunst und Kultur sowie Stadtplanungsausschuss vorzustellen.

Die neue Intendanz wird beauftragt, die neue Spielplankonzeption unter Einbeziehung der Halle Kalk zu erarbeiten.

Sachstand:

Zunächst war beabsichtigt, den Umbau der Halle Kalk als Spielstätte des Schauspiels im Sommer 2003 vorzunehmen.

Es besteht nach wie vor die Absicht, die jetzt von den Bühnen genutzte Halle Kalk in den vom Museum genutzten Teil am Ende der Halle umzusiedeln und mit der dafür notwendigen Infrastruktur auszustatten.

Die hierfür erforderlichen Abstimmungsgespräche und Verhandlungen laufen zur Zeit noch.

Sachstand Juli 2004:

Eine Entscheidung über die weitere Nutzung der Halle Kalk kann frühestens Ende des Kalenderjahres 2004 erfolgen. Die weitere Nutzung hängt im Wesentlichen von der Entscheidung über die Generalsanierung/ Neubau der Bühnen am Offenbachplatz ab.

Im Fall einer Sanierung muss der Hallenkomplex in Kalk als Ausweichspielstätte für das Schauspiel optional zur Verfügung stehen.

Sachstand Dezember 2004:

Keine Änderung des Sachstandes

Sachstand Juli 2005:

Keine Änderung des Sachstandes

Sachstand Dezember 2005:

Keine Änderung des Sachstandes

Sachstand Juni 2006:

Keine Änderung des Sachstandes

Sachstand Dezember 2006:

Keine Änderung des Sachstandes

Sachstand Juni 2007:

Keine Änderung des Sachstandes

Sachstand Dezember 2007:

Keine Änderung des Sachstandes

Sachstand Juli 2008:

Seit der Spielzeit 2007/2008 wird die Halle Kalk wieder vom Schauspiel Köln bespielt.

Sachstand Dezember 2008:

Keine Änderung des Sachstandes vom Juli 2008.

Sachstand Dezember 2009:

Keine Änderung des Sachstandes

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 25.03.2004 und 22.06.2006
Ds-Nr.: 0358/004 und 0428/004 sowie 088/006 und 1005/006

Betreff: Zukunft der Kölner Bühnen unter Einbeziehung kultur-, stadtentwicklungs- und finanzpolitischer Aspekte

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln hat für die zukünftige Entwicklung Kölns die Kultur zu einem der fünf Handlungsfelder im „**Leitbild Köln 2020**“ bestimmt. Entsprechend heißt es dort:

„Neue Strategien für die bessere Positionierung des Kulturstandortes sind angesichts finanzieller Engpässe und Standortkonkurrenzen gefragt. Köln setzt auf die bewusste Fokussierung des Kulturangebotes und die innovativen Impulse der freien Szene ... Kunst und Kultur sind unverzichtbare Bestandteile der gesellschaftlichen Grundversorgung und bieten Lebensqualität für alle Menschen in Köln. Köln investiert in die kulturelle Bildung und etabliert diese in allen Bereichen mit gesellschaftlicher Relevanz im Sinne eines lebenslangen Lernens. Die Kulturwirtschaft wird als gleichberechtigter Teil der Gesamtwirtschaft gefördert. Köln stellt Kreativen Lebens-, Arbeits- und Veranstaltungsorte bereit. Das vielseitige Angebot von Kunst und Kultur richtet sich an den Bedürfnissen aller aus. Köln garantiert allen den Zugang zu kulturellen Angeboten. Das vielseitige Kulturangebot ist Ausdruck der unterschiedlichen ethnischen und historischen Prägungen.“

1. Vor dem Hintergrund dieser perspektivischen **kulturpolitischen Zielsetzung** sucht die Stadt Köln nach angemessenen Lösungen für die Opern- und Schauspielbühne, deren Gebäude – wie das Gutachten „Bühnen Köln / Oper – Schauspiel Generalsanierung“ (November 2003) von Gerling+Arendt Planungsgesellschaft darlegt – dringend sanierungsbedürftig sind.

Diese Lösungen können in einer Bestandssanierung oder in einem Neubau am jetzigen oder einem alternativen Standort bestehen. Neben der näheren Bestimmung des zukünftigen Bedarfs für die Bühnen spielen dabei auch stadtentwicklungs- und finanzpolitische Anforderungen und Rahmenbedingungen eine gleichrangig entscheidende Rolle. Auf Basis des vorliegenden Gutachtens sollen diese Aspekte im Einzelnen untersucht werden, um die weiteren Verfahrensschritte und Entscheidungen abwägen und treffen zu können.

Der Rat beauftragt daher die Verwaltung, die verschiedenen Lösungsvarianten für die Generalsanierung bzw. einen Neubau der Bühnen zu prüfen. Dabei sollen u. a. folgende Fragen und Aspekte geprüft werden:

- Welche Bedarfe sieht die Verwaltung in Bezug auf das künftig erforderliche Volumen von Oper und Schauspiel.
- Inwiefern sind die Bühnen der Stadt Köln ganz oder teilweise sowohl aufgrund denkmalpflegerischer Aspekte wie auch aus betriebswirtschaftlichen und organisatorischen Gesichtspunkten an den jetzigen Standort Offenbachplatz gebunden. Dabei ist auch die historische Bedeutung des Standortes zu

berücksichtigen.

- Welche Standortalternativen bieten sich für die Bühnen der Stadt Köln im innerstädtischen Bereich an.
- Welche Vorteile ergeben sich bei einem Neubau der Bühnen am vorhandenen oder an einem alternativen Standort aus Sicht der Bühnen und aus gesamtstädtischer Interessenslage.

2. Generalsanierung bzw. Neubau der Bühnen am derzeitigen Standort berührt elementar die zukünftige städtebauliche Situation in einem Kernbereich der Innenstadt. Daher müssen folgende **stadtentwicklungspolitischen Zielsetzungen** in die weitere Planung miteinbezogen werden:

- Tieferlegung der Nord-Süd-Fahrt und
- die bestehende Chance auf eine strukturelle Neuordnung des Bereiches um den Offenbachplatz.

Daher wird die Verwaltung beauftragt, im Zusammenhang mit Generalsanierung bzw. Neubau der Bühnen die Tieferlegung der Nord-Süd-Fahrt und die strukturelle Neuordnung des Bereiches um den Offenbachplatz zu prüfen und dem Rat realistische Gestaltungs- und Umsetzungsszenarien vorzuschlagen. Insbesondere sind folgende Fragen zu klären:

- Unter welchen Voraussetzungen wäre ein (Teil-) Abriss des Gebäudekomplexes als Grundlage für eine stadtgestalterische Neuordnung des Bereiches um den Offenbachplatz möglich.
- Welche – insbesondere städtebaulichen und finanzwirtschaftlichen - Vorteile können für die Tieferlegung der Nord-Süd-Fahrt und die stadtgestalterische Neuordnung dieses Bereiches erzielt werden.
- Wie könnte die Tieferlegung der Nord-Süd-Fahrt im zeitlichen Zusammenhang mit einer potentiellen Generalsanierung der Bühnen am Standort Offenbachplatz realisiert werden.

3. Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, vor dem Hintergrund der prekären städtischen Finanzsituation die finanzpolitischen Realisierungsmöglichkeiten näher zu untersuchen:

- Ausgehend vom Kostenvergleich Bestandssanierung – Vollversion (vgl. Seite 58 der Kurzfassung) sind bislang weitere auftretende Kosten nicht berücksichtigt. Welche Maßnahmen mit welchen Kosten sind zusätzlich zu berücksichtigen.
- Welche mittel- bis langfristigen Einsparungen - die den städtischen Haushalt nachhaltig entlasten werden - können die Bühnen für den Fall der Generalsanierung bzw. des Neubaus z.B. durch Synergieeffekte erwirtschaften und wann amortisieren sich die dafür erforderlichen Investitionen.
- Wie würde sich eine Finanzierung der Generalsanierung bzw. Neubau im gesamten neunjährigen Zeitraum des Haushaltssicherungskonzeptes im städti-

schen Haushalt darstellen lassen.

- Inwieweit könnte die Generalsanierung oder ein Neubau der Bühnen durch „Public Private Partnership“ – Modelle (PPP) oder anderweitigen für den städtischen Haushalt wirtschaftlich vertretbaren Finanzierungsmodellen realisiert werden.
 - Welche Landeszuschüsse sind für eine Generalsanierung bzw. den Neubau der Bühnen, für die Neugestaltung des Bereichs Offenbachplatz und Tieferlegung der Nord-Süd-Fahrt verlässlich zu erwarten.
4. Die Verwaltung soll darlegen, wie und über welchen Zeitraum der Spielbetrieb von Schauspiel und Oper bei Generalsanierung bzw. Neubau am derzeitigen Standort aufrechterhalten werden kann, welche Möglichkeiten zur Auslagerung an andere Spielstätten bestehen und welche zusätzlichen Kosten damit verbunden wären.
5. Prüfergebnisse und umsetzungsfähige Vorschläge sollen den zuständigen Ausschüssen und dem Rat bis zum Jahresende 2004 vorgelegt werden.

Sachstand:

alter Sachstand:

Mit Antrag des Rates vom 25.03.04 wurde die Verwaltung beauftragt, die Zukunft der Bühnen unter Einbeziehung kultur-, stadtentwicklungs- und finanzpolitischer Aspekte zu untersuchen. Die kultur- und stadtentwicklungspolitischen Fragestellungen des Rates wurden von den Dezernaten VI und VII beantwortet. Nicht abschließend beantwortet wurden die finanzpolitischen Fragestellungen.

Der Bericht und die Beschlussvorlage wurden dem Stadtvorstand in seiner Sitzung am 15.02.05 zur Entscheidung vorgelegt und im Ergebnis als Diskussionsgrundlage den Ratsmitgliedern, der Presse und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Die stadtentwicklungspolitischen Fragestellungen des Rates sind mit dem o. g. Bericht beantwortet, so dass insofern kein weiterer Handlungsbedarf besteht. Die von der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln initiierte Podiumsdiskussion am 13.03.05 hat jedoch deutlich gemacht, dass neben der Sanierung oder einem Neubau der Bühnen auch andere Modelle in die Untersuchung einbezogen werden sollten. Diese "alternativen Nutzungsmodelle", die die Gebäude am Offenbachplatz als reine Spielstätte und den Neubau eines Produktionszentrums an einem dezentralen Standort vorsehen, werden zurzeit von der Kulturverwaltung geprüft. Außerdem wird untersucht, welche Nutzungen möglich sind, wenn das Schauspielhaus abgerissen und an dessen Stelle ein Gebäude mit anderen innerstädtischen Nutzungen erstellt wird.

Die Verwaltung wird daher eine neue Beschlussvorlage erarbeiten, in die die alternativen Nutzungsmodelle mit einbezogen werden.

Sachstand im Juni 2006:

Die Verwaltung hat dem Ausschuss für Kunst und Kultur in seiner Sitzung am 13.06.2006 die alternativen Nutzungsmodelle vorgestellt.

Die Verwaltung hat sich für das Nutzungsmodell „Vollversion mit Option und Neubau des Schauspielhauses am Offenbachplatz“ ausgesprochen. Als mögliche Alternative

käme ein Neubau der Oper an einem anderen Standort in Frage.

Der Rat hat in seiner Sitzung vom 22.06.2006 folgenden Beschluss gefasst:

Zukunft der Bühnen unter Einbeziehung kultur-, stadtentwicklungs- und finanzpolitischer Gesichtspunkte

DS-Nr.: 0888/006 und 1005/006

„Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis (Anlagen) und beauftragt die eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Bühnen der Stadt Köln mit der Planung der Alternative 5 (Vollversion mit Optionen und Neubau Schauspielhaus) mit der Maßgabe, einen Wettbewerb zur Realisierung auszuloben.

Der Rat beauftragt die Verwaltung einen Vorschlag auszuarbeiten, welches Wettbewerbsverfahren zur Anwendung kommen soll.

Der Vorschlag der Verwaltung zur Art des Wettbewerbsverfahrens ist dem Stadtentwicklungsausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

Der Auslobungstext ist den Ausschüssen für Kunst und Kultur, dem Stadtentwicklungsausschuss zur Beratung und Beschlussfassung und der Bezirksvertretung Innenstadt zur Mitberatung vorzulegen.

Für die favorisierte Alternative 5 wird derzeit von reinen Herstellungskosten von 197,507 Mio. € ausgegangen. Um die Finanzierungsmöglichkeiten näher analysieren und bewerten zu können, wird die Verwaltung beauftragt, mögliche Finanzierungsmodelle, wie z. B. die rein kommunale Finanzierung über den Eigenbetrieb, Investorenmodelle bzw. Mischformen aus privater und öffentlicher Finanzierung, für die Investition – unter Berücksichtigung aller anfallenden Kosten und extrapolierter Kostensteigerungen – zu ermitteln und in Hinsicht auf ihre haushaltsmäßigen Auswirkungen vergleichend darzustellen. Dabei sind auch Chancen möglicher Zuschüsse von Dritten, so z. B. auch aus EU-Strukturfonds zu ermitteln.

Die jährlichen Betriebskosten-Einsparungen infolge der grundlegenden Modernisierung der betrieblichen Abläufe im neuen Haus sowie die Möglichkeiten von Erlössteigerungen sind näher zu ermitteln und ihre Auswirkungen auf die zukünftige Entwicklung der Zuschüsse für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung darzustellen.

Die Höhe der erforderlichen Mittel belaufen sich für die Projektsteuerung, die Projektleitung, die Auslobung des Architekturwettbewerbs und die Preisgelder auf ca. 1.500 T€. Die entsprechenden Mittel werden im Wirtschaftsplan der Bühnen veranschlagt und durch Kreditaufnahme finanziert. Die gesamten Planungskosten bis zum Baubeschluss werden ca. 26% der Baukosten betragen.

Die entsprechende Kreditaufnahme wird als Zwischenfinanzierung in die Baufinanzierung eingerechnet und führt erstmalig ab September 2012 zur Notwendigkeit einer Zuschusserhöhung für die Bühnen der Stadt Köln.“

Sachstand im Dezember 2006:

Der Rat der Stadt Köln hat in seiner Sitzung vom 14.11.2006 beschlossen, einen ge-

meinsamen Unterausschuss von Stadtentwicklungs- und Kulturausschuss einzurichten, dem neun Ratsmitglieder angehören sollen.

Die Fraktionen haben ihre Vertreter für den Unterausschuss benannt: Dr. Lemper, Klipper, Müller (CDU); Dr. Bögner, Dr. Bürgermeister, Miskelkamp (SPD); Spizig, Moritz (B90/Grüne); Sterck (FDP).

Die Verwaltung wird einen Terminvorschlag zur konstituierenden Sitzung für Anfang 2007 unterbreiten.

Sachstand im Juni 2007:

Der Unterausschuss hat sich am 8.3.2007 konstituiert. Ansonsten keine Änderung des Sachstandes.

Sachstand Dezember 2007:

In der Sitzung des Unterausschusses Opernquartier am 19.06.2007 wurden die Planungsgrundlagen und bisherigen Untersuchungen erläutert. Die Ratsentscheidung vom 22.06.2006 (trotz der genannten erwarteten Kostensteigerungen) mit dem Auftrag, entsprechend der Aufgabenstellung die Auslobungsunterlagen vorzubereiten und den Ausschüssen für Kunst und Kultur sowie dem Stadtentwicklungsausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen, wurde bestätigt.

Unmittelbar nach der Sitzung des Unterausschusses Opernquartier am 30.10.2007 fand eine gemeinsame Sondersitzung des Betriebsausschusses Bühnen, des Stadtentwicklungsausschusses und der Bezirksvertretung 1 – Innenstadt statt, in der die Beschlussfassung der vorgelegten Unterlagen mit Änderungsanträgen in einigen Punkten erfolgte.

Die Beschlussfassung zum Realisierungswettbewerb mit einem Kostendeckel von 230,922 Mio. Euro und zu den Inhalten der Auslobungsunterlagen fand in der Ratssitzung am 08.11.2007 statt.

Die Teilnehmer- und Preisrichterfragen wurden vor Bekanntmachung des EU-weiten Wettbewerbsverfahrens durchgeführt.

Am 20.12.2007 erfolgte der Versand der EU-Bekanntmachung. Damit begann der Wettbewerb. Das Ende des Wettbewerbs ist mit der Preisgerichtssitzung am 26. und 27.06.2008 geplant.

Sachstand Juni 2008

Die Jury des Architektenwettbewerbs hat in ihren Sitzungen am 26. und 27.6.2008 den ersten Preis der Arbeitsgemeinschaft Chaix & Morel, Paris und JSWD-Architekten, Köln verliehen. Die Verwaltung wird dem Rat vorschlagen, die ersten Preisträger mit der Objektplanung zu beauftragen. Angestrebt wird ein entsprechender Ratsbeschluss zum 28.8.2008.

Sachstand Dezember 2008

Der Rat hat die Verwaltung am 28.8.2008 mit der Entwurfsplanung für das Opernquartier beauftragt. Die Objektplanung obliegt der Arbeitsgemeinschaft Chaix & Morel, Paris und JSWD-Architekten, Köln.

Sachstand Dezember 2009

In Abänderung seines Beschlusses vom 28.8.2008 (2968/2008) beschließt der Rat:

1. Der Rat beauftragt die Betriebsleitung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen der Stadt Köln mit der Entwurfsplanung für das Projekt Sanierung des Opernhauses und Neubau des Schauspielhauses in Köln, Offenbachplatz. Mit der Objektplanung ist die Arbeitsgemeinschaft aus den Architekturbüros Chaix & Morel et Associés, Paris, und JSWD Architekten GmbH & Co. KG, Köln, zu beauftragen. Grundlage der Planung ist die Überarbeitung des aufgrund des Ratsbeschlusses vom 28.8.2008 erstellten Vorentwurfs mit folgenden Maßgaben: Sanierung des Opernhauses, Neubau des Schauspielhauses am Offenbachplatz, Sanierung des externen Produktionszentrums und des externen Orchesterprobesaals, Verzicht auf Ballettproberäume.
2. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Architekten und der externe Kostenprüfer DU Diederichs die Baukosten für die Realisierung des Vorentwurfs mit 289.664.000 € Bruttogesamtbaukosten (Kostengruppen 200 – 700) eingeschätzt haben.

Der Rat nimmt weiter zur Kenntnis, dass die Realisierung des Vorentwurfs die Sanierung und Optimierung des Orchesterproberaums Stolberger Straße (geschätzte Kosten: 2,3 Mio. €) sowie die Sanierung, Optimierung und Erweiterung des Produktionszentrums Oskar-Jäger-Straße (geschätzte Kosten: 9 Mio. €) notwendig macht.

Die Bruttobaukosten für die Realisierung des Vorentwurfs und die Bruttobaukosten der beschriebenen Sanierungs- und Optimierungsmaßnahmen werden auf 295 Mio. € begrenzt (Preisstand II/2009; Änderungen des Preisindex wirken sich entsprechend auf die Höhe der Kostenbegrenzung aus). Der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen der Stadt Köln wird aufgegeben, die Einhaltung dieser Kostenbegrenzung im Zuge der weiteren Planung für die Maßnahmen Offenbachplatz und/oder für die externen Sanierungsmaßnahmen sicherzustellen.

3. Bis zum Baubeschluss werden für die Maßnahmen Offenbachplatz Mittel in Höhe von ca. 24,6 Mio. € für Planung, Projektsteuerung und Projektleitung benötigt. Die Mittel werden im Wirtschaftsplan der Bühnen veranschlagt und durch Kreditaufnahme vorfinanziert. Die entsprechende Kreditaufnahme wird als Zwischenfinanzierung in die Finanzierung der Gesamtmaßnahme eingerechnet.
4. Die Finanzierung der Gesamtmaßnahme unter Berücksichtigung der Bauzeitinsen und exklusive der Kosten der Interimslösungen erfolgt seitens der Bühnen über Kommunalkredite. Die Finanzierung führt – ungeachtet der Interimskosten – erstmalig ab 2014 zu einer Zuschusserhöhung für die Bühnen der Stadt Köln.
5. Die erarbeitete Entwurfsplanung einschließlich der geprüften Kostenberechnung ist dem Rat zur Beschlussfassung über die Realisierung (Baubeschluss) vorzulegen.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 13.05.2004
Ds-Nr.: 0430/004 und 0657/004

Betreff: Organisations- und Betriebsform der städtischen Museen

Beschluss:

Die Verwaltung wird mit Blick auf das zurückliegende Symposium zur Neuausrichtung der Museen beauftragt, dem Rat ein Konzept für eine optimale Kooperation aller städtischen Museen, insbesondere in Hinsicht auf gemeinsames Marketing, Außendarstellung und betriebliches Management, sowie Modelle für die Organisations- und Betriebsform der Museen – unter Berücksichtigung der jeweiligen Besonderheiten der einzelnen Museen – zur Entscheidung vorzuschlagen. Alle dafür organisatorisch und rechtlich möglichen Betriebsformen einschließlich der eigentumsrechtlichen Belange sollen mit ihren jeweiligen Vor- und Nachteilen und ihren Auswirkungen auf den städtischen Haushalt synoptisch dargestellt werden.

Sachstand:

alter Sachstand:

Zur Organisations- und Betriebsform der Museen der Stadt Köln wurde den Ratsfraktionen und –gruppen mittlerweile eine vergleichende Übersicht (Synopsis) der organisatorisch und rechtlich möglichen Betriebsformen für die Museen vorgelegt.

Sachstand im Juni 2006:

Die Verwaltung hat dem Beschluss des Rates der Stadt Köln vom 13.05.2004 folgend die Überlegungen zur Neuausrichtung aller Museen fortgesetzt und gleichzeitig die Realisierungsmöglichkeiten der Offerte einer Drittbeteiligung für das Wallraf-Richartz-Museum - Fondation Corboud im Falle der Verselbständigung des Museums bzw. seiner Betriebsführung mit dem derzeit bekannten Ergebnis geprüft (s. auch der aktuelle Sachstand zur wirtschaftlich selbständigen Betriebsführung des WRM). Auch sind die strategischen Überlegungen für ein Gesamtkonzept noch nicht abgeschlossen. Insofern konnte die Verwaltung den Ratsfraktionen dazu bisher auch nur eine synoptische Darstellung alternativer Rechtsformen für die städtischen Museen vorlegen, ohne eine abschließende Wertung vorzunehmen. In die Entwicklung eines Gesamtkonzeptes sollen die Erfahrungen aus der Ausgründung einer Betriebsführungsgesellschaft für das Wallraf-Richartz-Museum - Fondation Corboud einfließen. Ebenso werden die Ergebnisse der jetzt eingeleiteten Organisationsuntersuchung aufgrund des Beschlusses des Ausschusses für Kunst und Kultur/Museums-neubauten vom 30.08.2005 zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Kölner Museen im Entscheidungsprozess Berücksichtigung finden.

Tendenziell beabsichtigt die Verwaltung ein Modell zu erarbeiten, das den Museen weit reichenden Handlungsspielraum zur verbesserten Erledigung ihrer Kerngeschäfte im operativen Bereich gewährt bei gleichzeitiger Stärkung der kulturpolitischen Steuerungsmöglichkeiten. Mit Blick darauf, dass die Personalressourcen vorrangig für die Ausgründung der Betriebsgesellschaft und für die Untersuchung verbesserter Arbeitsbedingungen eingesetzt werden müssen, die Untersuchungsergebnisse – wie darge-

stellt – aber auch wichtige Erkenntnisse für die Gesamtausrichtung haben, wird dem Rat und seinen Vorberatungsgremien frühestens 2006 ein abgestimmter Verwaltungsvorschlag unterbreitet werden können.

Sachstand im Dezember 2006:

Kein neuer Sachstand,
s. auch Sachstand „Wirtschaftlich selbständige Betriebsführung WRM-FC“

Sachstand im Juni 2007:

Kein neuer Sachstand,
s. auch Sachstand „Wirtschaftlich selbständige Betriebsführung WRM-FC“

Sachstand im Dezember 2007:

Kein neuer Sachstand,
s. auch Sachstand „Wirtschaftlich selbständige Betriebsführung WRM-FC“

Sachstand im Juni 2008

Das Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud wird auf Beschluss des Rates vom 24. April 2008 ab dem 01.07.2008 als eigenbetriebsähnliche Einrichtung geführt. Diese Betriebsform soll in diesem Museum zunächst erprobt und bei Erfolg auf die anderen städtischen Museen ausgeweitet werden. Es wird von einer Erprobungsphase von bis zu drei Jahren ausgegangen.

Sachstand im Dezember 2008:

Das Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud wird seit dem 01.07.2008 erfolgreich als Eigenbetriebsähnliche Einrichtung geführt. Über den Erfolg der Umwandlung und deren Übertragbarkeit der Betriebsform auf die verbleibenden städtischen Museen wird berichtet.

Sachstand im Dezember 2009:

Kein neuer Sachstand

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 04.04.2006
Ds-Nr.: 0451/006, 0502/006, 0507/006 und 0530/006

Betreff: Zwangsarbeiter/innen Besuchsprogramm

Beschluss:

Im Herbst dieses Jahres kommt zum 25. Mal eine Besuchergruppe von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern nach Köln und wird damit wiederum ein viel beachtetes Zeichen gelebter Erinnerungskultur setzen. Der Arbeitskreis Messelager und der EL-DE-Haus-Verein halten aber allein aus diesem Anlass eine besondere Veranstaltung für unangemessen und werden über diesen Tag hinaus weiterhin Besuchsprogramme fortsetzen.

Der Rat der Stadt Köln begrüßt diese kontinuierliche Arbeit und beauftragt die Verwaltung zu prüfen, ob ihre ehrenamtliche Öffentlichkeitsarbeit mit folgendem Projekt unterstützt werden kann:

Ein „fotografisches Lesebuch“ - Portraits ehemaliger Zwangsarbeiter/innen, die im Rahmen des Besuchsprogramms der Stadt Köln eingeladen waren. Der Grundgedanke besteht darin, den Geschichten, Namen, Erzählungen und Nummern der ehemaligen Zwangsarbeiter/innen ein „Gesicht“ zu geben und ihre Anwesenheit während des Besuchs in Köln zu dokumentieren. Dies soll zum einen eine Würdigung der ehemaligen Zwangsarbeiter/innen darstellen und zum anderen auf die bundesweit einmalige und große Bedeutung des Besuchsprogramms der Stadt Köln hinweisen. Beim letzten Besuchsprogramm hat eine renommierte Fotografin (Sabine Würich) bereits die Gäste fotografiert; zusammen mit den Fotos der Gäste der beiden Besuchsprogramme im Mai und September 2006 könnte dieser Doku-Bild-Band anlässlich des 25. Besuches (oder kurz danach) einer Gruppe ehemaliger Zwangsarbeiter/innen erscheinen.

Das Besuchsprogramm für Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter und die Erstellung eines fotografischen Lesebuches mit Portraits ehemaliger Zwangsarbeiter/innen als Geste des guten Miteinanders wird unterstützt.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Realisierungsmöglichkeiten eines fotografischen Lesebuches zu prüfen. Im Rahmen dieser Prüfung sind auch die entstehenden Kosten und deren evtl. Deckung darzulegen. Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, ob die Erstellung des Lesebuches im Rahmen einer Projektarbeit von einer Kölner Schule / Fachhochschule durchgeführt werden kann.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Kosten für die Umsetzung dieses Vorhabens und die Finanzierungsmöglichkeiten kurzfristig zu prüfen und dem Rat vorzulegen. Außerdem soll die Verwaltung prüfen, eine englischsprachige Fassung des Kurzführers durch das EL-DE-Haus - basierend auf der deutschsprachigen Publikation „Köln im Nationalsozialismus“ - zu erstellen.

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob in nächster Zeit die Ausstellung „Bilder

einer fremden Stadt. Zwangsarbeit 1939 bis 1945“ wieder aufleben und sie den Kölner Bürgerinnen und Bürgern, wenn möglich im Rathaus, erneut präsentiert werden könnte.

Sachstand:

Sachstand im Juni 2007:

Die geschätzten Kosten für ein fotografisches Lesebuch mit Portraits ehemaliger Zwangsarbeiter/innen, die von einer professionellen Künstlerin angefertigt werden, belaufen sich auf ca. 10.000 €. Entsprechende Aufnahmen sind bereits bei den Besuchsprogrammen für ehemalige Zwangsarbeiter/innen seit September 2005 gemacht worden. Die Verwaltung beabsichtigt, im Spätherbst 2008 die Publikation zu veröffentlichen. Dank der Aufstockung der Mittel im Haushalt 2007 ist eine Finanzierung durch Haushaltsmittel beim NS-Dokumentationszentrum möglich geworden.

Die Erstellung eines solchen Projekts im Rahmen einer Projektarbeit einer Kölner Schule / Fachhochschule ist zwar als pädagogische Arbeit prinzipiell sinnvoll, jedoch sind die geschätzten Kosten annähernd gleich hoch, wenn das Projekt ebenfalls als Buch verwirklicht werden soll, da die Fotokünstlerin nur ein geringes Honorar erwartet.

Die Kosten für die englischsprachige Fassung des Kurzführers „Köln im Nationalsozialismus“, die angesichts der stark gestiegenen Anzahl von internationalen Besuchern und Gästen des NS-Dokumentationszentrums sehr zu begrüßen ist, belaufen sich für Übersetzung und Druck auf mindestens 25.000 €. Die Verwaltung beabsichtigt, im Spätherbst 2008 bzw. Frühjahr 2009 die Publikation zu veröffentlichen. Dank der Aufstockung der Mittel im Haushalt 2007 ist eine Finanzierung durch Haushaltsmittel beim NS-Dokumentationszentrum möglich geworden.

Die im Jahr 2003 im EL-DE-Haus gezeigte Sonderausstellung „Bilder einer fremden Stadt. Zwangsarbeit 1939 bis 1945“ kann in der damaligen Form nicht mehr gezeigt werden, da zentrale Elemente der Ausstellung speziell für diese und für die Räumlichkeiten im EL-DE-Haus angefertigt und nach Abschluss der Ausstellung anderen Zwecken zugeführt wurden. Eine veränderte Neufassung dieser Teile der Ausstellung wäre notwendig, weil sie die erhalten gebliebenen Texttafeln der Ausstellung ergänzen müssten. Die Kosten belaufen sich auf ca. 10.000 €, die bislang noch nicht finanziert sind.

Sachstand im Dezember 2007:

Das fotografische Lesebuch erscheint im Sommer 2008.

Die englischsprachige Fassung des Kurzführers „Köln im Nationalsozialismus“ erscheint voraussichtlich im Herbst 2009.

Sachstand im Juni 2008:

Das fotografische Lesebuch erscheint im Oktober 2008.

Die englischsprachige Fassung des Kurzführers „Köln im Nationalsozialismus“ erscheint voraussichtlich im Herbst 2009.

Sachstand im Dezember 2008

Das fotografische Lesebuch ist Ende Dezember 2008 unter dem Titel „Den Dom darf-

ten wir nie betreten'. Porträts ehemaliger Zwangsarbeiter in Köln“ im Kölner Emons-Verlag erschienen.

Die englischsprachige Fassung des Kurzführers durch das EL-DE-Haus „Köln im Nationalsozialismus“ wird erst 2010 erscheinen, weil zunächst die für Mai 2009 geplanten Veränderungen in der Dauerausstellung und die Neugestaltung der Gedenkstätte abgewartet werden sollten, damit das Buch bei Erscheinen auch auf dem neuesten Stand sein kann.

Sachstand im Dezember 2009

Die englischsprachige Fassung des Kurzführers durch das EL-DE-Haus „Köln im Nationalsozialismus“ wird nach wie vor als dringend notwendig angesehen. Die Haushaltskürzungen für 2010 machen es jedoch unwahrscheinlich, dass die Gelder für seine Produktion vorhanden sein werden.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 29.02.2000 und 18.05.2006
Ds-Nr.: 0396/000 und 0505/006

Betreff: Haus und Museum der jüdischen Kultur in Köln

Beschluss:

Beschluss vom 29.02.2000:

Der Rat der Stadt Köln unterstützt den für Köln geplanten Bau eines Hauses und Museums der jüdischen Kultur in Nordrhein-Westfalen. Er begrüßt die entsprechende Initiative aus der Kölner Bürgerschaft, unterstützt von den Synagogengemeinden unseres Landes.

Der Rat der Stadt Köln fordert die Verwaltung auf, die entsprechende Gesellschaft zur Förderung eines Hauses und Museums der jüdischen Kultur in Nordrhein-Westfalen e. V. bei ihren Bemühungen zur Realisierung dieses Vorhabens mit allen ihr zur Verfügung stehenden immateriellen Mitteln und Hilfestellungen zu unterstützen.

Beschluss vom 18.05.2006:

Aufgrund der Ergebnisse des Expertenhearings zur Standortuntersuchung am 26. Januar 2001 ist der Rat der Auffassung, dass, wenn in Köln ein Haus und Museum der jüdischen Kultur errichtet werden soll, der Rathausvorplatz der einzig mögliche Standort ist. Ob eine Realisierung auf dem Rathausvorplatz, für die ein gesonderter Beschluss notwendig ist, erfolgt, hängt von der Umsetzung folgender Maßgaben ab:

1. Wegen der besonderen Bedeutung des Vorhabens und der Standortfrage soll eine breite öffentliche Debatte stattfinden.
2. Der Platz wird nicht verkauft, sondern es erfolgt eine Überlassung des Grundstücks im Zuge eines Erbbaurechts.
3. Der Förderverein wird gemeinsam mit der Stadt Köln ein geeignetes Qualifizierungsverfahren (z. B. Workshop, Mehrfachbeauftragung, Wettbewerb) mit renommierten Teilnehmern durchführen. Er verpflichtet sich, den 1. Preisträger mit der Durchführung des Bauvorhabens zu beauftragen.
4. Der Auslobungstext mit Raumprogramm, Bauhöhen und Baulinien ist unter Berücksichtigung angemessener Platzsituationen vor dem historischen Rathaus und dem WRM unter Einbeziehung des Grundstücks Haus Kutz dem Stadtentwicklungsausschuss und dem Kulturausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.
5. Die auf der Basis des Wettbewerbsergebnisses ermittelten Kosten für die Investition und die Betriebskosten werden vollständig vom Förderverein übernommen. Die Finanzierung der notwendigen Investitionen und des Betriebes muss transparent und vertrauenswürdig abgesichert dargestellt werden.
6. Es wird angestrebt, im Zusammenhang mit diesem Projekt die „archäologische Zone“ zu realisieren. Für die notwendigen Investitionen werden im Zusammenhang mit der Regionalen 2010 Förderanträge beim Land gestellt.

Sachstand:

Sachstand im Dezember 2006:

Gemäß dem Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vom 22.06.2006 wurde die Verwaltung beauftragt, unverzüglich mit der Gesellschaft zur Förderung eines Hauses und Museums der jüdischen Kultur e.V. Gespräche zu führen, mit dem Ziel einen mit der

Archäologischen Zone abgestimmten Wettbewerb zu initiieren. Hierzu wurde das Büro Reicher+ Haase Architekten mit der Durchführung eines Wettbewerbes beauftragt. Die Erarbeitung der Grundlagen des Wettbewerbes erfolgt derzeit parallel durch die Nutzer. Das Flächenprogramm des oberirdischen Baukörpers befindet sich in der internen Abstimmung der Gesellschaft zur Förderung des Hauses und Museums der jüdischen Kultur e.V. Ebenso wird der Auslobungstext bezüglich des oberirdischen Baukörpers erstellt. Die Auslobung des Wettbewerbes ist für das II. Quartal 2007 geplant.

Sachstand im Juni 2007:

Der Auslobungstext des Architektenwettbewerbs ist fertig gestellt, der Ratsbeschluss wird wg. Verzögerungen bei der Archäologischen Zone für die zweite Jahreshälfte 2007 erwartet.

Sachstand im Dezember 2007:

Der Stadtentwicklungsausschuss hat am 22.11.2007 die Auslobung des Architektenwettbewerbs Archäologische Zone/Haus der jüdischen Kultur beschlossen. Geplant sind die Preisrichtervorbesprechung und das Kolloquium in der 11. Woche und die Preisgerichtssitzungen in der 23. Woche 2008.

Sachstand im Juni 2008:

Der Architektenwettbewerb für die Archäologische Zone und das Jüdische Museum Köln ist abgeschlossen. Die Preisgerichtssitzung hat am 12./13.6.2008 stattgefunden. Vom 16.7. bis 15.8.2008 findet im Spanischen Bau des Rathauses zu Köln eine Ausstellung zu den eingereichten Arbeiten des Architektenwettbewerbs statt. Für Besucher besteht die Möglichkeit, sich schriftlich zu den Entwürfen zu äußern. Die Ergebnisse dieser Aktion werden dem Rat bekannt geben.

Sachstand im Dezember 2008:

Der Rat hat die Verwaltung am 28.8.2008 mit der Entwurfsplanung für die Archäologische Zone und das Jüdische Museum Köln beauftragt. Die Objektplanung obliegt den ersten Preisträgern des Architektenwettbewerbs, dem Büro Wandel, Hofer, Loch und Hirsch, Saarbrücken.

Sachstand Dezember 2009

Nach dem Ausstieg der Gesellschaft für ein Haus und Museum der jüdischen Kultur e.V. (Gesellschaft) aus der Finanzierung von Bau und Betrieb eines Jüdischen Museums im Juli 2009 hat der Rat am 10.9.2009 einen modifizierten Planungsauftrag erteilt:

1. Das Projekt wird unter dem Arbeitstitel „Archäologische Zone/Jüdisches Museum“ fortgesetzt.

Nach dem Rückzug der Gesellschaft aus Betrieb und Finanzierung wird die Planung in folgender Weise überarbeitet:

- a. Der Baukörper wird zugunsten eines großzügigeren Platzes vor dem Wallraf-Richartz-Museum reduziert
- b. Die Ausstellung der kölnisch-jüdischen Geschichte wird organisatorisch (gemeinsame Infrastruktur) in die Archäologische Zone (Ausgrabungsstätte und Präsentation) integriert
- c. Archäologie und jüdische Geschichte/jüdisches Leben in Köln werden durch unterschiedliche Kuratoren inhaltlich betreut
- d. Die Planung muss getrennte, themenbezogene Zugangsmöglichkeiten sichern.

2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, den ersten Preisträgern des Architektenwettbewerbs zur Archäologischen Zone und zum Jüdischen Museum, dem Büro Wandel, Hofer, Lorch & Hirsch, Saarbrücken, aufzugeben, den Siegerentwurf entsprechend Punkt 1 unter Würdigung der Ergebnisse des Wettbewerbs sowie den Auflagen des Preisgerichts und des Rates planerisch bis zur Entwurfsreife weiterzuentwickeln.
3. Die so überarbeitete Entwurfsplanung einschließlich einer geprüften Kostenberechnung ist dem Rat zur Beschlussfassung über die Realisierung (Baubeschluss) vorzulegen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage der verabschiedeten Entwurfsplanung Förderanträge zur Erlangung von Städtebauförderungsmitteln für die Archäologische Zone im Zuge der Regionale 2010 zu stellen. Die Verwaltung wird weiter beauftragt, Verhandlungen und Gespräche über Möglichkeiten der Projektunterstützung durch Dritte wie z.B. Land, LVR und private Förderer zu führen.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 22.06.2006
Ds-Nr.: 0887/006 und 1000/006

Betreff: Archäologische Zone - Überplanmäßige Ausgabe

Beschluss:

I.

Der Rat nimmt das anliegende Projektdossier zur Archäologischen Zone zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Planung der Archäologischen Zone bis zur Entwurfsreife mit der Maßgabe, einen europaweiten Realisierungswettbewerb auszuloben.

Weiterhin beschließt der Rat eine überplanmäßige Ausgabe bei Haushaltsstelle 3112.940.0000.6 – Archäologische Zone Innenstadt in Höhe von 128.492 €. Damit stehen die für die weitere Planung benötigten Mittel in Höhe von 325.056 € im Haushaltsjahr 2006 zur Verfügung. Die Deckung der Mehrausgabe erfolgt durch Wenigerausgabe bei Haushaltsstelle 3113.940.1730.6 – H Neubau RJM. Hier werden zur Sicherstellung der Gesamtfinanzierung des Neubaus RJM im Rahmen der Hpl.-Aufstellung im Investitionsprogramm, Haushaltsjahr 2007, die Mittel erneut bereitgestellt.

Die ab 2007 darüber hinaus bis zum Baubeginn benötigten Planungsmittel von 808.580 € sind im Investitionsprogramm 2007 bis 2010 zu veranschlagen.

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. das Projekt „Archäologische Zone“ mit dem Ziel weiterzuentwickeln, die Qualifizierung als A Projekt im Rahmen der Regionale 2010 zu erreichen.
2. unverzüglich mit der Gesellschaft zur Förderung eines Hauses und Museums der jüdischen Kultur e. V. Gespräche zu führen mit dem Ziel, aufeinander abgestimmte Wettbewerbe zu initiieren.

II.

Der Beschlusstext wird wie folgt ergänzt:

1. Die Stadt Köln finanziert den gemeinsamen Wettbewerb für die archäologische Zone und dem Haus und Museum der jüdischen Kultur vor. Die notwendigen Haushaltsmittel sind zusätzlich bereitzustellen.
2. Bei der Realisierung des Hauses der jüdischen Kultur beteiligt sich der Förderverein mit 50 % der Wettbewerbskosten.

Die Wettbewerbsteilnehmer werden aufgefordert eine integrierte Lösung zu planen, die es aber ermöglicht, in einem ersten Bauabschnitt die archäologische Zone unabhängig von dem Bau des Hauses der jüdischen Kultur zu realisieren, ohne die integrierte Lösung zu verbauen.

Sachstand:

Sachstand im Juni 2006:

Die Beauftragung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln zur Projektleitung und Projektsteuerung für die Archäologische Zone wurde um die Begleitung des Wettbewerbs, gem. Ratsbeschluss vom 22.06.2006, erweitert. Die Auslobung eines europaweiten Realisierungswettbewerbs wurde mit den zuständigen Fachämtern, Gebäudewirtschaft, Stadtplanungsamt und Kulturdezernat konkretisiert.

Das Dezernat für Kunst und Kultur hat Gespräche mit der Gesellschaft zur Förderung eines Hauses und Museum der jüdischen Kultur e.V. aufgenommen mit dem Ziel, einen aufeinander abgestimmten Wettbewerb zu ermöglichen.

Sachstand im Dezember 2006:

Die Verwaltung erarbeitet zurzeit den Auslobungstext für den gemeinsamen Architektenwettbewerb Archäologische Zone und Haus und Museum der jüdischen Kultur. Die Auslobung soll im Mai 2007 veröffentlicht werden, mit dem Wettbewerbsergebnis ist im Dezember 2007 zu rechnen.

Sachstand im Juni 2007:

Zur wissenschaftlichen Begleitung des Regionale 2010-Projekts „Archäologische Zone Köln“ beruft die Stadt Köln, Dezernat für Kunst und Kultur, im Einvernehmen mit der Regionale 2010 Agentur und dem Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (MBV NRW) einen wissenschaftlichen Beirat. Er wird für die Zeit bis zur Fertigstellung der Archäologischen Zone, voraussichtlich 2011, berufen. Der Beirat berät als wissenschaftliches Gutachter-Gremium die Stadt Köln, die Regionale 2010 Agentur und das MBV NRW bei Konzeption und Realisierung der Archäologischen Zone. Er gibt Empfehlungen gegenüber dem Dezernenten für Kunst und Kultur der Stadt Köln und dem Dezernenten für Stadtentwicklung, Planen und Bauen der Stadt Köln ab. Die erste Sitzung des Beirats hat im 24.04.2007 stattgefunden, die nächste Sitzung ist noch nicht terminiert.

Der stadtintern abgestimmte Auslobungstext für den europaweiten Realisierungswettbewerb befindet sich zurzeit im Abstimmungsverfahren mit dem Bauministerium, der Regionale 2010 Agentur und dem wissenschaftlichen Beirat. Die bisher für den Wettbewerb vereinbarte Terminsetzung muss angepasst werden. Nach Fertigstellung des Auslobungstextes wird eine erneute Vorlage für die Ratssitzung am 18.09.2007 angestrebt. Durch die eingetretene Änderung des Beratungsablaufs ist mit einer Terminverzögerung von ca. 3 – 4 Monaten zu rechnen, sodass die Vergabe im zweiten Quartal 2008 erfolgen wird.

Der vorzeitige Maßnahmenbeginn ist durch das zuständige Ministerium des Landes zwischenzeitlich genehmigt worden. Mit den Sondierungsgrabungen kann nun begonnen werden.

Sachstand im Dezember 2007:

Der Stadtentwicklungsausschuss hat die Auslobung des Architektenwettbewerbs Archäologische Zone/Haus der jüdischen Kultur am 22.11.2007 beschlossen. Geplant sind die Preisrichtervorbesprechung und das Kolloquium in der 11. Woche und die Preisgerichtssitzungen in der 23. Woche 2008.

Die Kostenschätzung für die Archäologische Zone beläuft sich nunmehr auf 14,4 Mio. €, auch bedingt durch die vorgesehenen Schutzbauten.

Die Prospektions- und Sondierungsarbeiten auf dem Rathausplatz laufen. Die Archäologische Zone ist auch im Arbeitsbereich „Kulturelles Erbe“ gelistet. Bei entsprechendem Projektverlauf kann erwartet werden, dass das Projekt im Jahr 2008 in die Kategorie A aufsteigt.

Sachstand im Juni 2008:

Der Architektenwettbewerb für die Archäologische Zone und das Jüdische Museum Köln ist abgeschlossen. Die Preisgerichtssitzung hat am 12./13.6.2008 stattgefunden. Die Vorlage für die Beauftragung der Architekten für die Planungen zur Realisierung der Archäologischen Zone ist vorgesehen für den Stadtentwicklungsausschuss am 14.8.2008, Kulturausschuss am 19.8.2008 und Rat am 28.8.2008. Vom 16.7. bis 15.8.2008 findet im Spanischen Bau des Rathauses zu Köln eine Ausstellung zu den eingereichten Arbeiten des Architektenwettbewerbs statt. Für Besucher besteht die Möglichkeit, sich schriftlich zu den Entwürfen zu äußern. Die Ergebnisse dieser Aktion werden dem Rat bekannt geben. Das Projekt kann nun im Herbst 2008 vom Regionale-Ausschuss die A-Kategorie erreichen.

Sachstand im Dezember 2008:

Der Rat hat die Verwaltung am 28.8.2008 mit der Entwurfsplanung für die Archäologische Zone und das Jüdische Museum Köln beauftragt. Die Objektplanung obliegt dem Büro Wandel, Hoefler, Loch und Hirsch, Saarbrücken.

Sachstand Dezember 2009

Siehe Sachstand „Haus und Museum der jüdischen Kultur“, Ds-Nr. 0396/000 und 0505/006

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 28.09.2006
Ds-Nr.: 1389/006

Betreff: Kölner Denkmal für die Opfer der NS-Militärjustiz

Beschluss:

Für die Deserteure, „Wehrkraftzersetzer“ und Kriegsdienstverweigerer der Nazi-Herrschaft wird ein Denkmal errichtet.

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat bis Anfang 2007 einen Vorschlag über die Einrichtung eines solchen Denkmals zu unterbreiten. Dabei soll folgendes geprüft und berücksichtigt werden:

- Der Standort sollte sich in die bisherigen Gedenkstätten für die Opfer der Nazi-herrschaft eingliedern. Dies wäre z.B. im Klingelpützpark denkbar, aber auch andere Orte wären möglich
- , wenn sie sich in eine Art historischen Rundgang mit einplanen lassen.
- Die Form des Denkmals sollte abgewogen und mit betroffenen Organisationen und Personen besprochen werden. Eine einfache Gedenktafel oder eher eine anspruchsvollere Form wie z.B. eine Skulptur wären möglich.
- Das Denkmal soll auch mit Spenden und Mitteln der Kölnerinnen und Kölner finanziert und Sponsorengelder mobilisiert werden.

Sachstand:

Sachstand im Dezember 2006

Vom 10. August bis zum 21. Oktober 2007 wird im NS-Dokumentationszentrum die Wanderausstellung „Opfer der NS-Militärjustiz“ gezeigt, die von der „Stiftung für die ermordeten Juden Europas“ in Berlin erarbeitet wurde. Die Ausstellung gedenkt der Hingerichteten und erinnert an das Leiden und Sterben Tausender in Strafkompagnien, Lagern und Zuchthäusern. Sie informiert über ihren Lebenshintergrund, aber auch über das System der Militärjustiz und seine Richter, die die Desertion und andere Tatbestände häufig Urteile mit einem extremen Strafmaß fällten.

Zur Vorbereitung dieser Ausstellung wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich auch mit der Frage eines Kölner Denkmals für Deserteure beschäftigen wird.

Sachstand im Juni 2007:

Die Arbeitsgruppe, die sich zur Aufarbeitung der Geschichte der Kölner Opfer der NS-Militärjustiz gegründet hat, ist im Berichtszeitraum drei Mal im NS-Dokumentationszentrum zusammengetroffen. Es wurden mögliche Standorte und Formen der Umsetzung diskutiert und Ortsbesichtigungen unternommen. Außerdem haben vier Mitglieder der Arbeitsgruppe im Bundesarchiv/Militärarchiv Freiburg nach Kölnern recherchiert. Im Begleitprogramm der Sonderausstellung „Opfer der NS-Militärjustiz“, die von der „Stiftung für die ermordeten Juden Europas“ erarbeitet wurde und die vom 10. August bis zum 21. Oktober 2007 im NS-Dokumentationszentrum gezeigt werden wird, wird die Arbeitsgruppe am 11. Oktober die Ergebnisse ihrer Recherchen und am 17. Oktober die bis dahin vorliegenden Vorschläge für die Gestaltung eines Denkmals vorstellen.

Sachstand im Dezember 2007:

Am 11. und am 17. Oktober 2007 informierten das NS-Dokumentationszentrum und

die „Projektgruppe Opfer der NS-Militärjustiz in Köln“ auf öffentlichen Veranstaltungen über die bisherigen Ergebnisse der Recherchen, gaben einen Überblick über Denkmale für Opfer der NS-Militärjustiz in der Bundesrepublik und berichteten über die besichtigten Stätten, die als Standorte für ein Denkmal in Köln in Frage kommen. Diese Ergebnisse werden am 11. Januar 2008 dem Kunstbeirat vorgetragen. Danach erfolgt eine verbindliche Festlegung des Standortes, womit die Voraussetzungen für eine dann vorgesehene konkrete Ansprache von Künstlerinnen und Künstlern geschaffen ist.

Sachstand im Juni 2008:

Die unter der Federführung des NS-Dokumentationszentrums durchgeführten historischen Recherchen, Ortsbesichtigungen und Besprechungen mit betroffenen Organisationen und städtischen Institutionen haben zu einer Konkretisierung des Vorhabens geführt. Es wird eine Aufstellung des Denkmals zum 70. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges, am 1.9.2009, angestrebt.

Derzeit bereitet eine Arbeitsgruppe, die aus Vertreter/innen von Kulturdezernat, Stadtplanungsamt, Kunstbeirat, ehrenamtlicher Projektgruppe und dem NS-Dokumentationszentrum besteht, die Ausschreibungsunterlagen für einen Wettbewerb vor. Diese Unterlagen sollen im Frühherbst 2009 dem Rat der Stadt Köln zur Abstimmung vorgelegt werden.

Sachstand im Dezember 2008

Die seit dem ersten Halbjahr 2008 eingerichtete Arbeitsgruppe aus Vertreter/innen von Kulturdezernat, Stadtplanungsamt, Kunstbeirat, ehrenamtlicher Projektgruppe und dem NS-Dokumentationszentrum hat die Rahmenbedingungen für einen Künstlerwettbewerb erarbeitet, so dass der Rat am 13. November 2008 unter 4175/2008 die „Auslobung eines Künstlerwettbewerbs zur Gestaltung eines Denkmals für die Opfer der NS-Militärjustiz“ verabschieden konnte.

Die darin benannte Auswahljury hat am 9. Dezember 2008 über die einzuladenden Künstlerinnen und Künstler entschieden. Für Januar 2009 sind das Preisgerichts- und Rückfragenkolloquium und für April 2009 die Preisgerichtssitzung vorgesehen.

Die Aufstellung des Denkmals wird zum 70. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges, am 1.9.2009, angestrebt.

Sachstand im Dezember 2009:

Am 23. Januar 2009 trafen erstmalig die Jurymitglieder im NS-Dokumentationszentrum zusammen. Am Nachmittag des gleichen Tages fand das Rückfragenkolloquium mit den eingeladenen Künstlerinnen und Künstlern statt. Am 14. April endete die Abgabefrist. 13 Entwürfe wurden eingereicht und einer gründlichen Vorprüfung unterzogen.

Auf ihrer Sitzung am 24. April 2009 stimmten die Mitglieder der Jury einstimmig für den Entwurf von Ruedi Baur und schlugen dem Rat der Stadt Köln die Realisierung dieses Denkmals vor. Vom 28. April bis zum 10. Mai 2009 konnten die eingereichten Entwürfe im NS-Dokumentationszentrum besichtigt werden. Am 30. Juni 2009 beschloss der Rat unter 2338/2009, der Realisierungsempfehlung der Jury zu folgen.

Am 1. September 2009 wurde das Denkmal an seinem Standort am Appellhofplatz mit mehr als 900 Gästen eingeweiht werden. Der Ratsbeschluss vom 28. September 2006 ist somit umgesetzt.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 15.05.2007
Ds-Nr.: A/0149/007

Betreff: Einrichtung einer Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Informations- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus beim NS-Dokumentationszentrum einzurichten. Die Verwaltung soll unter Berücksichtigung folgender Maßgaben ein Umsetzungskonzept erstellen und dem Rat zur abschließenden Beschlussfassung zuleiten:

1. Schwerpunkt der o. a. Stelle soll die Präventionsarbeit gegenüber Kindern und Jugendlichen und in diesem Rahmen insbesondere die Unterstützung von Schulen, Jugendeinrichtungen und die Bereitstellung von Bildungs- und Informationsangeboten sein.
2. Weitere Aufgabe der o. a. Stelle soll die Unterstützung und der Aufbau eines Netzwerkes von Einrichtungen und Initiativen sein, das sich mit Aufklärungsaktivitäten gegen Rechtsextremismus und mit der Förderung eines demokratischen Bewusstseins beschäftigt.
3. Die o. a. Stelle für Informations- und Bildungsarbeit soll beim NS-Dokumentationszentrum angesiedelt sein und mit einer Personalstelle EG 13 / A 13 ausgestattet werden.
4. Die Verwaltung soll Vorschläge unterbreiten, welche Organisationsstrukturen und Kommunikationsformen zur Begleitung der Arbeit der Infostelle und zur besseren Vernetzung der lokalen Aktivitäten durch Schulen, Jugendeinrichtungen, freier Träger und Initiativen aufgebaut werden sollen.

Sachstand:

Sachstand im Juni 2007:

Die Organisationsverfügung zur Einrichtung der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus ist Ende Juli schlussgezeichnet worden. Die interne Stellenausschreibung sowie das Verfahren zu einer ggf. externen Stellenbesetzung sind auf den Weg gebracht worden. Die Verwaltung wird, sobald die Stelle besetzt sein wird, kurzfristig Vorschläge zum Aufbau des lokalen Netzwerkes und zu den Organisationsstrukturen und Kommunikationsformen zur Begleitung der Arbeit der Infostelle machen.

Sachstand im Dezember 2007:

Die Stelle ist nach Abschluss der internen und externen Stellenausschreibung zum 1.1.2008 besetzt worden. Die Verwaltung wird im ersten Halbjahr 2008 dem Rat ein Konzept für die Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus unterbreiten.

Sachstand im Juni 2008:

Der Mitarbeiter der Info- und Bildungsstelle hat Anfang Januar 2008 seine Arbeit aufgenommen. Zwischenzeitlich wurde das Konzept erarbeitet, dem der Rat in seiner Sit-

zung am 24. April 2008 zugestimmt hat. Für eine Öffentlichkeitsarbeit wurden u. a. Flyer, Muster für Infoblätter und ein Internetauftritt (www.nsdok.de/ibs) entwickelt. Auch in den Bereichen Bildung, Information und Beratung, Dokumentation und Forschung wurde eine z. T. bereits sehr intensive Tätigkeit entfaltet.

Sachstand im Dezember 2008

Die Info- und Bildungsstelle konnte bis zum Jahresende ihre pädagogische Arbeit verstetigen. Mittels Flyer, Homepage etc. wurden die Angebote der ibs an Kölner Schulen und anderen Bildungseinrichtungen beworben. Insgesamt wurden 40 Workshops und Seminare durchgeführt und 23 Vorträge zu unterschiedlichen Themen des Rechtsextremismus gehalten. Im Mittelpunkt standen die Themen „Rechtspopulismus“, „Rechtsextreme Jugendkulturen“ und „Was tun gegen Rechts?“. Auf großes Interesse stieß die Fachtagung „Feindbild Islam“ in der VHS Köln, die von weit über hundert Teilnehmern besucht wurde. Die Beiträge wurden überarbeitet und in einer Broschüre zusammengefasst, die ab Anfang nächsten Jahres zur Verfügung steht.

Neben eigenen Veranstaltungen und Aktivitäten mit Kooperationspartnern wurden Beratungen sowohl von Initiativen als auch Multiplikatoren und engagierten Einzelpersonen durchgeführt. Die ibs beteiligt sich an verschiedenen Netzwerken in Köln und steht mit den demokratischen Akteuren in Austausch. Die konstituierende Sitzung des Beirates, der die Arbeit der Info- und Bildungsstelle begleitet, hat stattgefunden. Darüber hinaus wurde die Arbeit der ibs durch diverse Artikel, Interviews oder Buchbeiträge sowie durch den Newsletter bekannt gemacht. Das Archiv und die Bibliothek wurden ausgeweitet und durch etliche Materialien und Literatur zum Thema Rechtsextremismus und Rassismus ergänzt. Zudem konnte ein durch Bundesmittel finanziertes Projekt - Mobile Beratung im Regierungsbezirk Köln - akquiriert werden.

Sachstand im Dezember 2009

Die Info- und Bildungsstelle hat bis zum Jahresende 2009 eine Vielzahl an Veranstaltungen für Jugendliche, aber auch für Erwachsene durchgeführt. Insgesamt beläuft sich die Zahl auf 64 Workshops sowie 31 Vorträge zu unterschiedlichen Aspekten des Rechtsextremismus und möglichen Gegenstrategien. Die Veranstaltungen waren von unterschiedlicher Dauer (von einer Schulstunde bis zu einer Tagesveranstaltung) und Intensität, die meisten waren jedoch von einführendem Charakter. Die Bildungsangebote sind als Module schriftlich fixiert, sie werden durch (Selbst)evaluation und Weiterentwicklung in der Praxis ständig fortgeschrieben. Das bei der ibs angesiedelte Projekt „Antisemitismus als Problem der politischen Bildungsarbeit“ wurde 2009 abgeschlossen, die Ergebnisse sind in gleichnamiger Broschüre dokumentiert. Einer der Höhepunkte des Jahres war die Fachtagung zur Varusschlacht unter dem Titel „Die Erfindung der Deutschen“ im Römisch-Germanischen Museum. Die Beiträge werden in einer Fachpublikation veröffentlicht.

Unterstützung konnte die ibs bei der Entwicklung von Bildungsmaßnahmen, der politischen Tätigkeiten und der wissenschaftlichen Arbeit von Studierenden zum Thema Rechtsextremismus (Diplom- und Hausarbeiten) leisten. Darüber hinaus wurden Anfragen Medien beantwortet. Die Arbeit im Jahr 2009 war stark von dem durch Bundesmittel geförderten Projekt „Mobile Beratung im Regierungsbezirk Köln“ bestimmt. In diesem Rahmen konnte bei Vorkommnissen mit rechtsextremen, rassistischen und antisemitischem Hintergrund auch über die Stadtgrenzen Kölns hinaus schnelle und unkomplizierte Hilfe zur Verfügung gestellt werden. Die Ansätze und Ergebnisse der Mobilen Beratung sind in einer Broschüre dokumentiert.

Die ibs arbeitet mit vielen Partnern der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit (Schulen, VHS, Bildungswerken, Jugendzentren), aus der Antidiskriminierungsarbeit (Initiativen, Kirchen, Verwaltung), verschiedenen Initiativen und Vereinen sowie mit Behörden und Ämtern (Stadtverwaltung, Polizei) zusammen. Ausdruck eines solchen Netzwerkes sind u.a. gegenseitige kollegiale Unterstützung und Beratung sowie Kooperationsveranstaltungen. Deutlich wurde in 2009 die Notwendigkeit einer engen Verzahnung von Integrations- und Antidiskriminierungsarbeit mit der Arbeit gegen Rechtsextremismus.

Der monatliche Newsletter wurde fortgeführt, der Adressatenkreis vergrößert. In die Internetseite werden neue Inhalte eingepflegt. Die Veröffentlichung der Mobilen Beratung „Die extreme Rechte bei der NRW-Kommunalwahl 2009 im Regierungsbezirk Köln“ stieß auf reges Interesse. Neben mehreren eigenen Artikeln berichtete die Presse mehrmals über Aktivitäten der ibs.

Die Phase der Installierung der Info- und Bildungsstelle, einschließlich der Bewerbung und Bekanntmachung der Angebote, kann nach zwei Jahren als weitestgehend abgeschlossen betrachtet werden. Die ibs ist in den unterschiedlichsten Tätigkeitsfeldern gefragt und scheint in Köln als kompetenter Ansprechpartner zum Thema Rechtsextremismus angenommen zu werden.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 13.12.2007
Vorlagennummer: AN/1605/2007 + AN 1709/2007

Betreff: Verselbständigung der Kölner Museen

Beschluss:

Auf dem Weg zu dem vom Rat in seiner Sitzung am 13.05.2004 beschlossenen Ziel, ihm ein Konzept für eine optimale Kooperation aller städtischen Museen sowie Modelle für die Organisations- und Betriebsform der Museen zur Entscheidung vorzulegen, wird die Verwaltung beauftragt:

1. Nach Maßgabe der Ergebnisse der organisatorischen Betrachtung des Organisationsamtes zur „Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Museen der Stadt Köln“ (Stand August 2007) sind die Arbeitsbedingungen der Kölner Museen so zu optimieren, dass eine effektive operative Betriebsführung der Museen ermöglicht wird. Der Optimierungsprozess ist durch das Organisationsamt konstruktiv zu begleiten und zu moderieren. Für die Umsetzung ist der kommunalrechtliche Rahmen voll auszuschöpfen.

Beispielhaft werden genannt:

- Zwingend erforderliche Neugestaltung der Kommunikationsprozesse zwischen den Kulturinstituten, dem Referat für übergreifende Museumsangelegenheiten und der Querschnittsverwaltung
- Gewährung weitgehender Bewirtschaftungserleichterungen und maximaler Abbau finanzwirtschaftlicher Hemmnisse im Rahmen des Neuen kommunalen Finanzmanagements
- Erhöhung der Vorlage- und Vergabegrenzen entsprechend der Höchstgrenzen des Runderlasses des Innenministers NRW
- Neupositionierung des Referates für übergreifende Museumsangelegenheiten und Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit

2. Nach Ablauf eines Jahres nach Umsetzung dieses Beschlusses wird dem Ausschuss Kunst und Kultur ein Erfahrungsbericht vorgelegt. Er soll auch Stellungnahmen der Museumsdirektoren beinhalten, um ggf. Umsetzungsdefizite und weitere Bedarfe diskutieren zu können.

Sachstand:

Sachstand Juni 2008:

Es wird verwiesen auf den im Halbjahresbericht aufgeführten Sachstand zum Thema „Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Museen“. Die Verwaltung wird spätestens zur Ratssitzung im September 2008 über den Sachstand zur Umsetzung berichten.

Sachstand im Dezember 2008:

Es wird auf den Sachstandsbericht zum Thema „Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Museen“ und „Organisations- und Betriebsform der städtischen Museen“ verwiesen.

Sachstand im Dezember 2009:

Kein neue Sachstand. Es wird auf den Sachstandsbericht zum Thema „Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Museen“ und „Organisations- und Betriebsform der städtischen Museen“ verwiesen.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 04.03.2008
Vorlagennummer.: AN/0446/2008

Betreff: Forum Culturale

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, vor einer Entscheidung des Rates über zusätzliche weitreichende Projekte, eine vollständige Übersicht der voraussichtlichen Investitions- und Folgekosten aller relevanten, derzeit in Planung und Umsetzung befindlichen Großprojekte, wie z.B. die Sanierung der Oper und der Neubau des Schauspielhauses, der Neubau und Betrieb des Kulturzentrums am Neumarkt, die Unterbringung des Historischen Archivs, die Entwicklung der Archäologischen Zone zu erstellen.
2. Die Verwaltung möge darstellen, wie sich die anstehenden Investitionen und Folgekosten in die städtische Haushaltsplanung/Mittelfristplanung einfügen, so dass eine transparente Übersicht über die Investitionsausgaben aller Dezernate und alle die Ergebnisrechnung belastenden Folgekosten der nächsten 5 Jahre dem Rat vorgelegt werden können.
3. Darüber hinaus sind die Projekte im Kulturbereich in die zu erstellende Kulturentwicklungsplanung einzuordnen und diese Planung angesichts ihres Realisierungsbedarfes aber auch mit Blick auf die im Haushalt zur Verfügung stehenden Finanzmittel nach kurzfristigen, mittelfristigen aber auch langfristigen und ggf. auch nicht zu realisierenden Vorhaben zu ergänzen und zu gewichten.

Sachstand:

Die Verwaltung erarbeitet zurzeit die Vorlage für die angesprochenen Baumaßnahmen. Nach Fertigstellung können die Ergebnisse zusammengetragen und vorgestellt werden.

Sachstand Dezember 2008:

Die gewünschte Auflistung findet sich im Entwurf des Kulturentwicklungsplans, der am 2.12.2008 in den Kulturausschuss eingebracht worden ist. Ziel ist, den Kulturentwicklungsplan vor der Sommerpause 2009 zu verabschieden und ihn dann – und damit auch die Investitionsliste – in jährlich zu erstellenden Kulturberichten fortzuschreiben.

Sachstand Dezember 2009

Der Kulturentwicklungsplan ist vom Rat am 30.6.2009 verabschiedet worden. Die derzeit anstehenden großen Bauprojekte sind hier aufgelistet.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 28.08.2008
Vorlagennummer: AN/1306/2008

Betreff: Köln Tage der Museen

Beschluss:

Der Rat beschließt:

I. KölnTage für die städtischen Museen einzuführen

Für die Museen der Stadt Köln sind regelmäßig „KölnTage“ zu veranstalten, an denen die Kölnerinnen und Kölner einmal monatlich kostenlos Zugang zu den Museumsausstellungen haben.

Dafür gelten folgende Maßgaben:

- Jeweils donnerstags (außer feiertags) sollen die KölnTage der Museen einmal monatlich stattfinden.
- Die Öffnungszeiten werden an diesem Tag jeweils bis 22 Uhr ausgeweitet.
- Freien Zutritt haben alle Bürgerinnen und Bürger mit Wohnsitz in Köln (der Personalausweis gilt als Eintrittskarte) zu den ständigen Sammlungen.
- Sonderausstellungen sind weiterhin kostenpflichtig.
- Die Verwaltung wird aufgefordert, ein geeignetes und unbürokratisches Verfahren für die Feststellung des Berechtigtenkreises eines freien Eintritts an den KölnTagen zu erarbeiten. Durch geeignete Maßnahmen ist sicherzustellen, dass trotz Gewährung eines freien Eintritts aus statistischen Gründen eine Besucherzählung möglich bleibt.

II. Generell freien Eintritt in die ständigen Sammlungen auszuweiten auf alle

- Unter-18-Jährigen KölnerInnen
- SchülerInnen an allgemeinbildenden Schulen, Berufsschulen und Berufsbildenden Schulen
- KölnPass-InhaberInnen
- Besucherinnen und Besucher am Tage ihres Geburtstages. Diese Regelungen gelten nur für Kölnerinnen und Kölner.

III. Für das Projekt „KölnTage der Museen“ sollen gezielt Sponsoren zur Unterstützung gewonnen werden.

Die kostenlosen KölnTage werden mit einer kreativen Plakatwerbung begleitet, die besonders die „neuen“ Zielgruppen anspricht.

IV. Die Verwaltung wird beauftragt mit den nichtstädtischen Museen zu verhandeln, ob sie bereit sind, sich der vorstehenden Regelung anzuschließen.

V. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Gebietskörperschaften der Region,

Rheinisch-Bergischer Kreis, Rhein-Erft-Kreis, Stadt Bonn, Rhein-Sieg-Kreis, Oberbergischer Kreis, Kreis Neuss, Stadt Leverkusen und Landschaftsverband Rheinland, Gespräche mit der Zielsetzung zu führen, gleiche Regelungen für Kölnerinnen und Kölner in deren öffentlichen Museen zu ermöglichen und somit einen rheinischen Museumstag zu etablieren. Im Gegenzug gelten die Bedingungen unter Ziffer I. und Ziffer II. des Antrags dann auch für die Einwohnerinnen und Einwohner der Region.

Im Rahmen von „KölnTage“ sollen relevante städtische Einrichtungen zukünftig den Kölner Bürgerinnen und Bürgern kostenfrei zugänglich sein. Der Anfang dieses Projekts soll mit den städtischen Museen gesetzt werden. Die Verwaltung wird daher beauftragt, unter den eingangs aufgeführten Maßgaben kurzfristig ein Konzept für die KölnTage der Museen zu erstellen. Außerdem sind die zu erwartenden Einnahmeverluste und zusätzlichen Kosten darzustellen und dem Rat vorzulegen, mit dem Ziel, dies, haushaltswirtschaftlich berücksichtigen zu können.

Sachstand:

Sachstand im Dezember 2008:

Eine entsprechende Vorlage befindet sich im Beschlussverfahren und wird dem Rat in der Sitzung am 10.02.2009 zur Entscheidung vorgelegt.

Sachstand Dezember 2009:

Die KölnTage wurden vom Rat am 10.02.2009 beschlossen und ab 01.04.2009 eingeführt. Der Rat hat in seiner Sitzung am 17.12.2009 beschlossen, die KölnTage zu den gleichen Bedingungen wie 2009 bis zum 30.06.2010 fortzuführen.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 28.08.2008
Vorlagennummer: AN/2283/2008

Betreff: Realisierung eines Staatstheaters und einer Staatsphilharmonie Nordrhein-Westfalen in Köln"

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln fordert die Landesregierung auf, die Köln betreffenden Vorschläge der Studie „Kunst NRW. Vorschläge und Empfehlungen“, die Kölner Bühnen zum Staatstheater Köln und das Gürzenich-Orchester zur „Staatsphilharmonie Nordrhein Westfalen“ zu ernennen, durch entsprechende Beschlüsse und daraus resultierende Maßnahmen umzusetzen.

Außerdem fordert der Rat der Stadt Köln die Verwaltung auf, dem Kulturausschuss bis zu seiner Sitzung am 02. Dezember 2008 ein Konzept vorzulegen, das die Ergebnisse und Auswirkungen der Köln betreffenden Vorschläge und Empfehlungen der Studie aufzeigt.

Sachstand:

Aufgrund des Ratsbeschlusses vom 28. August 2008 wurde die Stadtverwaltung aufgefordert, dem Rat zum Zwecke der Umsetzung der die Stadt Köln betreffenden Vorschläge und Empfehlungen aus der Studie, welche im Abschlussbericht der Kommission genannt werden, bis zur Sitzung des Rates am 13. November 2008 ein entsprechendes Konzept vorzulegen.

Die Verwaltung hat bisher kein Konzept vorgelegt, da keine planbaren Ausgangsdaten vorliegen. Der Oberbürgermeister hatte den Ministerpräsidenten m.d.B. um ein klärendes Gespräch angeschrieben. Der Ministerpräsident des Landes NRW hat lt. Schreiben vom 07.10.08 an den Oberbürgermeister seinen Staatssekretär für Kultur beauftragt, sich der Sache anzunehmen. Ein Gespräch zwischen dem Oberbürgermeister, dem Kulturdezernenten und dem Staatssekretär für Kultur des Landes NRW ist für den 21.01.09 terminiert.

Sachstand Dezember 2009:

Am 21.01.2009 fand ein Gespräch zwischen Staatssekretär Grosse-Brockhoff, Oberbürgermeister Schramma und Kulturdezernent Prof. Quander in der Staatskanzlei NRW statt.

Herr Staatssekretär Grosse-Brockhoff führte aus, dass die Vorschläge und Empfehlungen der von der Staatskanzlei NRW und der Kunststiftung NRW berufenen Expertenkommission in ihrem Bericht "Kunst NRW. Vorschläge und Empfehlungen" vom Juni 2008 nicht als bindende Handlungsanweisungen für die Landesregierung zu verstehen seien. Auch spiegelte sich in den Berichtsergebnissen nicht automatisch die Position der Landesregierung wider. Trotz erklärten Willens der Landesregierung, den Kulturhaushalt NRW in der laufenden Legislaturperiode zu verdoppeln, würden die gegenwärtigen Finanzaussichten die Möglichkeiten einschränken, Maßnahmenvorschläge des Gutachtens umzusetzen. Herr Grosse-Brockhoff verwies auf die Sonderförderung des Landes zugunsten der städtischen Bühnen in Höhe von jeweils 300.000 € für

die Spielzeiten 2009/2010 bis 2011/2012; in 2010 würde über eine Verlängerung dieser Förderung über 2012 hinaus und ggf. eine Aufstockung um Personalkostensteigerungen zu entscheiden sein. Vorstellbar sei, die Bühnen der Stadt Köln "unter dem Patronat des Landes NRW bzw. des Ministerpräsidenten des Landes NRW" zu führen; dies ziehe allerdings nicht zwingend eine auf Dauer angelegte institutionelle Förderung des Landes nach sich.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 13.11.2008
Vorlagennummer: AN/2282/2008

Betreff: Konzept zum Umgang mit Stiftungen und Schenkungen

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Konzept zum künftigen Umgang mit Stiftungen und Schenkungen zu erstellen, das der großen Verantwortung, die alle Seiten übernehmen, gerecht wird.

Ziel des Konzeptes ist

- die professionelle und reibungslose Abwicklung vom Angebot bis zur Entscheidung.

Gewinn und Verpflichtungen für die Stadt, die sich zwangsläufig aus Schenkung und Stiftung ergeben, müssen zeitgerecht von den jeweiligen Fachverwaltungen erarbeitet und insgesamt, das heißt ressortübergreifend, abgewogen werden
- die Würdigung und der würdige Umgang mit Mäzenen und Stifterinnen/Stiftern

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, zukünftig sicherzustellen, dass

- die zuständigen Bereiche der Verwaltung bzw. Gremien bis zum Abschluss einer Entscheidung koordiniert,
- der Austausch mit Stifter/Mäzen während des gesamten Prozesses garantiert und
- ein Konzept zur Gewinnung neuer Mäzene entwickelt werden.

Speziell für den Kulturbereich soll der Oberbürgermeister gewährleisten:

- die Erstellung eines Katasters über die bedeutenden Sammlerinnen und Sammler sowie Leihgeberinnen und -geber der Kölner Museen unter Mitwirkung derer Direktoren und Direktorinnen in Abstimmung mit dem Kulturdezernenten
- die Entwicklung und Pflege eines Netzwerkes zur Betreuung der Sammlerinnen und Sammler, der Leihgeberinnen und -geber und Mäzene,
- eine intensive Zusammenarbeit mit privaten und öffentlichen Kunst- und Kulturstiftungen in Köln, dem Land NRW und dem Bund.

Bei den aufgeführten Anforderungen handelt es sich nicht um neue Aufgaben. Eine Optimierung der Arbeitsabläufe und eine koordinierte Abwicklung werden zu erheblicher Reduzierung von Reibungsverlusten und Doppelstrukturen führen. Es werden daher weder Haushaltsmittel noch Stellen zugesetzt. Der Oberbürgermeister ist aufge-

fordert, seine oben beschriebenen Aufgaben mit vorhandenen Ressourcen sicherzustellen.

Sachstand:

Sachstand im Dezember 2008:

Die Verwaltung erarbeitet derzeit ein entsprechendes Konzept über den zukünftigen Umgang mit Stiftern und Stiftungen. Die Verwaltung wird die Politik zu gegebener Zeit unterrichten.

Sachstand im Dezember 2009:

Die Kulturverwaltung hat ein entsprechendes Konzept erarbeitet, welches sich zurzeit verwaltungsintern abgestimmt wird. Die Verwaltung wird die Politik zu gegebener Zeit unterrichten.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 30.06.2009
Vorlagennummer: AN/1220/2009

Betreff: Severinstraße als erste Standortpriorität zum Wiederaufbau des Historischen Archivs

Beschluss:

1. Um einen unvoreingenommenen Vergleich aller in der Diskussion befindlichen Archivstandorte zu ermöglichen, wird die Verwaltung beauftragt, den ehemaligen Standort des Historischen Archivs in der Severinstraße zuzüglich der beiden angrenzenden Grundstücke ebenfalls in die vergleichende Betrachtung möglicher Standorte aufzunehmen. Dabei ist bezüglich des Standortes Severinstraße insbesondere zu klären:
 - a. Höhe des dort zu realisierenden Bauvolumens: Zu klären ist insbesondere, bis zu welcher Tiefe Magazinflächen hochwassersicher errichtet werden können, inwieweit eine bauliche Verdichtung der hinteren Grundstücksfläche und bessere Raumausnutzung mit Kompaktregalsystemen möglich ist und ob über den Erwerb von Nachbargrundstücken eine Erweiterung der Nutzfläche realisierbar ist.
 - b. Möglichkeit für eine ausreichend große Reservefläche für die nächsten 30 bis 50 Jahre im Rahmen der ermittelten Bauvolumina und eine angemessene architektonische Realisierung des Konzeptes eines Bürgerarchivs: Das alte Archivgebäude bot für diese Zwecke aufgrund der riegelartigen Bebauung an der Severinstrasse keine günstigen Voraussetzungen.
 - c. Zeitpunkt, zu dem die Fläche frühestens wieder als Baugrund zur Verfügung stehen wird: Zwar existieren hier noch große Unsicherheiten bis zum Abschluss der Bergungsarbeiten, aber ein Näherungswert sollte in Anlehnung an die Planungen der KVB zur Fertigstellung des Gleiswechselbauwerks benennbar sein. Bis zu den genannten Sitzungen hat die Verwaltung einen entsprechenden Zeit-Maßnahmen-Plan vorzulegen.
2. Um alle Handlungsoptionen transparent zu machen, wird die Verwaltung weiterhin beauftragt, die vergleichende Betrachtung für die Standorte Eifelwall, Waidmarkt, Greonshof und den Standort Severinstraße wie folgt aufgliedert darzustellen:
 - a. separate Errichtung des Historischen Archivs
 - b. Errichtung von Historischem Archiv zusammen mit dem Rheinischem Bildarchiv
 - c. Errichtung von Historischem Archiv zusammen mit dem Rheinischem Bildarchiv und der Kunst- und Museumsbibliothek
3. Der Standort „Messe-City“ ist nicht weiter zu verfolgen

4. Die vergleichende Betrachtung soll die vollständigen Kosten der Gebäude (Grundstück, Erstellung, Projektsteuerung, Instandhaltung, Energie, Nebenkosten) bezogen auf eine Lebensdauer von 50 Jahren abbilden, um daraus, die jährlichen Kostenbelastungen (inkl. Tilgung und Zinsen) abzuleiten.
5. Die Verwaltung wird aufgefordert, die notwendigen Entscheidungsgrundlagen dem Rat zügig vorzulegen, so dass der Rat noch in dieser Wahlperiode eine abschließende Entscheidung über den Neubaustandort treffen kann.
6. Die Beauftragung externer Beratung soll mit den im Ausschuss Kunst und Kultur stimmberechtigten Fraktionen abgestimmt werden.

Sachstand:

Sachstand Dezember 2009

Auf Wunsch der Politik wurde für den Neubau des Historischen Archivs und der Kunst- und Museumsbibliothek zusätzlich das ursprüngliche Archivgrundstück an der Severinstraße in den Standortvergleich miteinbezogen. In seiner Sitzung am 10.09.2009 hat der Rat beschlossen, den gemeinsamen Neubau des Historischen Archivs und der Kunst- und Museumsbibliothek auf dem städtischen Grundstück Eifelwall / Luxemburgerstraße zu errichten.

Beschlüsse des Ausschusses Kunst und Kultur

Gremium: Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten
Sitzungsdatum: 16.05.2000
Ds-Nr.: 0658/000

Betreff: Konzeption für die Kunsthalle

Beschluss:

Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung einstimmig, ein Konzept für die Kunsthalle und für alle Einrichtungen im neuen Rautenstrauch-Joest-Museum zu erarbeiten und dem Ausschuss zur Entscheidung vorzulegen.

Des Weiteren wird die Verwaltung aufgefordert, die Direktorenstelle des Rautenstrauch-Joest-Museums schnellstmöglich unter Einbeziehung des Kulturausschusses zu besetzen.

Sachstand:

Sachstand:

Die Ausstellungskonzeptionen für Rautenstrauch-Joest-Museum und Museum Schnütgen werden parallel zum Planungsprozess des Kulturzentrums am Neumarkt erarbeitet. Das gilt auch für die Konzeption der Kunsthalle. Die Direktorenstelle des Rautenstrauch-Joest-Museum ist besetzt.

Ansonsten kein neuer Sachstand.

Alter Sachstand:

Der Stand der Ausstellungsplanungen für Rautenstrauch-Joest-Museum und Museum Schnütgen ist dem Kulturausschuss und dem Unterausschuss Museumsneubauten in einer gemeinsamen Sitzung am 15.11.2005 vorgestellt worden.

Die Verwaltung führt zur Zeit Gespräche mit renommierten Kunsthallenleitern und sonstigen Fachleuten zum Profil der Josef-Haubrich-Kunsthalle für das 21. Jahrhundert. Die Ergebnisse sollen bis Mitte 2006 vorliegen und werden dann dem Kulturausschuss zur Entscheidung vorgelegt.

Sachstand im Juni 2006:

Die Gespräche zum künftigen Profil einer Kunsthalle für das 21. Jahrhundert werden weitergeführt mit dem Ziel, die Ergebnisse in den von der Verwaltung zu erarbeitenden Kulturentwicklungsplan einfließen zu lassen.

Sachstand im Dezember 2006:

Auf Anregung des Kulturdezernats war die „Kunsthalle Köln“ ein Thema des Kulturpolitischen Symposiums des Kölner Kulturrats im Oktober 2006. Die Expertengespräche werden von der Verwaltung unter Einbeziehung des Ergebnisses des Symposiums weitergeführt mit dem Ziel, das zeitgemäße Profil einer Kunsthalle einschließlich der notwendigen Investitionen und Ressourcen im 1. Halbjahr 2007 vorzustellen.

Sachstand im Juni 2007:

Die Verwaltung hat dem Kulturausschuss in seiner März-Sitzung mitgeteilt, dass sie die Einrichtung einer Arbeitsgruppe beabsichtige, die auf der Grundlage der vielfältigen Gespräche und Veranstaltungen ein Gutachten zum Profil einer künftigen Kunsthalle

Köln erstellt. Der Kulturausschuss hat die Verwaltung gebeten, zunächst den Ratsbeschluss, der noch eine Kunsthallennutzung im Kulturzentrum am Neumarkt vorsieht, zu ändern und hier alternative Nutzungen vorzuschlagen. Erst danach soll die Verwaltung auf das Thema einer Arbeitsgruppe Kunsthalle Köln zurückkommen.

Sachstand im Dezember 2007:

Die Bezirksregierung Köln hat mit Schreiben vom 18.12.2007 einer Nutzungsänderung der bisher als Kunsthalle vorgesehenen Fläche zugestimmt. Die Verwaltung wird eine Änderung des bestehenden Ratsbeschlusses anstreben.

Sachstand im Juni 2008

Das MBV NRW hat mit Erlass vom 30.4.2008 einer Nutzungsänderung ebenfalls zugestimmt, allerdings mit der Maßgabe, dass ggf. zu erwartenden Einnahmen aus einer Vermietung an Dritte förderrechtlich zu beachten sind. Mit Schreiben vom 9.6.2008 hat sich die Bezirksregierung mit einer jährlichen Betrachtung ggf. erzielter Einnahmen unter Berücksichtigung der Betriebskosten einverstanden erklärt. Die Verwaltung kann nunmehr die Änderung des bestehenden Ratsbeschlusses anstreben.

Sachstand im Dezember 2008:

Sobald das Konzept für die künftige Nutzung abgeschlossen ist (z.B. Haus der Kulturen der Welt), wird die Verwaltung die Ratsvorlage erstellen.

Kein neuer Sachstand im Dezember 2009

Gremium: Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten
Sitzungsdatum: 11.06.2002
Ds-Nr.: 0813/002 und 0887/002

Betreff: Einführung einer durch Informationsverarbeitungssysteme (IV) unterstützten Inventarisierung in den städtischen Museen

Beschluss:

Bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beschließt der Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten, mit der IV-unterstützten Inventarisierung im Kölnischen Stadtmuseum als Einstiegsstufe nach gesicherter Gesamtfinanzierung zu starten.

Gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lehnen CDU- und FDP-Fraktion die Änderungen zu Punkt 6. ab.

Vor dem Hintergrund der Voten zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion beauftragt der Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Verwaltung, auf der Basis des in der Dezembersitzung vorgestellten Konzepts der Inventarisierung und der Bestandsprüfung in den Kölner Museen

1. Weitere Alternativen zur Reduzierung der genannten Personalkosten zu entwickeln. So sollten z.B. verstärkt museumseigene Kräfte, studentische Aushilfen und bei Interesse ggf. auch ehemalige Mitarbeiter/innen zur Inventarisierung eingesetzt werden. Darüber hinaus ist auch zu prüfen, inwiefern die Ergebnisse der Aufgabenkritik aus allen Bereichen der Stadtverwaltung ggf. weitere Personalkapazitäten freigesetzt haben, die für derartige Aufgaben (zumindest zeitweise) herangezogen werden könnten.
2. Das kostenintensive Verfahren der durch Informationsverarbeitungssysteme (IV) unterstützten Inventarisierung in abgestuften Varianten anzubieten. So wäre z.B. denkbar, eine Art Erstinventur auf digitale Fotoaufnahmen inkl. Beschreibung der wesentlichen exponatspezifischen Angaben zu beschränken und diese Angaben in späteren Verfahrensschritten zu detaillieren.
3. Erfahrungswerte aus anderen Städten mit vergleichbaren Museumsbeständen bei der Einführung einer IV-unterstützten Inventarisierung zu ermitteln und ebenfalls in die Lösungsfindung einfließen zu lassen.
4. Eine nach Museen differenzierte Personal- und Finanzbetrachtung vorzulegen und die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass eine IV-unterstützte Inventarisierung beispielhaft im Kölnischen Stadtmuseum als Einstiegsstufe nach gesicherter Gesamtfinanzierung gestartet werden kann.
5. Dem Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten im Herbst 2002 über die Ergebnisse zu berichten.

Sachstand:

alter Sachstand:

Am 07.06.2005 endete die Frist des Teilnahmewettbewerbs für die zu beschaffende

Software. Insgesamt wurden neun Angebote eingereicht. Zurzeit werden die Angebote nach fachlichen Gesichtspunkten ausgewertet und die Kandidaten für die beschränkte Ausschreibung festgelegt.

Die Beschaffung der Hardware für das Pilotprojekt im Kölnischen Stadtmuseum erfolgt in der nächsten Zeit aus Rahmenlieferverträgen. Aufgrund des stetigen Preisverfalls, bzw. fortschreitender Innovation wurde hiermit so lange wie möglich gewartet, damit ein möglichst gutes Preis/Leistungsverhältnis erzielt wird. Die Verkabelung der betreffenden Arbeitsplätze im Dienstgebäude Zeughausstr. sowie in den Depots Merlostraße und Weyerhof steht unmittelbar vor der Fertigstellung, so dass ein Anschluss an das Stadt Köln-Netz in allernächster Zeit erfolgen kann.

Zurzeit sind in der Projektgruppe vier Personen im Umfang von 3,5 vollen Stellen eingesetzt. Damit das Projekt mit zwei Erfassungsteams starten kann, ist eine weitere Personalzuweisung (aus dem Pool) erforderlich.

Sachstand Juni 2006:

Im Vergabeverfahren hinsichtlich der Museumsdokumentationssoftware haben die drei noch im Verfahren verbliebenen Softwareanbieter den sehr umfangreichen Anforderungskatalog (Lastenheft) beantwortet und Preisangebote eingereicht. Die Prüfung der formalen Voraussetzungen ergab zunächst keine weiteren Ausschlussgründe. Jedoch zeigte die fachliche Auswertung, dass zwei der drei Angebote in dem Lastenheft geforderte k.o. - Kriterien nicht erfüllen; diese Anbieter werden nunmehr aus dem weiteren Verfahren ausgeschlossen und hierüber schriftlich informiert. Ob sie gegen diese Entscheidung Rechtsmittel einlegen werden, bleibt abzuwarten. Gleichzeitig ist jedoch auch festzustellen, dass das einzige noch verbleibende Angebot im Vergleich mit den nun auszuschließenden konkurrierenden Angeboten, selbst bei Erfüllung der k.o.- Kriterien, das wirtschaftlichste Angebot darstellt. Nach Ablauf der vorgenannten Einspruchsfrist soll die Vergabe erfolgen.

Die Personalsituation ist unverändert. Für einen Start des Projektes mit der geplanten Erfassungsgeschwindigkeit der Museumsobjekte ist eine Zuweisung weiteren Personals erforderlich.

Sachstand im Dezember 2006:

Der Beschaffungsvorgang der Software entwickelte sich aufgrund der besonders komplizierten Vergabevorschriften und des langwierigen Vergabeverfahrens nur schrittweise. Nach durchgeführtem europaweitem Teilnahmewettbewerb und sich anschließendem Ausschreibungsverfahren konnte die Angelegenheit in der Zwischenzeit in Zusammenarbeit mit dem Amt für Informationsverarbeitung, dem Vergabebeamten und dem Rechnungsprüfungsamt soweit abgeschlossen werden, dass der Beschaffungsauftrag an die Fa. Zetcom (Produkt: MuseumPlus) im Oktober 2006 erteilt werden konnte. Seit dem erfolgen die abschließende Anpassung der zu beschaffenden Software an die IT-Systemumgebung der Stadtverwaltung Köln und die Erfordernisse der Aufgabenstellung („Customizing“) sowie die örtlichen Vorarbeiten zur Inbetriebnahme und zum dauerhaften Einsatz des Systems. Ein erster Systemintegrationstest verlief problemlos. Zurzeit laufen die Installationsarbeiten des Systems im Rechenzentrum und auf den Workstations der Beschäftigten. Die Schulung der ersten Hälfte der Beschäftigten ist bereits erfolgt; die restlichen Schulungen sind für Ende Januar vorgesehen. Somit kann mit den Erfassungsarbeiten der Museumsbestände in Kürze begonnen werden.

Da weder im Kölnischen Stadtmuseum noch im Museumsreferat kurzfristig personelle Kapazitäten für die Systemadministration des Datenbanksystems und für die örtliche Benutzerbetreuung vorhanden sind, werden aus diesem Umstand voraussehbar in nächster Zeit noch erhebliche Probleme erwachsen. Wie bereits früher dargestellt, sollen für die Bestandserfassung Teams eingesetzt werden, die je nach Situation und zu erfassenden Objekten zeitweise oder dauernd von fachkundigem Museumspersonal (Restauratoren/-innen, wissenschaftliche Mitarbeitern/-innen) unterstützt werden müssen. Geht man von einer durchschnittlichen Bearbeitungszeit von nur acht Minuten für ein Objekt aus, so ergibt sich bei einer Gesamtzahl von rd. 300.000 Objekten beim Kölnischen Stadtmuseum ein Zeitbedarf von 40.000 Stunden. Die Bestandserfassung soll mit zwei Teams zu je zwei Mitarbeitern/-innen starten, also mit insgesamt vier Mitarbeiter/-innen. Legt man die durchschnittliche Jahresarbeitszeit von 1561 Stunden zugrunde, so wären die beiden Teams nach rd. 12½ Jahren mit der Bestandserfassung im Kölnischen Stadtmuseum fertig, wenn sich die Annahme über den Zeitbedarf als zutreffend erweist. Die derzeitige Personalausstattung umfasst aber nur zwei Mitarbeiter, davon einer nur mit einer halben Stelle. Somit kann dieses Rumpf-Team nur mit der halben Kapazität eines Teams arbeiten.

Damit das Projekt im Kölnischen Stadtmuseum überhaupt in der geplanten Breite von zwei Teams begonnen werden kann, wurde die Zuweisung weiterer Beschäftigter für diese Mehrwertaufgabe beim Personalamt beantragt, jedoch ist der Mitarbeiterpool dort derzeit erschöpft. Es gibt eine Reihe von geeigneten, entsprechend vergüteten Beschäftigten außerhalb dieses Personalpools, die sich für einen Einsatz in dem Projekt interessieren. Für diese ist jedoch das Vorhandensein von Planstellen Voraussetzung. Die beim Hauptamt unter Beteiligung der Kämmerei beantragte Einrichtung befristeter Planstellen für zusätzliches Personal (im Umfang von 2,5 Stellen) wird von dort befürwortet, jedoch wird über deren Finanzierbarkeit voraussichtlich erst zum Inkrafttreten des Stellenplans 2007 entschieden.

Sachstand im Juni 2007:

Hardware, Software

Der Beschaffungsvorgang der Software entwickelte sich aufgrund der besonders komplizierten Vergabevorschriften und des langwierigen Vergabeverfahrens nur schrittweise. Nach durchgeführtem europaweitem Teilnahmewettbewerb und sich anschließendem Ausschreibungsverfahren konnte die Angelegenheit in der Zwischenzeit in Zusammenarbeit mit dem Amt für Informationsverarbeitung, dem Vergabebeamten und dem Rechnungsprüfungsamt soweit abgeschlossen werden, dass der Beschaffungsauftrag an die Fa. Zetcom (Produkt: MuseumPlus) im Oktober 2006 erteilt werden konnte. Seit dem erfolgen die abschließende Anpassung der zu beschaffenden Software an die IT-Systemumgebung der Stadtverwaltung Köln und die Erfordernisse der Aufgabenstellung („Customizing“) sowie die örtlichen Vorarbeiten zur Inbetriebnahme und zum dauerhaften Einsatz des Systems. Ein erster Systemintegrationstest verlief problemlos. Zurzeit läuft die Vorbereitung der Installationsarbeiten des Systems im Rechenzentrum in Form weiterer Tests in der jeweiligen Systemumgebung (Client/Server sowie T-Desk). In der nächsten Zeit soll die Software auf die Workstations der Beschäftigten aufgespielt werden. Die Schulung der Beschäftigten ist bereits erfolgt. Somit kann mit den Erfassungsarbeiten der Museumsbestände in Kürze begonnen werden; ebenso können die Arbeitsabläufe der MuseumsmitarbeiterInnen auf das neue System umgestellt werden. Im Kölnischen Stadtmuseum wurde eine inzwischen vakant geworde-

ne Stelle für die Inventarisierungssachbearbeitung wieder besetzt; dort werden auch die lokale Systemadministration des Datenbanksystems und die örtliche Benutzerbetreuung angebunden. Die Einweisung des Mitarbeiters in MuseumPlus ist inzwischen ebenfalls erfolgt; weitere Schulungsmaßnahmen werden folgen.

Personal

Geht man von einer durchschnittlichen Bearbeitungszeit bei der Bestandserfassung von nur acht Minuten für ein Objekt aus, so ergibt sich bei einer Gesamtzahl von rd. 300.000 Objekten beim Kölnischen Stadtmuseum ein Zeitbedarf von rd. 12½ Jahren beim Einsatz von zwei Teams. Die derzeitige Personalausstattung umfasst aber nur zwei Mitarbeiter, davon einer nur mit einer halben Stelle. Um überhaupt mit zwei Teams beginnen zu können, wurde für den Stellenplan 2007 die zusätzliche Einrichtung befristeter Planstellen für weiteres Personal (im Umfang von 2,5 Stellen) beantragt; dieser Antrag wurde jedoch mangels einer gesicherten Finanzierung inzwischen wieder zurück gezogen, so dass derzeit erst mit der Kapazität eines halben Teams gearbeitet werden kann. Wie bereits früher dargestellt, sollen für die Bestandserfassung Teams, bestehend aus zwei Personen, eingesetzt werden. Das Museumsgut darf bei der Aktion nicht leiden, deswegen ist die zusätzliche fachliche Beteiligung von entsprechendem Fachpersonal (Restauratoren) unerlässlich. Bei der geringen Personalausstattung des KSM in diesem Bereich kann eine ständige Betreuung der Erfassungsteams durch Stammpersonal jedoch nicht gewährleistet werden.

Eine alternative Möglichkeit besteht darin, die erforderliche fachliche Kenntnis direkt dem Erfassungsteam zuzuordnen, indem in jedem Team ein Berufsanfänger aus dem Berufsbild Restaurator/Konservator eingesetzt wird. Damit könnte die Inanspruchnahme des vorhandenen festen Personals auf kritische Museumsobjekte beschränkt werden. Die Arbeitsagentur Köln teilte nach einer internen Recherche mit, dass zurzeit eine Reihe geeigneter Kandidaten/-innen in den Berufen Restaurator/-in, bzw. Konservator/-in vorhanden ist, die mit einer Vorlaufzeit von ca. drei Monaten regulär vermittelbar sind.

An die Stelle der entfallenen Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten über ABM tritt in Kürze das Programm „Neue Arbeit für Köln“, Modell der ARGE Köln, das eine Co-Finanzierung für die Zielgruppe der Menschen mit erhöhten Arbeitsmarktrisiken¹ in der Größenordnung von durchschnittlich 37,5% des AN-Bruttolohnes im Verlauf von zwei Jahren vorsieht². Voraussetzung ist neben den personenbezogenen Kriterien für die Anerkennung u. a., dass die Anleitung und Fachaufsicht in den Museen gewährleistet werden kann, weiterhin ist zur Vermeidung arbeitsrechtlicher Konsequenzen an die Zwischenschaltung eines Beschäftigungsträgers (z. B. Konsortium Köln) gedacht.

In diesem Zusammenhang ist die ARGE z. Zt. mit der Klärung befasst, in welcher Größenordnung geeignete Kandidaten/-innen, in den genannten Berufen, auf die die genannten Förderkriterien zutreffen, vorhanden sind. Die Personalverwaltung wurde gebeten, auf der Basis einer durch die Kulturverwaltung vorgelegten Berechnung der entstehenden Aufwendungen eine Realisierungsmöglichkeit unter Einbeziehung der Förderungsmöglichkeiten durch die Arbeitsverwaltung zu prüfen.

¹ Langzeitarbeitslose, gering Qualifizierte, Ältere

² Monate 1-6: 50%; Monate 7-12: 40%; Monate 13-24: 30% vom AN-Brutto

Es ist davon auszugehen, dass in den Dezernaten und Ämtern der Stadtverwaltung Köln eine Reihe von Beschäftigten auf sog. Q-Stellen geführt wird. Für diese Beschäftigten ist aufgrund von Aufgabenabbau und Umstrukturierungen die bisherige Aufgabe entfallen und es wurde noch kein anderweitiger Einsatz gefunden; teilweise handelt es sich aber auch um Krankheitsfälle. In den meisten Fällen leisten diese Beschäftigten in ihren bisherigen Dienststellen Sonderaufgaben, bzw. stehen bei Bedarf als Vertretungspersonal zur Verfügung.

Die Personalverwaltung wurde weiter gebeten zu prüfen, ob diese ungenutzten Personalressourcen³ dem Projekt Bestandserfassung in den Museen, zugeführt werden können. Wenn dies gelingt, kann der Personalkostenaufwand für dieses Projekt im Bereich der Verwaltungskräfte erheblich reduziert werden.

Sachstand im Dezember 2007:

Nach einer notwendigen Anpassung der Software an die städtischen Sicherheitsstandards laufen derzeit noch weitere Sicherheitstests. Diese verliefen tendenziell positiv, so dass mit einer Inbetriebnahme bis Februar 2008 gerechnet wird.

Zum Stellenplan 2008 wurden 2 Stellen aus dem Budget des Kulturdezernates zur Personalverstärkung bei der Bestandserfassung im Kölnischen Stadtmuseum beantragt.

Sachstand im Juni 2008

Allgemein:

Wie bereits in der Vergangenheit dargestellt, sind seitens der Kulturverwaltung sämtliche Vorarbeiten zur Inbetriebnahme des Systems und zum Beginn der Bestandserfassung seit dem Jahreswechsel 2006/2007 fertig gestellt worden.

Personal:

Damit überhaupt erst einmal in einem nennenswerten Umfang Erfassungsarbeiten durchgeführt werden können, wurden für den Stellenplan 2008 zwei zusätzliche Stellen für das Projekt zugesetzt. Die Besetzung der Stellen erfolgt vorbehaltlich der Finanzierung, sobald Klarheit darüber besteht, ob die im Oktober 2006 in Auftrag gegebene Software MuseumPlus bei der Stadt Köln in Betrieb gehen kann.

Software:

Als unerwartet schwierig stellte sich seit der Lieferung der Datenträger im Frühjahr 2007 die technische Installation der Software im Rechenzentrum und das Zusammenspiel mit den Workstations im Museum heraus; diese Probleme konnten jedoch seitens des Rechenzentrums unter Einbeziehung und ständigem Kontakt zum Hersteller bis zum Sommer 2007 gelöst werden.

Nach betriebsfertiger Installation und unmittelbar vor der Inbetriebnahme waren seit

³ einschließlich ihrer Personalkosten

⁴ Zitat aus Wikipedia: „...Wesentliches Merkmal revisionssicherer Archivsysteme ist, dass die Informationen datenbankgestützt wieder auffindbar, nachvollziehbar, unveränderbar und verfälschungssicher archiviert sind...“

⁵ Die Software MuseumPlus baut auf dem Datenbanksystem MS Access aus dem Microsoft Office Paket auf.

⁶ Vorgang vor der Verteilung von Anwender-Software auf die Workstations

Mitte August 2007 erstmals technische Überprüfungen der Software seitens 12 und 14 im Hinblick auf die Datensicherheit, insbesondere der sog. Revisionssicherheit⁴ möglich. Dabei gingen die Prüfer in der Weise vor, dass von einem Standard-Arbeitsplatzrechner der Stadt Köln aus „unerlaubte“ Zugriffe auf die im Rechenzentrum installierte Datenbank und dort unautorisierte Manipulationen am Datenbestand erfolgten, also ein Zugriff von außerhalb der Software MuseumPlus auf die Datenbestände (Penetrationstest).

Die so in einer Reihe von acht einzelnen Tests nach und nach durch 12 und 14 entdeckten Schwachstellen konnten vom Hersteller letztendlich nicht vollständig beseitigt werden. In einem Erörterungsgespräch im November 2007 schließlich wurde dem Hersteller insoweit entgegengekommen, als dass auf den Einsatz von sog. „Hacking-tools“ im städtischen Netz bei der Prüfung verzichtet und der Schwerpunkt der Prüfung auf die möglichen Schwachstellen der vorhandenen Objekte innerhalb von MS Access⁵ gelegt wurde. Weiterhin wurde zugesagt, dass der Versuch unternommen werden sollte, durch geeignete Infrastrukturmaßnahmen (Betrieb auf dem Terminalserver oder - in einer späteren Abstimmung ergänzt - durch eine spezielle Paketierung⁶) die erforderliche Sicherheit herzustellen. Dieses Entgegenkommen gegenüber dem Unternehmen erschien unter vergaberechtlichen Aspekten bereits problematisch, aber um das Projekt überhaupt noch zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen, gerade noch akzeptabel.

Leider hatten auch diese zusätzlichen Bemühungen, die für die Stadt Köln nicht verpflichtend waren, keinen Erfolg. Die Manipulierbarkeit der Daten ist weiter gegeben, obwohl dabei nur die Mittel eingesetzt wurden, die auf einem Standard-Arbeitsplatzrechner der Stadt Köln vorhanden sind.

Weder die wiederholten Nachbesserungen durch den Hersteller noch die umfangreichen und auch mit Kosten verbundenen Bemühungen seitens 12 und 14 konnten im Ergebnis die Sicherheitslücken beheben; damit erfüllt die Software die im Vergabeverfahren geforderten Mindestanforderungen nicht, obwohl diese im Lastenheft zugesichert worden waren.

Aus den dargestellten Gründen ist die Software aus der Sicht von 14 in einem nicht abnahmefähigen Zustand.

Die weitere Vorgehensweise (z. B. Entscheidung über den Einsatz eines anderen Produktes) hängt von einer Prüfung der rechtlichen Situation ab. Das Rechtsamt ist beauftragt, hierzu eine Klärung herbeizuführen, inwieweit z. B. ein Rücktritt vom Vertrag oder die Geltendmachung von Ersatzansprüchen hinsichtlich der bereits für die Stadt entstandenen Aufwendungen möglich sind.

Sobald der verwaltungsinterne Entscheidungsprozess in dieser Frage abgeschlossen ist, wird die Verwaltung weiter berichten.

Sachstand im Dezember 2008:

Software:

Nach Prüfung der rechtlichen Situation im Juli 2008 konnte das Rechtsamt den Rücktritt vom Vertrag zu diesem Zeitpunkt nicht empfehlen und riet sogar davon ab. Es wurde empfohlen, das Abnahmeverfahren durchzuführen und dann erst abschließend

zu entscheiden, ob die Abnahme erklärt, unter Vorbehalt erklärt oder verweigert werden sollte.

Dies aus folgenden Gründen: Der Rücktritt vom Vertrag würde die Zetcom AG mit großer Wahrscheinlichkeit bewegen, die Stadt Köln auf Erklärung der Abnahme und/oder Zahlung des vereinbarten Honorars in Anspruch zu nehmen. Die Einwände, ein Anspruch weder auf Abnahme noch auf Zahlung bestehe nicht, da das Produkt unter einem nicht unerheblichen Mangel leide, müsste die Stadt darlegen und gegebenenfalls auch beweisen. Vor diesem Hintergrund hielt 30 die Erklärung des Rücktritts für eine mit einem zu hohen Risiko behaftete Strategie. Erst nach einem durchgeführten formalen Abnahmeverfahren bestünde die Möglichkeit, auf einer soliden Grundlage zu entscheiden, wie mit etwaigen Mängeln umgegangen werden sollte (Rücktritt, Minderung, Schadensersatz). Der Vorteil wurde darin gesehen, dass die Mängel, nicht schon im Ansatz streitig wären, sondern in einem formalen Verfahren, das die Parteien gemeinsam durchführten, festgehalten werden sollten. Das sollte die städtische Position deutlich erleichtern. Grundsätzlich galt, dass der Hersteller einen Anspruch auf Durchführung des Verfahrens und auf Abnahme hatte.

Im Oktober 2008 fand nun das in den Vertragsbedingungen im Abnahmeverfahren vorgeschriebene "grundlegende Gespräch" durch das Amt für Informationsverarbeitung, das Rechnungsprüfungsamt, das Museumsreferat und das Rechtsamt mit dem Softwarehersteller statt. Die Installation der Software zu Testzwecken erschien technisch realisierbar. Sie sollte jetzt auf der Grundlage eines Betriebs generell für alle Anwender auf dem Terminalserver (T-Desk) unter Anschluss an eine SQL-2005-Datenbank erfolgen. Der bis dahin als Hauptproblem angesehene Zugriff auf Laufwerk C sollte durch eine veränderte Parametrisierung der Einstellungen unterbunden werden können. Bei einer erneuten gemeinsamen Sicherheitsüberprüfung durch 14 und den IT-Sicherheitsbeauftragten der Stadt Köln war kein Zugriff außerhalb der Anwendung auf die Datenbank mehr möglich.

Die Anwendung kann somit nunmehr eingeführt werden. Da bereits seit ca. einem Jahr die Version 5.0 am Markt verfügbar ist, soll diese in Betrieb genommen werden. Die erforderliche Nachschulung der Beschäftigten ist für Januar und März 2009 vorgesehen. Auch die seit rund zwei Jahren vorliegenden Rechnungen des Herstellers für die Software, für Anpassungsprogrammierungen, für Datenübernahmen aus Vorkomplexen sowie für frühere Mitarbeiterschulungen sind inzwischen beglichen.

Die Bewertung und Freigabe durch den Datenschutzbeauftragten der Stadt Köln ist bereits 2007 erfolgt. Bis zur Produktivsetzung ist noch die Sicherheitsanalyse durchzuführen, in der – losgelöst von der Software - im Wesentlichen die stadtinternen Organisationsstrukturen im Zusammenhang mit der Einführung der Anwendung dokumentiert werden.

Personal:

Die zum Stellenplan 2008 zugesetzten beiden Stellen werden nun für die Besetzung mit Restauratoren/-innen ausgeschrieben. Die Erfassungsarbeiten können somit mit einer Personalkapazität von 3½ Stellen = fast zwei Teams begonnen werden.

Sachstand im Dezember 2009:

Die Software „MuseumPlus hatte Ende 2008 die Sicherheitsanforderungen erfüllt und wurde im Frühjahr 2009 in der aktualisierten Version 5.0 auf dem Terminalserver installiert, getestet, eingerichtet und in Betrieb genommen. Nach Abschluss aller erforderlichen Probeläufe wird die Produktivdatenbank seit September 2009 von den Teams der Projektgruppe Bestandserfassung mit Bestandsdaten gefüllt.

Gremium: Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten
Sitzungsdatum: 22.07.2003
Ds-Nr.: 0882/003

Betreff: Erhalt des elektronischen Studios des WDR für Köln sowie Verlagerung der Fotobibliothek

Beschluss:

Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung einstimmig, in Zusammenarbeit mit dem Westdeutschen Rundfunk zu prüfen, ob das Elektronische Studio in Köln verbleiben und insbesondere, ob es im Museum für Angewandte Kunst untergebracht werden kann. In diesem Zusammenhang ist auch die Möglichkeit der Verlagerung der Fotobibliothek ins Museum Ludwig zu überprüfen. Die erforderlichen Kosten einer solchen Maßnahme sind darzustellen. Das Prüfungsergebnis ist dem Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten zur weiteren Entscheidung vorzulegen.

Sachstand:

Sachstand im Juni 2008:

Am 09.08.2007 haben die Kulturverwaltung und der WDR Einvernehmen erzielt, das Studio für elektronische Musik im Gebäude MediaPark 5 unterzubringen, so dass durch die räumliche Nähe zum MusikFabrik e. V. im Gebäude MediaPark 7 die Nutzung praktikabel und technisch realisierbar ist.

Der WDR wird ein Nutzungskonzept erarbeiten, in dem nicht mehr wie bisher zwischen aktivem Produktionsteil und passivem Museumsteil unterschieden werden soll.

Im Herbst 2008 werden die abschließenden Gespräche über eine Trägerstruktur für das Studio geführt. Der Umzug soll in der ersten Hälfte 2009 erfolgen.

Zur dauerhaften Standortsicherung des Studios stehen ab Hj. 2009 Haushaltsmittel von jährlich 80.000 € zur Deckung der Mietkosten zur Verfügung.

Sachstand im Dezember 2008:

Kulturverwaltung und WDR erarbeiten z. Zt. ein Konzept über die zukünftige Rechtsform der Trägerschaft.

Sachstand im Dezember 2009:

Die Kulturverwaltung hat dem WDR im Juli den Entwurf eines Überlassungs- und Nutzungsvertrages unterbreitet, der vom WDR aus inhaltlichen und formalen Gründen abgelehnt wurde. In anschließenden Verhandlungen konnte weitgehendes Einverständnis über einen bestehenden bzw. einen neu zu gründenden Verein die Trägerstruktur und die beiderseitigen finanziellen Verpflichtungen erzielt werden.

Parallel dazu führte die Kulturverwaltung Vorverhandlungen mit dem Eigentümer des Objekts MediaPark 5 über die Anmietung der Räumlichkeiten zur Unterbringung des Studios und ließ in diesem Zusammenhang zwei Varianten eines Mietvertragsentwurfs durch Grundwertabteilung (231) prüfen. Im November hat der WDR der Kulturverwaltung einen auf die Räumlichkeiten abgestimmten Raumnutzungsplan sowie eine

Machbarkeitsstudie für die Unterbringung der Geräte vorgestellt.

Die Verhandlungen über die Überführung des Studios als Eigentum des Trägervereins und die daran geknüpften Verpflichtungen und Rechte dauern noch an.

Gremium: Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten als Betriebsausschuss des Eigenbetriebes Bühnen
Sitzungsdatum: 22.07.2003
Vorlagennummer: DS-Nr. 1544/003

Betreff: Neuausrichtung der Bühnen ab der Spielzeit 2004/2005

Beschluss:

Unter Berücksichtigung des Diskussionsergebnisses und der vorgeschlagenen Änderungen beauftragt der Ausschuss bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion die Verwaltung, in Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen bei den Bühnen der Stadt Köln ein Konzept zur strukturellen und konzeptionellen Neuausrichtung der Bühnen zu erarbeiten, das mindestens die nachfolgend genannten Zielsetzungen enthält. Dieses Konzept ist dem Werksausschuss zur weiteren Entscheidung vorzulegen:

- Veränderung und Optimierung der Kostenstrukturen der Bühnen der Stadt Köln in der Form, dass die Finanzierbarkeit und damit der Fortbestand der Bühnen unter Beibehaltung des Qualitätsanspruches auch in Zukunft gesichert werden kann.
- Gegenüberstellung und Wertung unterschiedlicher Betriebsmodelle (Repertoire, Stagione-Betrieb bzw. Kombinationsmodelle) und Betriebsformen (Eigenbetrieb, GmbH, AÖR, Stiftung, Betreibergesellschaft mit Aufspaltung in Bühnenbetrieb, Ensemble, Orchester, Technik etc.).
- Eine stärkere Publikumsorientierung, ein weiter verbessertes Marketing sowie die Prüfung von Synergieeffekten durch Intensivierung der (über-)regionalen Zusammenarbeit.
- Hierbei soll u.a. auch eine verstärkte Kooperation mit der Kunst- und Kulturlandschaft in Köln, so z. B. auch mit den freien Theatern geprüft werden.
- Entwicklung von inhaltlichen Kriterien für die Zusammenstellung der jeweiligen Spielpläne auch unter einer grundsätzlichen Definition der Rolle und der Bedeutung des Sprech- und Musiktheaters im Köln des 21. Jahrhunderts. Hierbei soll auch dargestellt werden, welche inhaltlichen Mittel erforderlich sind, um die Bühnen der Stadt Köln wieder zu einer herausragenden künstlerischen Adresse werden zu lassen.
- Entwicklung von verschiedenen Szenarien zur Errichtung einer Tanzkompanie als potentielle Sparte auch in dem Bewusstsein, dass deren Realisierung vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltssituation nicht kurzfristig erfolgen kann.
- Entwicklung von Modellen, wie die Einhaltung dieser Kriterien und die Erreichung der Ziele zu überprüfen sind ("Kulturelles Benchmarking").
- Begleitung der Erstellung dieses Konzeptes zur Neuausrichtung der Bühnen der Stadt Köln von einem Symposium, dessen Ergebnisse in diesem Konzept berücksichtigt werden sollen.
- Die Arbeitnehmervertretung der Bühnen ist in die Konzeptentwicklung mit einzubeziehen.

Der Ausschuss erwartet bis Ende des Jahres einen ersten Zwischenbericht.

Sachstand:

Über die Inhalte des Abschlussberichtes des Organisationsamtes zur Frage nach einer Gegenüberstellung und Wertung alternativer Rechtsformen für die Bühnen der Stadt Köln wurde der Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten in seiner Sondersitzung am 06.02.2006 im Wege einer Mitteilung der Verwaltung unterrichtet.

Der Ausschuss hat diese Mitteilung zur Kenntnis genommen.

Als Ergebnis eines Rechtsformenvergleichs ist festzustellen, dass die von den Bühnen vorgetragenen Problemlagen sich auch in der bestehenden Betriebsform der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung durch die Optimierung vorhandener verwaltungsin-
terner Strukturen bzw. durch Änderungen der Regelungsinhalte in der Eigenbetriebs-
satzung lösen bzw. abmildern lassen.

Anzunehmen ist, dass sich eine Effizienzsteigerung bei den städtischen Bühnen erzielen ließe, wenn im Zuge einer Rechtsformänderung weitestgehende Handlungsauto-
nomie eingeräumt würde. Dies setzt allerdings voraus, dass die in vergleichbaren Initi-
ativen der Ausgliederung öffentlich-rechtlicher Einrichtungen wirksamen restriktiven
Beschlussfassungen des Rates der Stadt Köln (z. B. Gültigkeit der städtischen Verga-
berichtlinien/Prüfrechte des Rechnungsprüfungsamtes) und die seitens der Personal-
vertretung üblicherweise geforderten, die Personalhoheit beschränkenden Regelungen
in den Personalüberleitungstarifverträgen im Falle der Umwandlung der Bühnen der
Stadt Köln in eine neue Trägerschaftsform nicht oder nicht in vollem Umfang zur An-
wendung kämen. Unter dieser Voraussetzung würde insb. die Rechtsform der (ge-
meinnützigen) Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) mit der Möglichkeit der
unmittelbaren wirtschaftlichen Beteiligung dritter Kapitalgeber der Betriebsführung zu-
sätzliche Entscheidungskompetenzen ermöglichen und ggf. neue finanzielle Ressourcen
erschließen. Über Aufsichtsgremien ließen sich in dieser Rechtsform des privaten
Rechts eine öffentliche Steuerung und Kontrolle erweiterter Verantwortungsspielräume
sicherstellen.

Sonstige Untersuchungsaspekte, insbesondere zur fachlich-inhaltlichen Ausrichtung
der städtischen Bühnen, waren Gegenstand einer Folien-Präsentation „Zukunft der
Bühnen“ des Geschäftsführenden Intendanten und einer anschließenden Diskussion
im Rahmen o. g. Sondersitzung. Einzelheiten hierzu sind der Niederschrift zur Sonder-
sitzung zu entnehmen. Auch diese Ausführungen hat der Ausschuss für Kunst und
Kultur/Museumsneubauten ohne weitergehenden Untersuchungsauftrag zur Kenntnis
genommen. Aus Sicht der Verwaltung erübrigt sich damit eine weitere Berichterstat-
tung.

RM Sörries spricht sich dafür aus, den Bericht zur Neuausrichtung der Bühnen ab der
Spielzeit 2004/2005 (S. 48) nicht aus dem Halbjahresbericht herauszunehmen, da die
Untersuchungsaspekte zur fachlich-inhaltlichen Ausrichtung der Bühnen noch nicht
abgeschlossen sei. Dies findet die Zustimmung des Ausschusses.

Sachstand Dezember 2006:

Keine Änderung des Sachstandes

Sachstand Juni 2007:

Keine Änderung des Sachstandes

Sachstand Dezember 2007:

Keine Änderung des Sachstandes

Sachstand Juli 2008:

Keine Änderung des Sachstandes

Sachstand Dezember 2008:

Keine Änderung des Sachstandes

Sachstand Dezember 2009:

Keine Änderung des Sachstandes

Gremium: Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten
Sitzungsdatum: 04.05.2004
Ds-Nr.: 0500/004

Betreff: Kultur in der „Regio“

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Bericht über die bisherigen Erfahrungen und die Möglichkeiten zukünftiger Kooperationen im Bereich der Kultur in der „Regio“ zu erstellen. In diesem Bericht soll insbesondere eingegangen werden auf:

- die Angebote der Spielstätten,
- die Ausstellungen der Kölner und der regionalen Museen und Galerien,
- weitere Kooperationsfelder,
- bestehende/ mögliche Probleme und Lösungsmöglichkeiten.

Die Verwaltung soll die Möglichkeit einer Umlandfinanzierung prüfen und aufzeigen.

Sachstand:

(Mitteilung zur Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur/Museumsneubauten am 21.06.2005)

Im vorliegenden Antrag wird von der Kultur in der Regio gesprochen, der Begriff „Regio“ ist hier nicht näher definiert. Der nachfolgende Bericht bezieht sich deshalb auf den Arbeitsbereich der Rheinschiene. Die Arbeit der sogenannten Rheinschiene, zwischen Bonn und Duisburg, im Bereich Kultur gestaltet sich seit knapp 10 Jahren durch zwei Gremien: die „Rheinland AG“ und den „Brauweiler Kreis“. Sie wurde als Landesprogramm initiiert und finanziell gefördert.

Die Rheinland AG wurde als ein über das jeweilige Stadtgebiet hinausgehendes Kooperationsprojekt der Städte Bonn, Köln, Düsseldorf und Duisburg gegründet. Die Rheinland AG will einen Beitrag zur Profilierung des Landes liefern, die Rheinschiene dabei als kulturelles Filetstück qualifizieren. Die Projekte müssen dabei Identität und Unverwechselbarkeit der Rheinschiene aufzeigen. Sie sollen Impulse für neue Schwerpunkte und Profile der Kulturarbeit geben, durch Kooperationen sollen Qualitätsstandards angehoben werden. Die Kulturdezernenten der Städte Bonn, Köln, Düsseldorf und Duisburg, die sich seit 1999 regelmäßig treffen, sowie des Landschaftsverbandes Rheinland, der jedoch Ende 2001 seine regelmäßige Mitarbeit aufgekündigt, bedienen sich dabei Ihrer Kulturämter und Kulturinstitute. Regelmäßiges Mitglied der Arbeitstreffen war bis dato auch der Abteilungsleiter Kultur des MSWKS. Aus diesem Verbund heraus wurde auch der sogenannte „Brauweiler Kreis“ gegründet. Der Brauweiler Kreis umfasst die Gebietskörperschaften des südlichen Rheinlands einschließlich des Umlands von Köln und Bonn, aber ohne Duisburg und Düsseldorf. Teilnehmer des Brauweiler Kreises sind, neben den Beigeordneten der Gemeinden des Umlandes, die Amtsleiter der Gebietskörperschaften. Zu ihren Aufgaben gehören die Umsetzung der in der Rheinland AG vereinbarten Projekte sowie die Initiierung eigener Projekte. Hauptthemenfelder sind dabei die Kinder- und Jugendkultur sowie der Dialog der Kulturen.

Projekte:

- "Spielarten"
Abspiel von ausgewählten Produktionen des Kinder- und Jugendtheaters (seit 1994)
- "Dance in Education"
Tanzworkshops der Kompanie mind the gap in Schulen (seit 1998)
- "NRW-Autorentreffen"
Lesungen in den Städten Bonn, Köln und Düsseldorf ausgewählter Autoren und Autorinnen aus dem Land (1998, 2000 und 2002)
- „Global Art – Rheinland 2000“
Ausstellungen (zeitgenössisch und kulturhistorisch) in den Rheinschienenstädten und dem Umland
- "Tanzstraße"
Präsentation der besten freien Tanzproduktionen der freien Tanzszene der Region (seit 2000)
- „Theater der Welt“
Festival in allen vier Städten (2002)
- „Jüdische Kulturtage“
in 14 Gemeinden der Region, mehr als 200 Veranstaltungen (2002, für 2007 geplant)
- Umfrage und Symposium zur Kulturregion Rheinschiene im Bürgerurteil in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Kulturforschung Bonn
- "Alle Achtung"
Spartenübergreifende Workshops mit Kindern und Jugendlichen gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit (2001 bis 2003) sowie die modifizierte Fortsetzung:
- "Orientierung"
Workshops mit Künstlerinnen und Künstlern mit Migrationshintergrund (2004 und 2005)
- "Stadt-Klang-Fluss"
Kinder- und Jugendmusikfestival (2003 und 2004, modifizierte Fortsetzung wird überlegt)
- "JazzArt"
Durch eine internationale Jury ausgewählte Konzepte der aktuellen Musik unterschiedlicher Formate. Die Gewinner bekamen die Produktion und die Präsentation ermöglicht. (2002 bis 2004)
- „Der Neue Orient“
Festival zeitgenössischer orientalischer Kunstäußerungen: Kunst aller Sparten aus den islamisch geprägten Staaten des Mittelmeerraumes und dem Iran (für Herbst 2005 geplant)

Schwerpunktt Themen der Rheinland-AG-Treffen (1. Quartal 2004):

- Museen: Sammlungs austausch der Häuser mit zeitgenössischer Kunst
- Museen: Themenbezogene Ausstellungen mit Leihgaben aus NRW
- Bühnen: Abo-Verbund
- Bühnen: Inszenierungsaustausch
- Tanz: Kooperationsidee: Klassisches Ballett D/DU, Zeitgenössischer Tanz K/BN
- Tanz: Inszenierungsaustausch

- Kulturämter: Organisatorische Kooperation der Kulturinstitute

Die zukünftige regionale Zusammenarbeit wird sich unter anderem auch an der Positionierung der neuen Landesregierung in diesem Bereich und an den organisatorischen Änderungen, die diese mit sich bringt, orientieren.

Herr Professor Quander wird die Arbeit in der Rheinland AG fortsetzen. Er sieht in der regionalen Zusammenarbeit wirkungsvolle Möglichkeiten, die kulturelle Vielfalt des Rheinlands pointiert darzustellen und die Chance der Städte, ihre Verschiedenartigkeit herauszustellen. Von einer reinen Addition der Aktivitäten will er absehen, da diese die Wahrnehmung nicht schärfen würde. Die Möglichkeiten einer Umlandfinanzierung wird er mit seinen Kollegen thematisieren.

Sachstand 31.12.2005:

Kein neuer Sachstand, da die Position des Kulturdezernenten in Düsseldorf noch nicht wiederbesetzt ist.

Sachstand im Dezember 2006:

Erste Gespräche der Kulturdezernenten von Bonn, Düsseldorf, Duisburg und Köln mit dem Kulturstaatssekretär haben stattgefunden. Ein zentrales Thema ist die Rheinschienen-Zusammenarbeit beim Tanz.

Sachstand im Juni 2007:

Die Kooperationsgespräche werden fortgesetzt.

Sachstand im Dezember 2007:

Die Kooperationsidee mit Düsseldorf/Duisburg im Zusammenhang mit einer „Ballett und Tanztheatercompagnie Rheinschiene“ hat sich zerschlagen, an einer Kooperation mit Bonn wird noch gearbeitet (vgl. auch Sachstand „Gemeinsames Tanzensemble mit Bonn“). Ansonsten kein neuer Sachstand.

Sachstand im Juni 2008 (vgl. auch Sachstand „Gemeinsames Tanzensemble mit Bonn“).

Die Gespräche mit der Bundesstadt Bonn sind noch im Gange. In Bonn sind insbesondere noch Fragen finanzieller Art zu klären, bevor dort eine endgültige politische Willenserklärung zu einer Tanzcompagnie Köln/Bonn abgegeben werden kann.

Sachstand im Dezember 2008

Die Stadt Bonn hat am 18.08.08 mitgeteilt, das Projekt einer gemeinsamen Tanzcompagnie von Bonner Seite nicht weiterverfolgen zu können. Die Verwaltung arbeitet weiter an der Realisierung einer festen Tanzcompagnie als dritte Sparte an den Bühnen Köln, sieht nun aber erst zur Wiedereröffnung des Bühnensembles am Offenbachplatz (2013) eine realistische Chance zur Realisierung.

Sachstand Dezember 2009

Kein neuer Sachstand. Allerdings hat der Rat am 17.12.2009 den Planungsauftrag für das Bühnensembles am Offenbachplatz insofern modifiziert, als dort keine Ballettproberäume mehr vorgesehen sind.

Gremium: Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten
Sitzungsdatum: 08.03.2005
Ds-Nr.: 0248/005

Betreff: Barrierefreiheit in Museen

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, inwieweit die Kunstvermittlung in den Kölner Museen für alle Menschen weitestgehend ermöglicht werden kann. Der ungehinderte Zugang zur Kunst bezieht sich sowohl auf die Gebäude als auch auf die Vermittlung der Kunst. Barrierefreiheit im öffentlichen Raum gehört zum Selbstverständnis der Stadt Köln, das sie sich mit dem Leitbild 2020 gegeben hat.

Vor diesem Hintergrund wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, inwieweit gewährleistet werden kann, dass Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen (Sehbehinderungen, Hörbehinderungen, Mobilitätseinschränkungen etc.)

- in die Planung des KAN und die Neukonzeption des MAK und
- in die Entwicklung der Konzepte für Sammlungen und Sonderausstellungen und für spezielle Angebote des Museumsdienstes einbezogen werden können.

Sachstand:

Sachstand im Juni 2006:

In Hinblick auf die Planung des KAN und des MAK zur Berücksichtigung von Menschen mit Behinderungen wird auf die Stellungnahme der Gebäudewirtschaft im Ausschuss Kunst und Kultur am 08.03.2005 verwiesen. Darin heißt es: „Die Gebäudewirtschaft legt bei ihrer Planungs- und Bautätigkeit seit dem Jahr 2003 die neue als Normentwurf vorliegende DIN 18030 – Barrierefreies Bauen Planungsgrundlagen – zum behindertengerechten Bauen und Planen öffentlich zugänglicher Gebäude zugrunde. Die darin fixierten Normen, insbesondere zur Ausstattung der Gebäude mit Aufzügen und Behinderten-WC's, werden bei allen Neubaumaßnahmen konsequent angewandt. Dies gilt selbstverständlich auch für das Projekt KAN.“

Hinsichtlich der Berücksichtigung von Menschen mit Behinderungen bei der Entwicklung von Konzepten wird derzeit vom Museumsdienst ein spezielles Sonderheft mit Angeboten für Menschen mit Behinderungen vorbereitet. Dieses wird voraussichtlich im Juli erscheinen.

Sachstand im Dezember 2006:

- kein neuer Sachstand im Hinblick auf Planung KAN und Umbau MAK -

Das Sonderheft des Museumsdienstes mit Angeboten für Menschen mit Behinderungen wurde Ende September 2005 veröffentlicht und liegt in den Museen aus.

Sachstand im Juni 2007:

In seiner Sitzung am 13.03.2007 hat der Ausschuss Kunst und Kultur/ Museumsneubauten die Verwaltung beauftragt, bis zur Sommerpause einen Bericht über die allgemeine Barrierefreiheit in den städtischen und stadt eigenen Kultureinrichtungen vorzulegen. Der Bericht soll Informationen enthalten über Zugänglichkeit und spezielle Angebote für Menschen mit körperlichen Behinderungen (wie z.B. für hörbehinderte und gehörlose sowie für sehbehinderte und blinde Menschen) wie auch für Menschen mit psychischen Behinderungen. Außerdem sollen Schwachstellen und Barrieren dargestellt werden sowie die Möglichkeiten zur Überwindung dieser Barrieren. Die Verwaltung wird gebeten, positive Entwicklungen in diesem Prozess darzustellen und den Einrichtungen freier Träger zur Verfügung zu stellen. Dieser Beschluss ist der StadtAG Behindertenpolitik und dem Sozialausschuss zur Kenntnis zu geben, der Bericht soll in diesen Gremien ebenfalls behandelt werden

In der Augustsitzung wird die Verwaltung den Bericht über die allgemeine Barrierefreiheit in den städtischen Museen und Instituten im Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten vorlegen.

Darüber hinaus wird derzeit der Internetauftritt der Wissenschaftlichen Museen im Hinblick auf einen barrierefreien Zugang überarbeitet. Die Inbetriebnahme des überarbeiteten Internetauftrittes ist nach der Sommerpause vorgesehen.

Weiterhin beabsichtigt das Museum Ludwig, für hörgeschädigte Menschen eine Induktionsanlage für Führungen etc. im Museum zu installieren. Entsprechende Mittel wurden zum Haushalt 2008 beantragt.

Sachstand im Dezember 2007:

Die Verwaltung hat zur Sitzung am 14.08.2007 dem Ausschuss Kunst und Kultur einen umfangreichen Bericht zur Barrierefreiheit in den städtischen Kultureinrichtungen vorgelegt. Bestandteil des Berichtes waren auch die städtischen Museen.

Der Internetauftritt der städtischen Museen ist mittlerweile barrierefrei zugänglich und steht im Netz zur Verfügung.

Für das Museum Ludwig konnten mittlerweile zwei Induktions- bzw. Funkanlagen für Führungen mit je 25 Plätzen beschafft werden, die bereits im Einsatz sind. In diesem Zusammenhang wurde auch das Kino Museum Ludwig mit Plätzen für Hörgeschädigte ausgestattet. Für die Sonderausstellung Mondrian wurde auch ein Sponsor gewonnen, der eine weitere Funkanlage befristet für die Laufzeit zur Verfügung stellt.

Sachstand im Juni 2008:

Die Verwaltung hat im September 2007 dem Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten über die Situation zur Barrierefreiheit in den Museen berichtet. Nun mehr liegt der aktualisierte Bericht vor. Die Situation in den einzelnen Museen und Instituten hinsichtlich Barrierefreiheit stellt sich wie folgt dar:

450 – Museumsreferat

Der Internetauftritt der städtischen Museen Köln auf www.museenkoeln.de ist seit September 2007 barrierefrei. Zurzeit wird ein sog. "BITV-Test" durchgeführt, um die Seiten offiziell zertifizieren zu lassen. Das älteste deutsche Museumsportal ermöglicht allen Nutzern, die Schriftgrößen und Farbeinstellungen der Seiten ihren Bedürfnissen anzu-

passen und damit die zahlreichen Angebote der Seite besonders komfortabel zu nutzen. Darüber hinaus eröffnet sie auch Kunstbegeisterten mit stark verminderter Sehkraft und Mobilität die Möglichkeit, sich im Internet über die Museen der Stadt Köln und deren Ausstellungen und Veranstaltungsangebote zu informieren.

www.museenkoeln.de, 1996 vom städtischen Museumsreferat und dem Kölner Redaktionsbüro Dank initiiert, ist mit über zwei Millionen Pageviews im Monat eines der erfolgreichsten Kunstportale der Welt. Deshalb blieb das redaktionelle Konzept – grundlegende Informationen zu allen Städtischen Museen und Institutionen unter einheitlicher Navigation neben individuell gestalteten Auftritten zu interessanten Sonderausstellungen sowie die aktuelle Veranstaltungsübersicht – weitgehend unberührt.

Um die Barrierefreiheit zu gewährleisten, hat das Museumsreferat beim Redaktionsbüro Dank ein Content Management System (CMS) in Auftrag gegeben, das durch die strikte Trennung von Form und Inhalt eine parallele Pflege der Inhalte für jede Ausgabeform ermöglicht: Nicht nur die Schrift ist in mehreren Stufen zu vergrößern, sondern auch eine linearisierte Ausgabe der Inhalte in verschiedenen Kontraststufen wird angeboten. So können Sehbehinderte eine für sie optimale Darstellung wählen und Blinde die Texte entweder über eine spezielle Software vorlesen lassen oder über eine Braillezeile lesen. Als besonderes Feature ist eine eigens für mobile Geräte optimierte Version von www.museenkoeln.de freigeschaltet. Unter mobil.museenkoeln.de kann sich dann der Handybesitzer mit Internetzugang auf seinem Weg durch die Stadt Informationen über Ausstellungen und Termine der Kölner Museen abrufen.

4510 – Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud

Die Zugangstreppe zum Haupteingang des Museum an der Straße Obenmarspforten ist an einem Ende der leicht abfallenden Straße ebenerdig für Rollstuhlfahrer und andere körperlich Behinderte leicht zugänglich. Die Haupteingangstüren sind, außer während der kalten Jahreszeit, immer geöffnet. Das Museum teilt sich mit dem Museum Ludwig einen Rollstuhl, der im Bedarfsfall unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden kann. Das Bistro neben dem Haupteingang ist durch offene Türen ebenfalls leicht und schnell zugänglich. Das Wachpersonal hilft Rollstuhlfahrern oder anderen körperlich beeinträchtigten Menschen beim Öffnen der schweren Ausstellungs- und Geschosswischentüren. Das Museum verfügt über eine Behindertentoilette im öffentlich zugänglichen Foyer, diese ist auch für Nichtbesucher nutzbar. Körperlich beeinträchtigte Menschen können mit dem Personenaufzug auf alle öffentlich zugänglichen Sammlungs- und Sonderausstellungsetagen gelangen. Das Museum bietet Audioguides der Firma tonwelt im museum GmbH zu ausgewählten Exponaten der Ständigen Sammlung an, deren Lautstärke variiert und somit auch für Schwerhörige genutzt werden kann. Für die Audioguides wurden im Jahr 2007 Induktionsschleifen angeschafft. Darüber hinaus bietet das Museum seinen Besuchern in der Ständigen Sammlung das sogenannte Informationssystem an, ein audiovisuelles computergestütztes Informationssystem, welches ebenfalls Informationen zu ausgewählten Exponaten in der Ständigen Sammlung anbietet. Auch dieses System ist mittels Kopfhörer und Lautstärkeregelung für Schwerhörige nutzbar. Darüber hinaus bieten die Infobänke, in die das Infosystem integriert wurde, neben anderen Sitzgelegenheiten in den Sammlungsräumen, Sitzmöglichkeiten für alle Zielgruppen.

Zwischenzeitlich wurden die ehemaligen Räumlichkeiten der Buchhandlung Walther König im Erdgeschoss zu einem weiteren museumspädagogischen Raum umgebaut.

Darüber hinaus sind kurz- bis mittelfristig der Umbau des Lastenaufzugs als zweiter Personenaufzug um den einzigen und langsamen Personenaufzug zu entlasten, und der Einbau eines Treppenhublifts zur Ausgrabungszone "Haus zur Roten Tür" im Sonderausstellungsbereich, welche in letzter Zeit immer öfter als Didaktikraum genutzt wird, geplant. Außerdem sollen alle schweren Zugangstüren in nahezu allen Bereichen umgebaut werden. Feste Terminzusagen können wegen Finanzierungsanmeldungen und Bedarfsprüfungen im Vergaberecht noch nicht abgegeben werden.

4511 – Museum Ludwig

Beide Haupteingangstüren ins Foyer des Hauses sind barrierefrei zugänglich und öffnen und schließen sich automatisch. Im Foyerbereich befindet sich eine behindertengerechte, öffentliche Toilette. Das Café-Restaurant Holtmann im Museum Ludwig ist über eine Rampe für Rollstuhlfahrer zugänglich. Alle Ausstellungsräume einschließlich des Kinosaales sind über die Personenaufzüge erreichbar. Für die ständige Schausammlung werden an der Kasseninsel elektronische Sprachführer (Audioguides) zur kostenpflichtigen Ausleihe angeboten. Diese Audioguides sind auch für schwerhörige Menschen nutzbar, da die Lautstärke regelbar ist. Für gehörgeschädigte Menschen werden ab Beginn der Sonderausstellung „Piet Mondrian“ (Mitte Dezember 2007) barrierefreie Führungen angeboten. Ebenso ist der Kinosaal barrierefrei für diese Personengruppe eingerichtet worden. Ein entsprechender Hinweis erfolgt kurzfristig auf der Homepage des Filmforums e.V., ebenso in dessen nächstem Flyer Anfang Mai 2008. Zurzeit arbeitet die Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit an einem barrierefreien Internetauftritt.

4512 – Römisch-Germanisches Museum

Neben den bereits bekannten Barrierefreiheiten, wie die Blindenkiste, Blindenführer und der Zugänglichkeit aller Ausstellungsflächen für Rollstuhlfahrer (zwei Rollstühle sind vorhanden) - zur Zeit durch den Lastenaufzug mit geschulter Begleitung - gibt es keine weitere besonderen Angebote für behinderte Menschen im Römisch-Germanischen Museum.

4513 – Rautenstrauch-Joest-Museum

Der Altbau am Ubierring ist bauseits nicht barrierefrei zugänglich. Es besteht aber die Anweisung an die Hausverwaltung und das Bewachungspersonal Rollstuhlfahrern beim Etagenwechsel behilflich zu sein. Weitere Angebote an hör- oder sehbehinderte Menschen gibt es zurzeit nicht.

Der Neubau im Kulturzentrum ist barrierefrei geplant und wird barrierefrei errichtet. Die barrierefreie Planung wurde von der Personalvertretung und der Schwerbehindertenvertretung geprüft und abgestimmt, zuletzt am 24.10.2006 und am 02.11.2005. Die BQA "Barrierefreiheit von öffentlichen Gebäuden der Stadt Köln" vom Juli 2005 war aufgrund seines Erscheinungsdatums nicht die Planungsgrundlage, aber die dort aufgestellten Forderungen werden weitgehend erfüllt. Die Planungen für den Neubau wurde mit den Beratern bei der Architektenkammer Hannover für behindertengerechtes Bauen mehrfach abgestimmt. Die behindertengerechte Ausschilderung innerhalb des Neubaus wurde gesondert ausgeschrieben.

4514 – Museum für Angewandte Kunst

Was die Barrierefreiheit zugunsten der Rollstuhlfahrer betrifft, sind mit Ausnahme des Raumes Z 23 (oberer Bereich des Ostflügels) alle Räumlichkeiten erreichbar. Im Rahmen der derzeitigen Umbaumaßnahmen im Ostflügel ist ein behindertengerechter Auf-

zug zur Erreichbarkeit des Raumes Z 23 sowie eine fest installierte Induktionsschleife geplant.

4515 – Museum für Ostasiatische Kunst

Grundsätzlich ist das Museumsgebäude barrierefrei zugänglich. Die Ausstellungsräume befinden sich alle auf einer Ebene im Erdgeschoss. Lediglich die hauseigene Bibliothek besteht aus zwei Ebenen, wobei die obere Ebene für Rollstuhlfahrer mangels Aufzug leider nicht erreichbar ist.

4516 – Museum Schnütgen

Bezüglich der Barrierefreiheit für Rollstuhlfahrer kann diese nur bis zur Treppe der Empore zum Mittelschiff bestätigt werden. Da das Gebäude unter Denkmalschutz steht, sind hier auch keine weiteren baulichen Änderungsmaßnahmen möglich. Das Mittelschiff ist über das Kupfertor erreichbar - jedoch nur von Seiten des Klostersgartens. Rollstuhlfahrer können also nach Fertigstellung des Neubaus die neuen Ausstellungsräume, das jetzige Foyer und die Empore ohne Hilfe erreichen, sowie das Mittelschiff außen herum durch den Klostersgarten. Bezüglich der Beschaffung einer Ringschleifenanlage zugunsten schwerhöriger Menschen liegt ein Angebot der Firma Siemens in Höhe von 70.000,00 EUR vor. Das ursprünglich angedachte und bereits in der VHS eingesetzte mobile System ist für das Museum nicht praktikabel. Es wäre deutlich günstiger gewesen. Da die finanziellen Mittel nicht vorhanden sind, kann eine feste Ringschleifenanlage derzeit nicht installiert werden.

4518 – Kölnisches Stadtmuseum

Für hörbehinderte Menschen ist das Kölnische Stadtmuseum dank ausgiebiger Beschriftung und Katalogmaterial als barrierefrei anzusehen. Für gehbehinderte Menschen ist der Zugang zur Alten Wache oben nicht behindertengerecht ausgestattet, weil nach wie vor kein Aufzug vorhanden ist. Diese notwendige Ausstattung ist bisher lediglich in der Planung für eine neue Konzeption vorgesehen. Alle anderen Räumlichkeiten sind für gehbehinderte Menschen barrierefrei. Für blinde Menschen gibt es bisher noch keinen Lösungsansatz.

4522 – Museumsdienst

Der Museumsdienst Köln betreut seit vielen Jahren Menschen mit Behinderungen. Dabei handelt es sich jedoch nicht um turnusmäßige Veranstaltungen, sondern um Veranstaltungen für spezielle Gruppen, die individuell gebucht und durchgeführt werden. Zu den betreuten Gruppen von Menschen mit Behinderungen gehören viele Schulklassen aus Förderschulen, aber auch Gruppen, die aus betreuten Einrichtungen kommen (ambulante Rehabilitation, Vereine). Der Museumsdienst ist bemüht, integrative Angebote in der Museumspädagogik umzusetzen. Dies geschieht in der Regel so, dass gezielt Gruppen angesprochen und spezielle Programme konzipiert und finanziert werden müssen. Im Überblick sind folgende Programm-Elemente in Durchführung, in Vorbereitung oder in Diskussion:

Schulprogramm:

Der Museumsdienst bietet mit seinen Programmen buchbare Angebote für Förderschulen der unterschiedlichen Fachrichtungen an. Dies sind speziell auf die Zielgruppe zugeschnittene Schülerwerkstätten für Menschen mit Seh- und Hörbehinderungen sowie mit geistigen und körperlichen Behinderungen. Sie alle werden durch ein freiberufliches, pädagogisch versiertes Personal betreut. Eine Besonderheit ist dabei das Projekt "Projektschule -Förderschule Sportplatzstraße", bei dem eine Arbeitsgemeinschaft

der Schule über zwei Jahre lang Workshops in unterschiedlichen städtischen Museen besucht. Das Projekt wird von der Stiftung Dormagen-Guffanti finanziert.

Lehrerbildung:

In Kooperation mit dem Museumsdienst finanziert die "Montagstiftung Jugend und Gesellschaft" einen Unterrichtsauftrag mit dem Ziel, Lehramtsstudenten der Heilpädagogik museumspädagogisch auszubilden. In langjähriger Zusammenarbeit mit Studienseminaren der Sonderpädagogik in Köln und Siegburg werden außerdem Lehrproben im Museum als Lernort abgehalten.

Erwachsenenbildung:

Hier stellt der Museumsdienst buchbare Angebote für Gruppen von Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen (Sehbehinderungen, Hörbehinderungen, geistige Behinderungen, Körperbehinderungen) bereit. Ferner gibt es langjährige Kooperationen mit den Gemeinnützigen Werkstätten Köln Sürth, bei denen künstlerische Projekte für erwachsene Menschen mit geistigen Behinderungen in den Kölner Museen konzipiert und realisiert werden. In Vorbereitung ist darüber hinaus ein "Leuchtturmprojekt", in dem Erwachsene mit geistigen Behinderungen verschiedene Workshop-Angebote erhalten. Das Projekt, bei dem der Museumsdienst die Federführung hat und bei dem sich die KoKoBe und die Gemeinnützigen Werkstätten beteiligen, wird voraussichtlich vom Landschaftsverband finanziert. Schließlich ist eine Kooperation des Museumsdienstes mit der Volkshochschule zur Entwicklung eines gemeinsamen Kreativprogramms in den Museen in Vorbereitung.

Event:

Anlässlich des Tages für Menschen mit Behinderungen am 03.12.2008 ist eine Sonderveranstaltungsreihe in den darauffolgenden Tagen von Donnerstag bis Sonntag in verschiedenen Museen geplant.

4523 – Kunst- und Museumsbibliothek/Rheinisches Bildarchiv

Für hörbehinderte Menschen sind die Lesesäle der Kunst- und Museumsbibliothek, in denen auch zum Rheinischen Bildarchiv beraten wird, dank Beschriftung und EDV-Katalogen als barrierefrei anzusehen. Für gehbehinderte Menschen ist der Zugang zu den Lesesälen barrierefrei möglich. Beim Lesesaal im Museum Ludwig führt ein Fahrstuhl direkt auf die Etage des Lesesaals. Der Lesesaal im Museum für Angewandte Kunst ist ebenerdig, die Empore im Lesesaal im Museum für Angewandte Kunst ist über den Personalfahrstuhl erreichbar. Für blinde Menschen gibt es derzeit leider keinen Lösungsansatz.

Sachstand im Dezember 2008:

Unter dem Titel „Kunst und Kultur für alle“ haben Museumsdienst und Sozialdezernat vom 1. bis 7. Dezember 2008 eine Aktionswoche zum Internationalen Tag der Menschen mit Behinderungen durchgeführt. Veranstaltungsorte waren neben Bürgerzentren und Einrichtungen der Behindertenhilfe auch die Bühnen Köln mit Oper, Schauspielhaus und Halle Kalk sowie das Wallraf-Richartz-Museum, das Museum Ludwig, das Römisch-Germanische Museum, das Museum für Ostasiatische Kunst, das Kölnische Stadtmuseum und das Museum für Angewandte Kunst.

Gemeinsam mit Vertretern der Behindertenorganisationen und der Bauabteilung des Museumsreferates hat das Kulturdezernat für das Wallraf-Richartz-Museum, das Mu-

seum Ludwig, das Museum für Angewandte Kunst und das Römisch-Germanische Museum die Maßnahmen schriftlich festgehalten, die erforderlich sind, um die Gebäude für eine barrierefreie Nutzung zu ertüchtigen. Diese Begehungen werden 2009 in den weiteren Kultureinrichtungen fortgesetzt.

Sachstand im Dezember 2009:

Der Rat hat in seiner Sitzung am 10. September 2009 das Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik beschlossen und den Ämtern und Dienststellen damit einen konkreten Handlungsrahmen gesetzt.

Im Römisch-Germanischen Museum wurde ein behindertengerechter Aufzug eingebaut; die Steuerung des Aufzugs im Verwaltungstrakt wurde behindertengerecht umgerüstet.

Gemeinsam mit Vertretern der Behindertenorganisationen und der Bauabteilung des Museumsreferates hat das Kulturdezernat die Begehungen zur Ertüchtigung bestehender Gebäude hinsichtlich ihrer Barrierefreiheit im NS-Dokumentationszentrum, im Museum für Ostasiatische Kunst und im Kölnischen Stadtmuseum fortgesetzt. Die Umsetzung der beschriebenen Einzelmaßnahmen soll über das Konjunkturpaket II des Bundes erfolgen.

Ebenso wurde gemeinsam mit der Bauleitung, den Architekten und Nutzern die Barrierefreiheit des neuen Kulturquartiers am Neumarkt (KAN) sowie des Ausstellungskonzeptes problematisiert und auf eine gesetzeskonforme Umsetzung gedrungen. Es ist vorgesehen, die erforderlichen Maßnahmen bis zur Eröffnung des Neubaus umzusetzen.

Eine Besichtigung der Interimsspielstätten von Oper und Schauspiel ist für das Frühjahr 2010 geplant.

Das Kulturdezernat hat sich am der jährlichen Veranstaltung zum Internationalen Tag der Menschen mit Behinderungen am 3. Dezember 2009 im Historischen Rathaus mit einem eigenen Stand beteiligt. Neben Informationen zu barrierefreien Angeboten in den städtischen Kultureinrichtungen lag für Teilnehmer eine neu erstellte Checkliste zur Ertüchtigung von Gebäuden hinsichtlich ihrer Barrierefreiheit vor. In dieser sind die konkreten Fragen zusammengestellt, die standardmäßig bei den Begehungen der Museen zu stellen waren, allerdings auch generell verwendet werden können. Zur Klärung von Detailfragen dient die Anlage zu den Bau-, Qualitäts- und Ausstattungsstandards (BQA) „Barrierefreiheit von öffentlichen Gebäuden“ der städtischen Gebäudewirtschaft nach dem Stand Februar 2006.

Gremium: Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten
Sitzungsdatum: 17.05.2005
Ds-Nr.: 0650/005

Betreff: Jährlicher Kulturbericht für Köln

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen jährlichen Kulturbericht für Köln zu erstellen. Ziel dieses Berichtes ist es, die wesentlichen Entwicklungen im Bereich der Kultur in Köln soweit möglich auch messbar darzustellen und medial zu begleiten. Er dient in einem fortlaufenden Prozess der Evaluierung der kulturpolitischen Aktivitäten und bildet zukünftig eine wichtige Diskussions- und Entscheidungsgrundlage für den Rat der Stadt Köln.

Sachstand:

Ergänzend zum Kulturentwicklungsplan wird die Kulturverwaltung nach der Sommerpause 2008 eine zahlenmäßige Übersicht mit Erläuterungen zu den Schwerpunkten bei der Förderung der freien Kunstszene 2007 vorlegen.

Sachstand im Dezember 2008:

Die Unterlage ist vom Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten in der Sitzung am 02.12.2008 zur Kenntnis genommen worden.

Sachstand im Dezember 2009:

Mit Blick auf die Beschlussfassung des Kulturentwicklungsplans ist 2009 kein Kulturbericht über die freie Szene vorgelegt worden.

Gremium: Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten
Sitzungsdatum: 30.08.2005
Ds-Nr.: 1026/005

Betreff: Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Kölner Museen

Beschluss:

Bei den öffentlichen Äußerungen um die Wahl eines neuen Kulturdezernenten hat Herr Prof. Quander mehrfach die Stärkung der Eigenverantwortung der Kölner Kulturbetriebe, namentlich der Kölner Museen, angemahnt. Der Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten greift diese Äußerungen und die Ergebnisse einer Diskussionsrunde mit den Museumsdirektoren auf und beauftragt die Verwaltung zu prüfen, durch welche Maßnahmen administrativer und/oder organisatorischer Art innerhalb der Stadt Köln die Arbeitsbedingungen für die Museen verbessert werden können und dem Rat einen entsprechenden Beschlussvorschlag zu unterbreiten.

In diese Prüfung und die nachfolgende Empfehlung sollen u. a. die Themenkomplexe:

- zentrale/ dezentrale Zuständigkeiten
- Mittelbewirtschaftung/ Eigenverantwortung
- Vergaberegelungen/ Vertragskompetenz
- Vereinfachung von Verwaltungsvorschriften

einfließen.

Sachstand:

alter Sachstand:

Seitens der Museumsdirektionen bzw. Verwaltungsleitung der einzelnen Museen und Institute wurden konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Museen erarbeitet und dem Museumsreferat als projektverantwortliche Dienststelle eingereicht. Durch das Museumsreferat fand zunächst eine erste Prüfung der Vorschläge statt. Dabei wurden folgende Arbeits- bzw. Prüfschwerpunkte festgelegt: Bauwesen, Finanzen, Personal, Organisation, Rechts- und Versicherungsangelegenheiten, Vergabewesen, Museumsarbeit im engeren Sinne sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Im nächsten Schritt wird nun gemeinsam mit dem Organisationsamt das weitere Verfahren abgestimmt. Hierzu findet noch in diesem Jahr ein erstes Erörterungsgespräch statt.

Sachstand im Juni 2006:

Das Erörterungsgespräch hat stattgefunden. In Abstimmung zwischen Kulturdezernat und dem Organisationsamt wurde bei 10/Organisationsamt eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die das Projekt „Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Kölner Museen“ federführend betreut. Die Arbeitsgruppe hat im März 2006 die Arbeit aufgenommen. Im weiteren Verfahren wurden seitens der Arbeitsgruppe mit den Direktoren/innen und den Verwaltungsleitern/innen der Museen und Institute Gespräche über die eingereichten Vorschläge geführt. Die Gespräche werden derzeit durch das Orga-

nisationsamt ausgewertet. Über die Ergebnisse der Gespräche wird das Organisationsamt in Kürze das Kulturdezernat/Museumsreferat mit dem Ziel informieren, das weitere Vorgehen abzustimmen und Handlungsfelder festzulegen.

Sachstand im Dezember 2006:

Die Gespräche von Kulturdezernat/Museumsreferat und Organisationsamt haben stattgefunden und die zu bearbeitenden Handlungsfelder festgelegt. Derzeit wird federführend durch das Organisationsamt mit den beteiligten Dienststellen (z. B. Vergabeamt) Gespräche über konkrete Verbesserungen der Arbeitsbedingungen geführt. Anfang 2007 wird 10 – Organisationsamt seinen Bericht vorlegen.

Sachstand im Juni 2007:

Der Abschlussbericht des Organisationsamtes liegt mittlerweile intern vor, der Bericht ist jedoch hinsichtlich ‚Baubetreuung der Museen‘ noch zwischen VI und VII abzustimmen. Hierzu findet am 24.07.2007 ein entsprechendes Gespräch statt. Eine frühere Terminierung war aufgrund Urlaub und anderweitiger terminlicher Verpflichtungen der Beteiligten nicht möglich. Nach erfolgreicher Abstimmung wird der Bericht dem Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten zur Kenntnis gegeben.

Sachstand im Dezember 2007:

Nachdem der Rat in der Sitzung am 13.12.2007 die Verwaltung beauftragt hat, die Ergebnisse des Berichtes im vollen Umfang umzusetzen und dabei die Vorlage- und Vergabegrenzen entsprechend der rechtlichen Höchstgrenzen zu erhöhen, finden die noch erforderlichen Abstimmungen in der Verwaltung zur Umsetzung dieses Ratsantrages statt.

Sachstand im Juni 2008

Nach einer Vereinbarung mit dem Vergabeamt gelten nunmehr die rechtlich möglichen Höchstgrenzen (freihändige Vergaben bis zur Höhe von 30.000 €). Die Gespräche mit dem Rechnungsprüfungsamt auf Angleichung entsprechend der neuen Regelungen mit dem Vergabeamt werden zurzeit noch geführt. Die Verwaltung wird dem Rat spätestens zur Sitzung im September 2008 einen ersten Bericht erstatten.

Sachstand im Dezember 2008:

Die Abstimmungen mit dem Vergabeamt und dem Rechnungsprüfungsamt sind abgeschlossen. Die Verwaltung wird dem Rat zur Sitzung am 26. März 2009 einen Bericht über die getroffenen Dispositionen vorlegen.

Sachstand im Dezember 2009

Die Verwaltung hat den Bericht über die getroffenen Dispositionen dem Ausschuss für Kunst und Kultur zur Sitzung am 28.04.2009 zur Kenntnis gegeben.

Gremium: Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten
Sitzungsdatum: 13.06.2006
Ds-Nr.: 0928/006

Betreff: Kulturentwicklungsplan

Beschluss:

1. Die Verwaltung erstellt in enger Zusammenarbeit mit den Akteuren des Kölner Kulturlebens eine fortschreibungsfähige Bestandsaufnahme der Freien und Institutionellen Kulturszene in Köln.

Der Kulturausschuss wird vorab über den Kreis der Einzubeziehenden informiert.
Die Verwaltung wird gebeten, das Zwischenergebnis dem Kulturausschuss zur Beratung vorzulegen.
2. Im nächsten Schritt formuliert die Verwaltung auf Grundlage der Ergebnisse und der Beratung Förderschwerpunkte in Form eines Kulturentwicklungsplans für die Jahre bis 2014, der dem Kulturausschuss im 1. Quartal 2007 vorgelegt wird.
3. Der Kulturentwicklungsplan und das Ergebnis der Beratungen werden anschließend gemeinsam mit den Beteiligten und der Politik diskutiert. Nach diesem Dialog wird eine entsprechende Beschlussvorlage in eine der letzten Kulturausschusssitzungen vor der Sommerpause 2007 vorgelegt.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die finanziellen Auswirkungen der beabsichtigten Maßnahmen zu prüfen und mitzuteilen, wie deren Deckung erfolgen soll.

Sachstand:

Sachstand im Juni 2006:

Die Verwaltung hat die Arbeiten aufgenommen.

Sachstand im Dezember 2006:

Eine erste Liste der an der Erarbeitung des Kulturentwicklungsplans Beteiligten ist dem Kulturausschuss am 15.8.2006 zur Kenntnis gegeben worden. Die erbetene Bestandsaufnahme befindet sich in der verwaltungsmäßigen Endabstimmung. Sie wird dem Kulturausschuss am 23.1.2007 zur Beratung vorgelegt.

Sachstand im Juni 2007:

Die Abstimmungen innerhalb der Freien Szene verzögern die abschließende Fertigstellung der Bestandsaufnahme. Auf den Beitrag der Freien Szene soll aber nicht verzichtet werden, der bis zum 15.7.2007 geliefert werden soll. Die Bestandsaufnahme wird im Anschluss dem Kulturausschuss zur Kenntnis gegeben.

Sachstand im Dezember 2007:

In der Sitzung am 15.1.2008 wird die Verwaltung dem Kulturausschuss einen zweiteiligen Bericht vorlegen. Teil I enthält die Bestandsaufnahme der freien und institutionellen Kulturszene Kölns gegliedert nach den Entwicklungsfeldern des künftigen Kulturentwicklungsplans, eine tabellarische Übersicht ist im Anhang zu finden. Darüber hinaus wird der Bericht in Teil II ein erstes Fazit der Bestandsaufnahme und erste Entwicklungsnotwendigkeiten mit zeitlicher Prioritätensetzung für jedes Entwicklungsfeld aufzeigen. Auf dieser Grundlage soll der Kulturentwicklungsplan in Zusammenarbeit mit der freien und institutionellen Kulturszene in einem offenen Diskurs entwickelt werden. Ziel ist die Verabschiedung im Kulturausschuss am 10.6.2008.

Sachstand im Juni 2008:

Bestandsaufnahme und erstes Fazit wurden termingerecht eingebracht. Der Kulturentwicklungsplan befindet sich im Abstimmungsprozess, die Verabschiedung verzögert sich bis nach dem Sommer.

Sachstand im Dezember 2008:

Die Verwaltung hat den Entwurf des Kulturentwicklungsplans am 2.12.2008 in den Kulturausschuss eingebracht. Ziel ist, nach weiteren Beratungen am 27.1. und 10.3.2009 für den Kulturausschuss 21.4.2009 eine Beschlussvorlage zu erarbeiten, die am 5.5.2009 vom Rat verabschiedet werden soll.

Sachstand Dezember 2009

Der Rat hat den Kulturentwicklungsplan (KEP) am 30.6.2009 als kulturpolitische Handlungsmaxime der Stadt Köln beschlossen und die Verwaltung beauftragt, die beschriebenen Maßnahmen, beginnend mit dem Haushaltsjahr 2010, unter dem Vorbehalt der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten umzusetzen. Jede umzusetzende neue Maßnahme bedarf eines gesonderten Ratsbeschlusses. Der KEP ist hinsichtlich seiner Zielsetzungen und Maßnahmen jährlich zu überprüfen, und – beginnend mit dem Jahr 2011 – durch einen Kulturbericht fortzuschreiben.

Gremium: Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten
Sitzungsdatum: 12.09.2006
Ds-Nr.: 1303/006

Betreff: Gemeinsames Tanzensemble mit Bonn

Beschluss:

Der Kulturausschuss beauftragt die Verwaltung kurzfristig mit der Stadt Bonn, gegebenenfalls auch mit der Stadt Düsseldorf, über die Gründung einer gemeinsamen Tanzcompany zu verhandeln. In diesem Zusammenhang ist auch eine Beteiligung bzw. Unterstützung des Landes zu prüfen.

Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt darzustellen, welche Rechtsform sich für die angestrebte Kooperation am besten eignet. Hierbei ist sicherzustellen, dass eine Drittmittelfinanzierung wie im Beispiel Köln im Rahmen einer Kooperation fortgeführt werden kann.

Der Kulturausschuss ist laufend über den Sachstand der Gespräche zu informieren.

Sachstand:

Sachstand im Dezember 2006:

Anfang 2007 findet ein Gespräch mit der Landesregierung statt.

Sachstand im Juni 2007:

Zurzeit laufen noch Verhandlungen zwischen den Städten Köln, Bonn, Düsseldorf/Duisburg über die Bildung einer Ballett- und Tanztheatercompagnie Rheinschiene (Arbeitstitel). Das letzte Gespräch fand am 23.05.07 in Köln statt.

Zum bisher vorliegenden Konzept gibt es noch Klärungsbedarf, z. B. zu den Themen Disposition, Orchesterdienste, Infrastruktur, ggf. erforderliche Kapazitätserweiterungen, Werkstattleistungen sowie Finanzierung (Schlüssel zur Kostenverteilung).

Die im Konzept enthaltenen Planungen werden von den Disponenten der beteiligten Häuser auf ihre Machbarkeit überprüft.

Sobald ein Ergebnis vorliegt, wird dies dem Ausschuss Kunst und Kultur / Museumsneubauten vorgelegt.

Sachstand im Dezember 2007

Das Disponententreffen am 04.09.2007 ergab, dass die Installation einer „Ballett- und Tanztheatercompagnie Rheinschiene“ nach dem vorliegenden Modell für alle vier Häuser eine große Umstellung mit weitreichenden Konsequenzen bedeuten würde. Eine Umsetzung des Modells ohne gravierende Abstriche für die anderen Sparten sei nicht vorstellbar. Oper und Schauspiel müssten sich sowohl in ihrer Planung als auch in ihrem Angebot der Ballettcompagnie unterordnen. Eine Verwirklichung des Modells innerhalb der gegenwärtigen Strukturen erschien aus Sicht der Disponenten nicht möglich.

Die Stadt Düsseldorf erklärte daraufhin am 18.09.97, an der „Ballett- und Tanztheatercompagnie Rheinschiene“ nicht länger festhalten zu wollen.

Mit der Stadt Bonn laufen noch Gespräche hinsichtlich einer Kooperation.

Sachstand im Juni 2008

Die Gespräche mit der Bundesstadt Bonn sind noch im Gange. In Bonn sind insbesondere noch Fragen finanzieller Art zu klären, bevor dort eine endgültige politische Willenserklärung zu einer Tanzcompagnie Köln/Bonn abgegeben werden kann.

Sachstand im Dezember 2008

Die Stadt Bonn hat am 18.08.08 mitgeteilt, das Projekt einer gemeinsamen Tanzcompagnie von Bonner Seite nicht weiterverfolgen zu können. Die Verwaltung arbeitet weiter an der Realisierung einer festen Tanzcompagnie als dritte Sparte an den Bühnen Köln, sieht nun aber erst zur Wiedereröffnung des Bühnenensembles am Offenbachplatz (2013) eine realistische Chance zur Realisierung.

Sachstand Dezember 2009

Kein neuer Sachstand. Allerdings hat der Rat am 17.12.2009 den Planungsauftrag für das Bühnenensemble am Offenbachplatz insofern modifiziert, als dort keine Ballettproberäume mehr vorgesehen sind.

Gremium: Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten
Sitzungsdatum: 13.03.2007
Ds-Nr.: A/0059/007

Betreff: Erstellung von Förderkonzepten

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, zügig mit der Erstellung von Förderkonzepten und daran orientierten Kostenkalkulationen für die Bereiche Musik (Alte, Neue und Populärmusik), bildende Kunst, Tanz, Medien- und Filmkunst sowie Literatur zu beginnen und diese dem Kulturausschuss zur Entscheidung vorzulegen.

Das Musikförderkonzept ist in der letzten Sitzung vor der Sommerpause dem Kulturausschuss zur Entscheidung vorzulegen. Die anderen Konzepte sollten baldmöglichst folgen. Für die Sitzung vor der Sommerpause soll die Verwaltung hierzu einen Zeit-/Maßnahmenplan vorlegen, aus dem ersichtlich ist, wann mit der Vorlage der einzelnen Konzepte in 2007 zu rechnen ist.

Sachstand:

Sachstand im Juni 2008:

Dem Ausschuss werden in der 1. Sitzung nach der Sommerpause 2008 diese Förderkonzepte vorgelegt:

- Literatur
- PopKultur
- Musik.

Auf Wunsch des Ausschussvorsitzenden soll das Förderkonzept „Interkultur“ in der Sitzung am 09.09.2008 diskutiert werden.

Die dann noch ausstehenden Konzepte Bildende Kunst, Medien- und Filmkunst sowie Tanz sollen spätestens Anfang 2009 fertig gestellt werden.

Sachstand im Dezember 2008:

Der Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten hat in folgenden Sitzungen diese Förderkonzepte beschlossen:

- 09.09.2008 Musikförderkonzept (DS-Nr. 2945/2008)
- 28.10.2008 Literaturförderkonzept (DS-Nr. 4421/2008)
- 28.10.2008 Förderkonzept interkulturelle Kunstprojekte (DS-Nr. 2915/2008)

Sachstand im Dezember 2009

Die Verwaltung erarbeitet derzeit das Förderkonzept Tanz, wobei die Szene in das Verfahren miteinbezogen wird. Es wird mit einer Vorlage im ersten Quartal 2010 gerechnet.

Gremium: Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten
Sitzungsdatum: 05.06.2007
Ds-Nr.: A/0185/007

Betreff: Aufbereitung und Präsentation von Nachlässen aus den Bereichen Architektur und Urbanistik

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Studie zur sach- und fachgerechten Aufarbeitung der Nachlässe aus den Bereichen Architektur und Urbanistik zu erstellen bzw. in Auftrag zu geben. Im Rahmen dieser Studie soll gleichzeitig ein Konzept entwickelt werden, wie die Nachlässe einer breiten Öffentlichkeit anschaulich nahe gebracht werden können.

Diese Projektarbeit ist beim Historischen Archiv anzusiedeln und zunächst auf maximal 1 Jahr zu befristen.

Nach Ablauf dieses Jahres soll auf der Basis des erstellten Konzeptes über die Aufarbeitung und Präsentation der Nachlässe durch den Ausschuss für Kunst und Kultur über die weitere Fortführung des Projektes, insbesondere zu den sich daraus ergebenden zeitlichen und finanziellen Rahmenbedingungen entschieden werden.

Sachstand:

Sachstand Juni 2008

Im ersten Halbjahr wurden 4832 Pläne des Nachlass Architekt Karl Band (Best. 1673) bearbeitet. Diese Pläne befanden sich in 150 Mappen und hatten 141 Bauprojekte zum Inhalt. Insgesamt wurden seit September 2007 damit 9197 Pläne in 299 Mappen erschlossen. Dabei handelt es sich insgesamt um 292 Bauprojekte des Nachlass Architekt Karl Band. Der gesamte Planbestand (ohne Akten) wird frühestens Mitte/Ende März 2010 vollständig erschlossen sein. Mit dem Bearbeiter des Nachlasses wurde unterdessen ein neuer Werkvertrag bis 2010 geschlossen.

Sachstand Dezember 2008

Im zweiten Halbjahr wurden 4567 Pläne in 169 Mappen und Rollen für 140 Bauprojekte des Nachlass Karl Band (Best. 1673) bearbeitet. Seit September 2007 wurden insgesamt 13737 Pläne in 469 Mappen und Rollen erschlossen. Es handelt sich um 430 Bauprojekte. Das Erschließungsprojekt befindet sich durchaus im kalkulierten Zeitrahmen. Nach Ablauf der ersten 15 Monaten zeigt sich, dass die Berechnungsgrundlage der Gesamtdauer, die sich nach der durchschnittlichen Anzahl von Plänen pro Rolle richtet, bei 29 Plänen liegt. Es ist von einer vollständigen Verzeichnung des gesamten Planbestandes Band bis Ende März 2010 auszugehen.

Sachstand Dezember 2009

Mit dem Einsturz des Historischen Archivs der Stadt Köln am 03.03.2009 ist der Werkvertrag zur Erschließung des Nachlasses von Karl Band (Best. 1673) hinfällig. Das vertraglich beschriebene Werk kann derzeit nicht abgeschlossen werden. Mit dem Bearbeiter des Erschließungsprojektes wurde daher ein anders lautender, neuer Werkvertrag geschlossen, der Bergung und Erstversorgung des von der Einsturzstelle ins Erstversorgungszentrum und anschließend in die Asylarchive verbrachten Karten- und Plangutes

zum Gegenstand hat. Dieser Werkvertrag läuft zum 31.03.2010 aus.
Derzeit wird eine Ratsvorlage für den Rat am 02.02.2010 erarbeitet, die u. a. darauf abzielt, den Werkvertragsnehmer im Rahmen des Bestandsaufbaus bzw. der Bestandszusammenführung über eine Planstelle im Stellenplan 2010 mit der Aufnahme der Karten und Pläne in den Asylarchiven zu beschäftigen.

Gremium: Sitzung des Ausschusses für Kunst und Kultur
Sitzungsdatum: 27.11.2007
Vorlagennummer: ohne

Betreff: Mögliche Interimslösungen für das Opern- und Schauspielhaus während der Sanierungs- und Neubauphase

Beschluss:

Folgende Standorte sollen als Interimslösung für das Opern- und Schauspielhaus während der Sanierungs- und Neubauphase untersucht werden:

- Staatenhaus
- Eifelwall
- Uni-Wiese (sofern planungsrechtlich möglich)

Sachstand:

Sachstand Dezember 2007:

Die Gebäudewirtschaft hat zwischenzeitlich eine erste Einschätzung hinsichtlich der Kosten für die Bereitstellung des Grundstücks Eifelwall ermittelt. Auf Grundlage dieser Einschätzung, kann nun der Theaterplaner die Kosten für die Aufstellung der Spielhäuser ermitteln.

Für das Staatenhaus wird zur Zeit ein statisches Gutachten erstellt. Auf dieser Grundlage können dann die Kosten ermittelt werden.

Hinsichtlich des Standortes auf der Uni-Wiese müssen zunächst die planungsrechtlichen Voraussetzungen vorliegen. Erst dann ist es sinnvoll, diesen Standort unter Kostengesichtspunkten näher zu betrachten. Die planerischen Voraussetzungen sollen auf Dezernatsebene geklärt werden.

Es ist beabsichtigt, zur Kunst- und Kulturausschuss-Sitzung am 16. Februar 2008 eine Wirtschaftlichkeitsberechnung vorzulegen, um dann zu einer schnellen Entscheidung in dieser Frage zu kommen.

Sachstand Juli 2008

Die Uni-Wiese steht aus planungstechnischen Gründen nicht mehr als Interimsspielstätte zur Verfügung. In seiner Sitzung am 5. Juni 2008 hat der Unterausschuss Opernquartier beschlossen, neben den Interimslösungen „Staatenhaus“ und „Eifelwall“ (für die Bühnen insgesamt) nun für die Oper das „Palladium“ in Köln-Mühlheim als weitere Alternative zu prüfen. Für das Schauspiel sowie für den Produktionsbereich werden ebenfalls weitere, alternative Interimmsstandorte gesucht.

Die Ergebnisse werden dem Unterausschuss Opernquartier am 14.08.2008, dem Ausschuss für Kunst und Kultur am 19.08.2008 und dem Rat der Stadt Köln am 28.08.2008 vorgelegt.

Sachstand Dezember 2008:

Als Interimslösung für das Schauspiel wurde das Gebäude der EXPO XXI, Gladbacher Wall, angemietet.

Die Oper wird in der Interimszeit im Palladium in Köln-Mühlheim spielen, sowie auch in anderen Spielstätten (Kirchen, usw.)

Sachstand Dezember 2009:

Keine Änderung des Sachstandes

Gremium: Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten
Rat
Sitzungsdatum: 08.04.2008 und 24.04.2008
Vorlagennummer: AN/0650/2008 und AN0855/2008 in Zusammenhang mit 0946/2008

Betreff: Veranschlagung Mehrbedarf Haushaltsjahr 2008/2009 (Dringlichkeitsantrag zu der Beschlussvorlage „Neubau Rautenstrauch-Joest-Museum/Erweiterungsbau Museum Schnütgen)

Beschluss:

Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten am 08.04.2008
I Beschlussvorlage Neubau Rautenstrauch-Joest-Museum/Erweiterungsbau Museum Schnütgen, hier: Einrichtungskosten, Veranschlagung Mehrbedarfe Haushaltsjahr 2008/2009, 0946/2008 (Ursprungsversion)

Der Rat beschließt

1. im Teilergebnisplan 0401, Wissenschaftliche Museen und Archive, im Rahmen der Hpl-Anmeldung für die Kosten des Umzuges, Logistik sowie Konservatorische Vorbereitung der Objekte (Zeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) des Rautenstrauch-Joest-Museum, Museum Schnütgen und Museumsdienst zusätzliche Aufwandsermächtigungen von 1.524.000 € für das Jahr 2008 zu veranschlagen sowie in der Finanzplanung für 2009 einen weiteren Betrag von 1.780.000 € vorzusehen.
2. zur Finanzierung der Einrichtung des Neubaus die Veranschlagung einer Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2008 in Höhe von 3.016.000 € im Teilfinanzplan 0401, Wissenschaftliche Museen und Archive (Zeile 9, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen) sowie zu deren Ablösung einer Auszahlungsermächtigung in gleicher Höhe in der Finanzplanung für das Jahr 2009

Deckungsmöglichkeiten für die zusätzlichen Ermächtigungen sind nicht vorhanden, weshalb sich die bisher vorgesehenen Defizite der Haushaltsjahre 2008 und 2009 entsprechend erhöhen und somit zu einer zusätzlichen Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage führen.

II Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion vom 04.04.2008
AN/0650/2008

Die Verwaltung wird aufgefordert, detailliert aufzuklären, wie es zu der groben Fehleinschätzung des zu erwartenden Aufwandes gekommen ist. Dabei ist der Verdacht auszuräumen, dass es sich bei diesem Vorgang um wissentliche Fehlinformationen der politischen Gremien handelt. Die notwendigen Erläuterungen müssen zu den Beratungen des Finanzausschusses am 21.04.2008 und des Rates am 24.04.2008 beigebracht werden.

Insbesondere sind folgende Angaben zu präzisieren:

- Im Rahmen welcher Haushaltsberatungen sind die ursprünglich veranschlagten 7 Mio. € erstmals in den Haushalt der Stadt Köln eingestellt worden? Hiermit ist nicht die Mittelfristige Finanzplanung gemeint, sondern die schließliche Einstellung als Haushaltsposten. Die Angabe „zum damaligen Zeitpunkt“ (S.1) ist unbefriedigend.
- Zu welchem Zeitpunkt ist der Vertrag mit dem Atelier Brückner geschlossen worden, der schon für sich genommen den Haushaltsansatz um eine halbe Million Euro überschreitet?
- Im Sinne von Kostentransparenz sollte eine konkrete Beschreibung der Leistungsvereinbarung mit dem Atelier Brückner gegeben werden.
- Die Ermittlung der Umzugskosten (2 Mio. €) für das RJM erfolgte laut Vorlage „im Vorfeld durch eine externe Firma“. Wann war das?
- Wann und in wessen Verantwortung ist die Entscheidung gefallen, sich bei der Schätzung der anfallenden Kosten nicht an konkreten Angeboten zu orientieren, sondern an der offensichtlich ungeeigneten Bezugsgröße „Bürogebäude durchschnittlicher Güte“. Dieser Punkt sollte insbesondere vor dem Hintergrund der reichen Erfahrung der Stadt Köln mit Museumsumzügen beantwortet werden.

Rat am 24.04.2008

I Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:
(0855/2008)

Der Beschlussvorschlag (neugefasste Vorlage vom 23.04.2008) wird wie folgt geändert und ergänzt:

1. Der vorletzte Satz des Beschlussvorschlages wird gestrichen.
Eine Erhöhung des bisher vorgesehenen Defizits des Haushaltsjahres 2008 um 754.000 € und eine zusätzliche Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage in dieser Höhe scheidet aus.

Vielmehr wird die Verwaltung beauftragt, die Deckung der veranschlagten Mehrbedarfe für 2008 in Höhe von 754.000 € (konsumtiv) ebenfalls aus dem Teilergebnisplan 04 (Kultur und Wissenschaft) sicherzustellen. Die konkrete Deckung ist den Ausschüssen Kultur und Finanzen zur Beschlussfassung vorzulegen.

2. Die Gesamtkosten für Einrichtung und Umzüge in das Kulturzentrum am Neumarkt werden in Höhe von maximal 13.319.000 Mio. incl. der bereits in 2006/2007 veranschlagten Ausgaben festgeschrieben.

II. Beschluss über die modifizierte Verwaltungsvorlage (0946/2008):

Der Rat beschließt

1. im Teilergebnisplan 0401, Wissenschaftliche Museen und Archive, im Rahmen der Hpl-Anmeldung für die Kosten des Umzuges, Logistik sowie Konservatorische Vorbereitung der Objekte (Zeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) des Rautenstrauch-Joest-Museum, Museum Schnütgen und Museumsdienst zusätzliche Aufwandsermächtigungen von 1.524.000 € für das Jahr 2008 und 1.780.000 € für das Jahr 2009 zu veranschlagen.
2. zur Finanzierung der Einrichtung des Neubaus die Veranschlagung einer zusätzlichen Auszahlungsermächtigung für das Jahr 2009 in Höhe von 3.016.000 € im Teilfinanzplan 0401, Wissenschaftliche Museen und Archive (Zeile 9, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen)

Die Deckung der Ausgaben für den Umzug einschließlich Nebenkosten in Höhe von insgesamt 2,55 Mio. € (770.000 € in 2008 und 1,78 Mio. € in 2009) erfolgt im Haushaltsjahr 2008 in Höhe von 400.000 € aus der Aufstockung des Kulturetats sowie in Höhe von 370.000 € durch Kürzung der Aufwandsermächtigung im Teilergebnisplan 0401, Wissenschaftliche Museen und Archive in Zeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Im Haushaltsjahr 2009 erfolgt die Deckung in Höhe von 1.780.000 € aus der Aufstockung des Kulturetats.

Eine Erhöhung des bisher vorgesehenen Defizits des Haushaltsjahres 2008 um 754.000 € und eine zusätzliche Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage in dieser Höhe scheidet aus.

Vielmehr wird die Verwaltung beauftragt, die Deckung der veranschlagten Mehrbedarfe für 2008 in Höhe von 754.000 € (konsumtiv) ebenfalls aus dem Teilergebnisplan 04 (Kultur und Wissenschaft) sicherzustellen. Die konkrete Deckung ist den Ausschüssen Kultur und Finanzen zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Gesamtkosten für Einrichtung und Umzüge in das Kulturzentrum am Neumarkt werden in Höhe von maximal 13.319.000 Mio. incl. der bereits in 2006/2007 veranschlagten Ausgaben festgeschrieben.

Zudem ist für die Finanzierung der zusätzlichen investiven Bedarfe eine Ausweitung der Kreditermächtigung erforderlich.

Sachstand:

Sachstand Juni 2008:

Der Rat hat in seiner Sitzung am 21.04.2008 die Vorlage zu den Mehrbedarfen in den Haushaltsjahren 2008/2009 betreffend Neubau Rautenstrauch-Joest-Museum/ Erweiterungsbau Museum Schnütgen in modifizierter Form beschlossen.

Die Finanzierung der 754.000 € ist verwaltungsintern noch abschließend zu klären.

Sachstand im Dezember 2008:

Die Verwaltung legt dem Finanzausschuss zur Sitzung am 09.02.2009 einen entsprechenden Vorschlag der Verwaltung zur Finanzierung des o. g. Mehrbetrages vor.

Sachstand im Dezember 2009:

Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 23.03.2009 den Verwaltungsvorschlag zur Finanzierung des Mehrbedarfs der Umzugskosten Rautenstrauch-Joest-Museum/Museum Schnütgen in Höhe von 754.000 € genehmigt (DS: 3556/2008). Die

Angelegenheit ist für den Jahresbericht erledigt.

Gremium: Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten
Sitzungsdatum: 06.05.2008
Vorlagennummer: AN/1250/2007 + AN/0979/2008

Betreff: Mietgalerie

Beschluss:

Zur Unterstützung der Kölner Galerienszene wird die Verwaltung beauftragt, in Abstimmung mit ausgewählten Galeristen das Konzept einer Mietgalerie (Rental Gallery) zu erarbeiten und dem Ausschuss darzustellen.

Der Beschlusstext wird wie folgt ergänzt:

Die Internationalität der Galerienszene in Köln soll deutlich gestärkt werden. Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit bedeutenden Galeristen incl. Des Bundesverbandes Deutscher Galeristen ein Konzept zu erarbeiten, das einen Austausch zwischen Kölner und internationalen Galeristen fördert und die Stadt Köln für Internationale Galerien attraktiv macht.

Als wesentliches Angebot soll die Einrichtung einer Mietgalerie geprüft werden. Die Stadtverwaltung unterstützt die Suche bzw. Vermittlung geeigneter Räumlichkeiten für die eine solche Galerie im Rahmen der Wirtschaftsförderung; die Trägerschaft dieser Galerie soll beim Bundesverband Deutscher Galeristen bzw. einem Kölner Zusammenschluss von Galerien liegen. Die Verwaltung leistet beim Start des Projekts Unterstützung.

Hierbei soll insbesondere berücksichtigt werden,

- inwieweit geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden können, die kostendeckend vermietet werden sollen.
Die zuständigen Verwaltungsbereiche wie Gebäudewirtschaft und Liegenschaften sollen möglichst geeignete Räumlichkeiten vorschlagen.
- inwieweit diese Räumlichkeiten zur Förderung von Kölner KünstlerInnen einmal im Halbjahr unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden können.

Sachstand:

Die Kulturverwaltung hat dem Ausschuss in seiner Sitzung am 10.06.2008 im Rahmen einer Mitteilung informiert, dass in einem ersten Gespräch mit Vertretern der Kölner Galerien (Linn Lühn, Sven Ahrens, Thomas Rehbein, Julia Garnatz, Philipp Figge, Henning Fiebach) sowie Gisela Capitain und Christian Nagel Überlegungen zu einer Umsetzung einer „Rental Gallery“ diskutiert worden seien. Es wurde die Einrichtung eines ständigen Rundes Tisches verabredet.

Parallel suchen das Amt für Wirtschaftsförderung und das Liegenschaftsamt nach geeigneten Räumlichkeiten für die „Mietgalerie“.

Nach derzeitigem Stand geht die Verwaltung davon aus, dass dem Ausschuss im Herbst 2008 das erbetene Konzept vorgelegt werden kann.

Sachstand im Dezember 2008:

In seiner Sitzung am 28.10.2008 hat der Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten das Konzept „Rental Gallery Cologne“ beschlossen. Zeitgleich hat die Verwaltung den Ausschuss über den aktuellen Sachstand informiert (s. Anfrage der CDU-Fraktion vom 19.09.2008, AN/1850/2008).

Sachstand im Dezember 2009:

Die „Temporary Gallery Cologne“ (Name „Rental Gallery Cologne“ wurde auf Grund von Copyright-Ansprüchen geändert) wurde am 19. April parallel zur Art Cologne 2009 mit großem Medienecho mit einer Ausstellung der Galerien The Breeder und Galerist aus Athen und Istanbul eröffnet. Insgesamt mieteten fünf Galerien bzw. Galeriegruppen die Mietgalerie 2009 an. Außerdem wurde in den galeriefreien Monaten Juli und August – laut Konzept – eine Ausstellung präsentiert, die von jungen Kuratoren aus NRW organisiert wurde. Sie zeigte Werke zweier junger Künstler aus NRW zusammen mit internationalen Künstlern. Dieses zweimonatige Ausstellungsprogramm wird seit diesem Jahr als Stipendium an junge Kuratoren oder Künstler aus NRW vergeben und wurde in diesem Jahr durch die Vermittlung des Kulturamtes auch von der Staatskanzlei NRW gefördert.

Die umfangreiche und überaus positive nationale und internationale Presse sowie die große Publikumsresonanz bei den Veranstaltungen zeigen, dass Konzept und Programm der „Temporary Gallery Cologne“ als wegweisend für Deutschland bzw. Europa wahrgenommen wird.

Die Angelegenheit ist für den Halbjahresbericht erledigt.

Gremium: Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten
Sitzungsdatum: 10.06.2008
Vorlagennummer: AN/0545/2008

Betreff: Neubesetzung der Direktorenstellen und anderer Leitungspositionen

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, ein Verfahren zur rechtzeitigen Wiederbesetzung herausragender Leitungspositionen im Kulturbereich, insbesondere bei der Neubesetzung der Direktorenstellen im Museum Ludwig, im Römisch-Germanischen-Museum, im Museum Schnütgen und im Stadtmuseum zu entwickeln, und dem Ausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

Zusatz: Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen ist in die Beratungsfolge aufzunehmen.

Sachstand:

Sachstand im Dezember 2008:

Zurzeit werden die Möglichkeiten zur Verbesserung der Vertragsgestaltung für die fraglichen Leitungspositionen in den städtischen Museen geprüft. Es wird davon ausgegangen, dass die Verwaltung den geforderten Verfahrensvorschlag zu den Sitzungen im Mai 2009 unterbreiten kann.

Sachstand im Dezember 2009:

Die Direktorenstellen im Museum für Angewandte Kunst und im Kölnischen Stadtmuseum wurden im Juli 2009 ausgeschrieben. Die Kandidatenauswahl wurde Ende Oktober 2009 getroffen. Die Stellenbesetzungsverfahren sind noch nicht abgeschlossen. Die Einstellung neuer Direktoren/innen liegt inzwischen in der Zuständigkeit des Hauptausschusses. Die Verwaltung wird dem Ausschuss für Kunst und Kultur über die Wiederbesetzung von Direktorenstellen jeweils zeitnah berichten.

Gremium: Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten
Sitzungsdatum: 19.08.2008
Vorlagennummer: AN/1404/2008

Betreff: Förderung des Projektes "Bundesmigrantinnen" in Köln

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur beschließt vorbehaltlich der Genehmigung des städtischen Haushalts 2008/2009 durch die Bezirksregierung Köln, das Projekt „Bundesmigrantinnen“ in Köln in 2008 einmalig vorbehaltlich der Sicherstellung der Gesamtfiananzierung mit einem Betrag in Höhe von 22.000,- € zu fördern.

Sachstand:

Die Kosten des Projekts beliefen sich auf insgesamt 31.950 €. Die Deckung erfolgte durch einen städtischen Zuschuss von insgesamt 24.350 € sowie finanzielle Unterstützungen der RheinEnergie-Stiftung und des Auswärtigen Amtes.

Das Projekt wurde im Sommer 2008 durchgeführt und die Ergebnisse vom 08. bis 14.11. in einer Ausstellung im Studio DuMont der Öffentlichkeit präsentiert.

Sachstand 31.12.2009:

Die Angelegenheit ist für den Halbjahresbericht erledigt.

Gremium: Sitzung des Ausschusses für Kunst und Kultur/Museumsneubauten
Sitzungsdatum: 02.12.2008
Vorlagennummer: AN/2465/2008

Betreff: Zukunft des Historischen Archivs, der Kunst- und Museumsbibliothek und des Rheinischen Bildarchivs

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Expertenkolloquium zur Zukunft des Historischen Archivs durchzuführen. Ziel ist der Austausch mit Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis zu den
 - Inhaltlichen
 - technischen (insbes. Heiz- und Klimatechnik) und
 - baulichenAnforderungen an den Standort und die Errichtung sowie den Betrieb eines Historischen Archivs in Köln. In diesem Zusammenhang möge auch diskutiert werden, inwieweit eine neue bauliche Lösung für die Bedarfe des Historischen Archivs gleichzeitig auch den räumlichen Bedürfnissen der Kunst- und Museumsbibliothek sowie des Rheinischen Bildarchivs gerecht werden kann und sollte. Der Kreis der Expertinnen und Experten ist vorab im Kulturausschuss abzustimmen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Ergebnisse aus dem Kolloquium auszuwerten und eine Übersicht über die möglichen Standorte zur künftigen Ansiedlung des Historischen Archivs zu erarbeiten, in der diese aus fachlicher Sicht sowie hinsichtlich ihrer baulichen und finanziellen Realisierbarkeit zu bewerten und zu gewichten sind. Die Möglichkeiten für die Kunst- und Museumsbibliothek und das Rheinische Bildarchiv sind aufzuzeigen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, Gespräche mit der Universitäts- und Stadtbibliothek über deren Pläne für einen Archivneubau aufzunehmen und die Möglichkeit abzuwägen, diese Pläne in eine städtische Lösung mit einzubeziehen.
4. Der Übersicht ist eine fundierte Kostenschätzung zu den jeweiligen Standorten beizufügen. Insoweit wird die Verwaltung beauftragt, die Kostenkalkulation in Bezug auf die von ihr bevorzugten ersten drei Standorte durch einen externen Kostenrechner überprüfen und hinsichtlich ihrer Plausibilität bestätigen zu lassen.

Sachstand:

Dezember 2008

Das für das erste Quartal vorgesehene Expertenkolloquium befindet sich in Vorbereitung.

Dezember 2009

Das Expertenkolloquium wurde unter Beteiligung einiger Kulturpolitiker der Ratsfraktionen am 12.02.2009 durchgeführt. Die Ergebnisse des Kolloquiums wurden ausgewertet und sind in Raumbuch und Raumprogramm für den Neubau eingeflossen. Gleichfalls wurden Gespräche mit der Universitäts- und Stadtbibliothek geführt, die dazu geführt haben, dass von einem gemeinsamen Bauprojekt abgesehen wurde.

Am 10.09.2009 hat der Rat der Stadt Köln unter Zugrundelegung einer fundierten Kostenschätzungen zu den jeweiligen Standorten beschlossen, den gemeinsamen Neubau des Historischen Archivs und der Kunst- und Museumsbibliothek auf dem städtischen Grundstück Eifelwall / Luxemburgerstraße zu errichten.

Bis zur Fertigung des Neubaus voraussichtlich im Jahr 2014 soll das Historische Archiv an den folgenden beiden Standorten provisorisch untergebracht werden:

- Benutzerzentrum Innenstadt (mit Lesesaal für Mikrofilme und Digitalisate, Archivschaufenster und Dienststelle Historisches Archiv) am Heumarkt in einem Bürogebäude der Handwerkskammer
- Abteilung für Bestandserhaltung, Verfilmung und Digitalisierung mit Archivmagazin in einer Logistikhalle der Firma Möbel Porta in Köln Porz-Lind. An diesem Standort sollen die bislang auf 19 Asylarchive bundesweit verteilten Archivalien zur Restaurierung und Wiederausführung zurückgeholt werden.

Gremium: Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten
Sitzungsdatum: 27.01.2009
Vorlagennummer: AN/2600/2009

Betreff: Kulturen und Künste bei den Gay Games Cologne 2010; hier: Kulturprogramm

Beschluss:

Der Ausschuss für Kunst und Kultur/Museumsneubauten bittet die Verwaltung zu prüfen, ob aus Anlass der Gay Games Cologne 2010 und im zeitlichen Zusammenhang damit ein spezifisches Kulturprogramm aller Sparten mit Zielrichtung auf ein internationales Publikum durch die Stadt Köln zusammen mit ihren Kulturpartnern geboten werden kann.

Sachstand:

Zwischen dem 31. Juli und 07. August 2010 findet in Köln eine der größten Sport- und Kulturfestveranstaltungen der Welt statt: Etwa 12.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus über 70 Nationen kommen zu den VIII. Gay Games Cologne 2010 zusammen und feiern das Fest der offenen Spiele, die für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer offen steht. Gemäß dem Lizenzvertrag zwischen der games cologne gGmbH und der federation of gay games sind in Köln 34 verschiedene Sportarten und 5 Kulturprogramme anzubieten. Für den Kulturbereich sind das

1.) „Bandfestival“

Den Bands soll die Möglichkeit geboten werden, auf den verschiedenen Bühnen der sog. Gay Games villages für die Besucher zu spielen, als marching band bei den diversen Sportveranstaltungen an den Sportstätten teilzunehmen oder aber eigenständige Auftritte durchzuführen. Das musikalische Spektrum der Gruppen reicht dabei von Folklore bis Rock, von Klassik bis Electronic.

2.) „Chorfestival“

Weltweit sind Chöre aufgerufen, sich an der Veranstaltung zu beteiligen. Das Spektrum reicht dabei bis hin zu 200 Mitglieder umfassenden Chören aus San Francisco oder London. Der „FestivalChor“ wird die Eröffnungs- und Schlussfeier mitgestalten – hier können komplette Chöre genauso wie einzelne Sänger/innen dabei sein.

Im Rahmen des Chorfestival wird zusätzlich einen Programmpunkt „ChorOpenAir“ geben: an vielen Orten in Köln soll allen Chören Gelegenheit zur Präsentation ihrer Programme geboten werden.

Die Stimmfusion Köln, eine 2001 gegründete Vereinigung der lesbisch-schwulen Chöre in Köln, lädt zu vier „ChorKonzerten“ insgesamt ca.20 Chöre ein, einen Auszug aus dem Programm in einem Kölner Theater zu präsentieren. Die Kölner Philharmonie wird voraussichtlich für einen Abend Schauplatz der großen „ChorGala“ sein.

FestivalChor zur Eröffnungsfeier/Schlussfeier: 31. Juli / 07. August 2010

ChorKonzerte: 01./02./03./06. August 2010

3.) „Cheerleading“

Auf Grund der divergierenden Auffassung von cheerleading zwischen Nordamerika und Europa werden die Aufführung des cheerleading im Bereich der Kultur angesiedelt. Temporeiche Musik, akrobatische Leistungen und vor allem viel Spaß versprechen die CheerleaderInnen, ROTC-Teams und Squads (jeweils eine akrobatisch-persiflierende Form des Militärtrainings). Sie werden bei den verschiedenen Sport-Wettbewerben die Stimmung anheizen und immer wieder auf den Bühnen überall in der Stadt zu sehen sein.

Zusätzlich wird ein Wettbewerb angeboten. Registrierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer können ab sofort die Musik und die Regeln anfordern. Vorgesehen sind ein Pflichtteil mit vorgegebenem Musikstück, zu welchem bestimmte choreografische Elemente absolviert werden müssen, sowie eine Kür mit Musik und Choreografie nach freier Wahl.

4.) „International Rainbow Memorial Run“

Der „International Rainbow Memorial Run“ ist eine weltumspannende Gedenkveranstaltung zu Ehren aller AIDS- und Brustkrebs-Opfer. Dieser Lauf erinnert außerdem an den Gründer der Gay Games, Dr. Tom Waddell, an Lesbenaktivistin Rikki Streicher sowie an den Künstler Keith Haring.

Der „Rainbow Run“ findet seit 1986 Jahren regelmäßig alle vier Jahre statt. Im Jahr 2006 beteiligten sich zum Beispiel neben Köln die Städte Kapstadt, Sydney, New York, San Francisco und Chicago.

Ein und dieselbe Regenbogen-Flagge wird dabei von Kontinent zu Kontinent geschickt – innerhalb der teilnehmenden Städte wird sie dann durch die Straßen getragen. Im Vorfeld der VIII. Gay Games Cologne 2010 wird der International Rainbow Memorial Run im Jahr 2010 vor allem durch ehemalige Gay Games Städte führen. Der Höhepunkt wird dann das Eintreffen der Regenbogen-Fahne in Köln sein.

5.) „visual arts“

Eine international besetzte Jury wird im Frühjahr 2010 über die eingereichten Arbeiten aller Sparten entscheiden und diese möglichst schon im Vorfeld der eigentlichen Veranstaltung ausstellen.

Leider hat der Kölnische Kunstverein eine Ausstellung aus organisatorischen Gründen in seinen Räumlichkeiten abgelehnt. Derzeit wird mit der Stadt Köln, Amt für Brücken und Stadtbahnbau über den Hohlraum der Deutzer Brücke verhandelt.

Im Nachgang zu der Entscheidung des Ausschusses Kunst und Kultur/Museumsneubauten am 27.01.2009 hat die Verwaltung die städtischen Kultureinrichtungen angeschrieben und um Mitteilung gebeten, inwieweit ein spezifisches Kulturprogramm angeboten werden kann. Darüber hinaus sind die Dienststellen gebeten worden, insbesondere bei der freien Szene nachzufragen, ob sich diese beteiligen können.

Parallel dazu ist überlegt worden, die Konzeptionen der Kulturverwaltung „Kunstvoll durch das Jahr 2010“, die die Verwaltung am 28.04.2009 dem Ausschuss Kunst und Kultur/Museumsneubauten (Drucksache 1371/2009) präsentiert hat, in das Rahmenprogramm der VIII. Gay Games Cologne 2010 einzubauen. Diese Projekte sollten Köln kulturelle Identität und Vielfalt anlässlich des deutschen Kulturhauptstadtjahr Europa 2010 präsentieren. Leider ist aus finanziellen Gründen, eine Durchführung nicht möglich.

Die meisten Kultureinrichtungen der freien Szene haben mit Hinweis auf den frühen Zeitpunkt, die zum Teil ungesicherte Finanzierungszusage einzelner Projekte und die Spielzeitpause/Theaterferien kein spezifisches Kulturprogramm benennen können. Es ist jedoch sicher gestellt, dass das gesonderte Kulturprogrammheft der VIII. Gay Games Cologne 2010 diese bis dahin fest geplanten Programme aufnimmt.

Die Museen werden ihr Jahresprogramm unabhängig von den VIII. Gay Games Cologne 2010 planen und durchführen. In Abstimmung mit dem Museumsdienst wird eine verlängerte Öffnungszeit der Museen in Aussicht gestellt. Die Entwicklung eines eigenen Programms für die Zielgruppe wird zurückgestellt. Der Museumsdienst wird über der im Zeitraum stattfindenden Veranstaltung mit den Themen Sport, Wettkampf etc. auseinandersetzen können und diese zu gegebene Zeit auch kommunizieren. Dies sind in der angesprochenen Woche ca. 15 Veranstaltungen.

Die Veranstalter haben für die außerhalb des pflichtigen Sport- und Kulturbereich einen Programmbereich entwickelt der sich „fans&friends“ nennt und sich vornehmlich an Partnerinnen und Partner der Teilnehmer wendet. Dort werden alle Aktivitäten in einem ständig aktualisierten Plan zusammengefasst und in weiten Teilen schon heute schon buchbar sind. Das Programm reicht von Domführungen über Lesungen bis hin zu Wanderungen zum Altenberger Dom. Diese Zusammenstellung wächst kontinuierlich bis zum Beginn der Veranstaltung und kann problemlos erweitert werden. Dort werden auch die kulturellen Aktivitäten gebündelt.

Dezember 2009: kein neuer Sachstand

Gremium: Sitzung des Ausschusses für Kunst und Kultur/Museumsneubauten
Sitzungsdatum: 25.06.2009
Vorlagennummer: AN/1095/2009

Betreff: Stiftung zur Wiederherstellung, Restaurierung, Digitalisierung und dauerhaften Sicherung des geretteten Archivgutes

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, kurzfristig zu prüfen, inwieweit Wiederherstellung, Restaurierung, Digitalisierung und dauerhafte Sicherung des geretteten Archivgutes schnell und auf mehrere Jahre wirksam unterstützt werden können.

Hier soll es um die Unterstützung sowohl der operativen Bereiche, der Planung und Steuerung als auch der Bemühungen um das Einwerben von Hilfen und Geldern Dritter gehen.

Die Verwaltung wird aufgefordert, auch zu der Frage Stellung zu nehmen, inwieweit die Gründung einer Stiftung der öffentlichen Hand geeignet sein kann, die finanziellen Anstrengungen von Stadt, Landschaftsverband, Land und Bund sowie dritter Seite /durch Stiftungen, Sammlungen und Spenden von Bürgerinnen und Bürgern) zu bündeln und langfristig Mittel für die Restaurierung der beschädigten Archivalien zur Verfügung zu stellen.

Wir bitten, die möglichen Maßnahmen und deren Umsetzbarkeit kurzfristig zu prüfen und darzustellen.

Sachstand:

Unmittelbar nach dem Einsturz des Archivs am 03.März 2009 wurden seitens des Kulturdezernates erste Überlegungen angestellt, wie die Restaurierung, Digitalisierung und dauerhafte Sicherung der beschädigten Archivalien gewährleistet werden kann.

Es war schnell klar, dass Versicherungsleistungen nicht unmittelbar gezahlt werden würden und auch der Gesamtumfang der Schäden die Versicherungssumme weit übersteigt.

Nach derzeitigen Schätzungen ist von einem Aufwand von 6300 Personenjahren und ca. 350 Mio. Euro in den nächsten 50-60 Jahren auszugehen.

Die unterschiedlichen Möglichkeiten - Gründung einer selbstständigen oder unselbstständigen Stiftung, einer sich selbst verzehrenden Stiftung, Gründung einer gGmbH oder eines Vereins – wurden intensiv geprüft, um eine dauerhafte und ausreichende Finanzierung der Restaurierung und Digitalisierung sicher zu stellen. Alle möglichen Rechtsformen wurden mit vorhandenen und vergleichbaren Einrichtungen abgeglichen. Dabei wurde deutlich, dass eine Beteiligung des Landes NW notwendig ist, ebenso die der Bundesregierung, die das Ausmaß des Einsturzes als nationale Katastrophe bewertet.

Die Angebote verschiedener Stiftungen, wie dem Gymnasial- und Stiftungsfond, der Allianz Kulturstiftung u.a., wurden in persönlichen Gesprächen geprüft und auf Ihre Machbarkeit hin beleuchtet.

Frühzeitig wurde dabei insbesondere das Land NRW einbezogen und deren Vorgaben

in die Überlegungen einbezogen. Dabei wurde auf alle Vorstellungen und Wünsche des Landes Rücksicht genommen.

Im Juni wurde auf Stundenbasis eine Projektkoordinatorin engagiert, um die einzelnen Maßnahmen zu bündeln und die notwendigen Schritte zu einer Stiftungsgründung zu koordinieren.

Am 14.07.09 fand eine Klausurtagung mit Experten und unter Beteiligung des städtischen Rechtsamtes, der Staatskanzlei NRW und Stiftungsexperten statt und die Gründung einer selbstständigen Stiftung bürgerlichen Rechts wurde als probates Mittel betrachtet, die o.g. Aufgaben dauerhaft zu verstetigen. Ein Vorbild ist das Vorgehen der Stiftung Weimar Klassik beim Brand der Anna Amalia Bibliothek in Weimar, hier haben der Freistaat Thüringen 5 Mio., der Bund 4 Mio. und die Stiftung Vodafone 5 Mio. Euro an Wiederaufbauhilfen geleistet.

Ein entsprechender Satzungsentwurf liegt seit Juli 2009 vor und ist an die Landesregierung zur Prüfung übermittelt worden. Eine abschließende Stellungnahme dazu steht jedoch noch aus.

Die Gründungsinitiative der Stadt Köln zur Gründung einer selbstständigen Stiftung ist per Ratsbeschluss vom 10.09.2009 bestätigt worden.

Grundsätzliche Unterstützungszusagen liegen seitens der beiden Landeskirchen vor. Mit dem Landschaftsverband und der UNESCO wurden ebenfalls Gespräche über eine Beteiligung geführt.

Mehrere Großbanken haben Ihre Hilfe angeboten, die in einem Bankenkonsortium gebündelt werden sollen.

Inzwischen konnten bei Notar Konrad Adenauer Anderkonten eingerichtet werden, mit denen Herr Adenauer treuhänderisch Stiftungskapital entgegen nehmen kann. In einem Gespräch zwischen 14, 20, 21 und VII konnte eine grundlegende Klärung der Vereinnahmung von Spendengeldern getroffen werden. Daraufhin hat die Stadt ein eigenes Spendenkonto eingerichtet, auf das ausschließlich Spenden für die Stiftung in Gründung überwiesen werden können.

Am 06.11.2009 wurde ein Gespräch mit Frau Dr. Berggreen-Merkel geführt. Der Bund hat in diesem Gespräch bestätigt, dass man erwarte, dass die gesamte Versicherungssumme von 60 Mio. €, abzüglich der bereits entstandenen Kosten, in die Stiftung einfließen und machen ihre eigenen Beteiligung davon abhängig. Frau Dr. Berggreen-Merkel hat signalisiert, dass in diesem Jahr keine Beteiligung des Bundes zu erwarten ist und auch für das nächste Haushaltsjahr eher unwahrscheinlich ist.

Gremium: Ausschuss Kunst und Kultur
Sitzungsdatum: 26.11.2009
Vorlagennummer: AN/1830/2009

Betreff: Erhalt der ART.FAIR 21 in Köln

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Veranstalter der Art.Fair 21 bei der Suche nach einem geeigneten urbanen Standort für die Kunstmesse in 2010 zu unterstützen und zeitnah, möglichst bis Mitte Dezember 2009, für Planungssicherheit für das kommende Jahr zu sorgen

Sachstand:

Sachstand im Dezember 2009

Die Verwaltung hat – gemeinsam mit den Betreibern der art.fair - nach Ersatzstandorten auf Kölner Stadtgebiet gesucht. Die einzige realisierbare Location ist das Staatenhaus am Rheinpark. Zurzeit verhandelt die art.fair mit dem Betreiber des Staatenhauses, KölnKongress, über die Konditionen. Parallel werden von Seiten der Verwaltung kontinuierlich Gespräche mit den Veranstaltern der drei Messen Art Cologne und Cologne Fine Arts und art.fair geführt, um die komplementäre Aufstellung zu gewährleisten.